This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.

+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.

+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.

+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at `http://books.google.com/`

Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.

BERKELEY
LIBRARY
UNIVERSITY OF
CALIFORNIA

L/502

Aus Natur und Geisteswelt

Sammlung wissenschaftlich-gemeinverständlicher Darstellungen

102. Bändchen

570

Vom Bund zum Reich

Neue Skizzen zur Entwickelungsgeschichte der deutschen Einheit

von

Richard Schwemer

Druck und Verlag von B. G. Teubner in Leipzig 1905

LOAN STACK

Alle Rechte, einschließlich des Übersetzungsrechts, vorbehalten.

JN3321
S35

Vorwort.

Die folgenden fünf Kapitel sind eine Fortsetzung des gleichzeitig erschienenen Bändchens dieser Sammlung: „Die Reaktion und die neue Ära.“ Äußere Rücksichten sind für die Trennung entscheidend gewesen. Die beiden Bändchen bilden in sich und zusammen mit meiner früher veröffentlichten Arbeit: „Restauration und Revolution“ ein Ganzes. Aus der Idee dieses Ganzen erklärt sich die Auswahl des Stoffes und seine Zusammenfassung.

Frankfurt a. M., den 20. April 1905.

Der Verfasser.

Inhaltsverzeichnis.

Erstes Kapitel. **Der Beginn der Aktion der Macht** 1

Umschau. — Bismarcks ministerielle Diktatur. — Anbahnung der Lösung im Innern. — Die deutsche Frage eine europäische Frage. — Bismarcks Polenpolitik und der Liberalismus. — Behandlung Frankreichs und Österreichs. — Schleswig-Holstein. — Die öffentliche Meinung. — Stellung Bismarcks zur schleswig-holsteinschen Frage. — Der Londoner Vertrag. — Der preußisch-österreichische Waffengang gegen Dänemark. — Der Wiener Frieden.

Zweites Kapitel. **Vor der Entscheidung** 27

Die sog. Blut- und Eisenpolitik. — Der österreichisch-preußische Gesamtbesitz. — Österreichische Beklemmungen. — Österreich für den Augustenburger. — Preußische Garantieforderungen. — Schwierigkeiten aller Art. — Gasteiner Vertrag. — Bismarck in Biarritz. — Preußisch-Italienisches Bündnis. — Rüstungen. — Preußischer Reformvorschlag. — Bedenken des Königs. — Frankreichs Kongreßvorschlag. — Österreichisch-französisches Abkommen. — Entscheidung am Bunde.

Drittes Kapitel. **Der deutsche Krieg** 66

Die Entscheidungen auf dem Schlachtfelde. — Französische Vermittlung. — Die Mainlinie. — Vorfrieden von Nikolsburg. — Russischer Einspruch und französische Kompensationen. — Prager Friede. — Annexionen. — Indemnität. — Geheime Schutz- und Trutzbündnisse. — Der nationale Liberalismus.

Viertes Kapitel. **Luxemburg und Hohenzollern** . . . 94

Norddeutscher Bund. — Allgemeines Wahlrecht. — Bennigsens Interpellation. — Zollparlament. — Französische Beklemmungen. — Kriegsrüstungen und Kriegstreibereien. — Hohenzollernsche Thronkandidatur. — Emser Depesche.

Fünftes Kapitel. **Der Sieg der deutschen Idee** . . . 113

Nationalkrieg. — Elsaß und Lothringen. — Anschluß der Südstaaten an den Norddeutschen Bund. — Reservatrechte. — Der konservative Zug der Reichsgründung. — Der Kaisertitel. — Bismarck und König Wilhelm. — Proklamation von Versailles.

Erstes Kapitel.

Der Beginn der Aktion der Macht.

Es gibt nichts Deutscheres als gerade die Entwickelung richtig verstandener preußischer Partikularinteressen.

Aus dem sog. „Kleinen Buche des H. von Bismarck" (Poschinger 3, 487).

Das Jahr 1862 — das Jahr, in dem Otto von Bismarck an die Spitze des preußischen Ministeriums trat — zeigt bei einer Überschau über die politische Gesamtlage einige Ähnlichkeit mit der Lage vor, während und nach 1848.

Es ging wieder, wie damals, ein Gefühl durch die Menschheit des mittleren Europas, daß die Dinge so, wie sie waren, nicht bleiben könnten, es bestand eine leidenschaftliche Bewegung der Geister gegen unleidlich gewordene Zustände, es lag wieder eine revolutionäre Stimmung in der Luft.

Die Hauptursache dieser Spannung war das noch immer nicht befriedigte Streben der Völker Mitteleuropas nach nationaler Organisation. Dieses Streben war auch 1848 vorhanden gewesen, war aber übertönt worden durch den Ruf nach politischer Freiheit und sozialem Ausgleich. Diese Rufe ertönten auch jetzt wieder, die nationalen Antriebe waren aber jetzt die stärkeren.

In Italien hatte sich gerade wie vor 14 Jahren die nationale Leidenschaft zuerst in Taten entladen. Was damals mißlungen war, war jetzt mit besserem Erfolge wiederholt worden und hatte, wenn auch noch nicht ans Ziel, so doch sehr nahe daran geführt: mit Ausnahme von Venetien und dem Kirchenstaat war jetzt Italien in einem nationalen Staatswesen vereinigt. Was das Schwert Sardiniens und die französische Hilfe nicht fertig gebracht hatte, das hatte dann die Erhebung des Volkes selber und der Freischarenzug Garibaldis erreicht: wie verschiedenartig und verschiedenwertig auch immer diese Mittel gewesen waren, der Erfolg war da und bildete einen

mächtig wirkenden Anreiz für andere; was aber an dem vollen Erfolg noch fehlte, das bildete ein stets vorhandenes Element weiterer Unruhe, denn Ruhe konnte in die leidenschaftlich erhitzten Gemüter nicht kommen, ehe nicht auch die venetianische und die römische Frage ihre Lösung gefunden hatten.

Nicht minder lebhaft als die Italiener hatten die Ungarn das Mißverhältnis zwischen ihrem Anspruch auf nationales Sonderdasein und den tatsächlichen Zuständen, die sie in den großen österreichischen Völkerpferch einzwängten, empfunden: auch ihre Erhebung war 1849 sieglos geblieben, aber eine Versöhnung war nicht erfolgt. Die Ungarn blieben ihren nationalen Hoffnungen getreu und setzten dem verhaßten österreichischen Zwange einen passiven Widerstand entgegen, der jeden Augenblick in einen aktiven Widerstand umzuschlagen drohte.

Auch unter den Polen gärte es wieder, und so wie bisher stets die polnischen Erhebungen nur im Zusammenhange mit europäischen Umsturzbewegungen erfolgt waren, so konnte auch diesmal der revolutionäre Zustand Polens als ein bedrohliches Symptom gelten.

Am bedeutsamsten für den Zustand Europas war, daß in dem Lande der Mitte, in Deutschland, noch alles in der Schwebe war, daß aber unmöglich dieser Schwebezustand noch lange andauern konnte. Eine Befriedigung des Strebens des deutschen Volkes nach Begründung eines starken nationalen Staates *mußte* erfolgen. Wenn diese Notwendigkeit noch lange hinausgeschoben wurde, so konnte ein Ausbruch der popularen Leidenschaften kaum noch ausbleiben, aber gerade wie 1848 war eine Einigkeit eigentlich nur über das vorhanden, was man nicht wollte, nämlich die Fortdauer des verhaßten *Bundes*, über das aber, was an die Stelle treten sollte, schwirrten die Meinungen auch jetzt noch bunt durcheinander, und die Schwierigkeiten, etwas zu schaffen, was den Bedürfnissen der Nation wirklich entsprach, waren kaum geringer, ja vielleicht noch größer geworden. Noch immer war bei der Mehrzahl der deutschen Fürsten das oberste Gesetz die Erhaltung der Souveränität, stellten also die deutschen Fürsten selber die gefährlichsten Gegner der Wünsche des deutschen Volkes dar, da diese Wünsche natürlich ohne Minderung der Einzelsouveränitäten nicht zu erfüllen waren. Noch immer bestand neben dem Streben nach Einheit ein recht ausgiebiger Partikularismus, der die einzelnen Teile der Nation selber aus-

einanderhielt und der neuerdings durch die Fortschritte des Ultramontanismus sehr erheblich gesteigert war; Nord und Süd, Ost und West bildeten noch immer auch innerlich einander fernstehende Sondertümer, und daß Österreich nicht gutwillig aus seinem Verhältnis zu Deutschland weichen werde um eines engeren Bundes willen unter preußischer Führung, das war jetzt deutlicher denn je: Österreich betrieb gerade jetzt mit leidenschaftlichem Eifer den Plan der Reform der Bundesverfassung und damit den Plan, seinen vorherrschenden Einfluß in Deutschland durch ein scheinbares Entgegenkommen gegen die Wünsche des deutschen Volkes zu verewigen.

Nur was das eigentliche Ausland betrifft, so hatten sich hier die Verhältnisse zu unseren Gunsten verschoben. Ein stilles Übereinkommen der Großmächte, den bestehenden Zustand in Deutschland unter allen Umständen zu erhalten, bestand nicht mehr. England allerdings verharrte in seinem Übelwollen, da es mit gutem Grunde in einem einigen Deutschland einen unbequemen Rivalen in der Handelsherrschaft witterte. Rußland dagegen war damals noch zu sehr durch seine inneren Schwierigkeiten, durch die Nachwehen des Krimkrieges und weiterhin durch die polnische Frage bestimmt, als daß es geneigt gewesen wäre, seinen Willen nach außen hin ernstlich zu betätigen, es konnte also weder für noch gegen eine deutsche Einheitspolitik in Betracht kommen, und Frankreich endlich schien sehr stark für eine solche Politik in Betracht zu kommen, denn es hatte doch sehr deutlich den Schutz der nationalen Interessen proklamiert, und nachdem ihm dieser Schutz von Italien Savoyen und Nizza eingebracht hatte, konnte es gar nicht ausbleiben, daß der Kaiser jetzt daran dachte, in ähnlicher Weise auch Deutschland gegenüber zu operieren.

Das Bedürfnis des deutschen Volkes nach einer Einigung und die bisher notorische Unfähigkeit der Deutschen, von sich aus zu einer Minderung der politischen Zersplitterung zu gelangen, bildeten eine Einladung, der ein französischer Cäsar nimmermehr widerstehen konnte, und in der Tat war Napoleon III. auch wirklich damals entschlossen, zu handeln. Er wollte auch in Deutschland die Verträge von 1815 „revidieren", um die Lösung der deutschen Frage zu fördern, entweder indem er mit Preußen ging, oder mit Österreich, oder mit dem „dritten Deutschland", oder endlich bald mit dem einen, bald mit

dem anderen; aber es ist nur zu gewiß, daß, wenn wir unter französischer Gönnerschaft eine Einigung erlangt hätten, diese Einigung dem Rheinbunde verzweifelt ähnlich gesehen und wertvolle Teile unseres linken Rheinufers gekostet hätte. Die so gewonnene nationale Organisation wäre uns also teuer zu stehen gekommen.

So *taten* also Österreich und Frankreich wohl sehr entgegenkommend und beteuerten ihr Wohlwollen für die Bedürfnisse des deutschen Volkes, allein es war das Wohlwollen, das der Wolf für das Lämmchen empfindet, und wir dürfen ja nicht vergessen: beide Mächte waren durch die Gesetze ihres Daseins darauf hingedrängt, es nicht bei bloßen Worten zu belassen, beide Mächte waren bereit und mußten bereit sein zu handeln.

Und Preußen? Preußen allein konnte einen starken, in eigener Kraft sicher ruhenden deutschen Staat wirklich *wollen*, es mußte ihn damals auch wollen, denn der populare Drang wurde immer heftiger und bedrohlicher, Preußen war also eigentlich der natürliche Verbündete der deutschen Bewegungspartei; sie hatten beide in dem *Bunde* und seiner Verfassung denselben Gegner, allein es war durch den Streit um das Heer gerade mit seinen natürlichen Verbündeten heillos zerfallen, es war gelähmt durch den Zwiespalt zwischen Krone und Parlament, und nicht nur das, es war doch auch innerlich nicht frei, der König war, wie wir wissen, zu sehr festgefahren in rechtlichen Bedenken, um kraft eigenen kühnen Entschlusses dem Bunde endlich die Axt an die Wurzel zu legen und eine rücksichtslose preußische Interessenpolitik zu verfolgen.

Somit liegt denn auch hier die Parallele mit den Jahren 1848—1850 nahe: die große Bewegung dieser Jahre war gescheitert, weil das preußische Königtum erst den inneren Feinden erlegen und dann vor den äußeren zurückgewichen war. Preußen war jetzt auf dem Wege zu ähnlichen Demütigungen — wenigstens war der König bereit zurückzutreten, *und da kam nun Bismarck* und kam mit ihm das *wirklich Neue* in die Entwickelung. Wohl glaubte alle Welt, daß er berufen sei, um der drohenden Revolution die Reaktion entgegenzusetzen, allein diese ertötende Wiederholung hörte nun endlich auf. Bismarck vereinigte in sich die beiden Elemente, die sich dauernd bekämpften, das konservative und das radikale Element. Er

war entschlossen, das preußische Königtum gegen die Demokratie zu verteidigen, es koste, was es wolle, dagegen stand er dem Bunde und dem Bundesstaatsrecht mit der revolutionären Energie seiner radikalen Gegner gegenüber. Er fand den Streit um das Heer vor. Er war natürlich sachlich durchaus von dem Rechte des Königs überzeugt, wenn er auch die Sache geschäftlich vielleicht anders behandelt haben würde. Im Grunde sympathisierte er aus tiefster Seele mit dieser Wiederbelebung der altpreußischen militärischen Traditionen, aber: wenn Preußen im Inneren auf diese alten Traditionen zurückging, dann mußte, das war seine Überzeugung, dasselbe auch in seinen auswärtigen Beziehungen geschehen. Die gewaltige Steigerung der Königsgewalt hatte nur einen Sinn, wenn man sie auch benutzen wollte im Sinne seiner stolzen Geschichte, und er wollte das, er wollte mit der preußischen Politik wieder einlenken in die friderizianischen Bahnen. Hier lag für ihn die einzige, aber auch sichere Lösung der Aufgabe, die durch die inneren Wirren gestellt war. Seine Politik drängte also unbedingt auf den Ozean der großen Tat, des kühnen Wagens hinaus, und es war schon zu verstehen, daß der alternde König Bedenken trug, diesem Manne, dessen unheimlich lodernde Energie eine stürmevolle Zukunft bedeutete, und aus dessen zuversichtlichen Worten eine so gewaltige Herrscherseele sprach, die Leitung anzuvertrauen. Er kannte schon seit Jahren seine Pläne, aber eben deshalb war es noch nie mit einer Berufung Bismarcks ins Ministerium Ernst geworden, denn wir wissen ja, daß der König seine eigenen Pläne hatte. Allein in dem Maße, in dem sich die Lage zuspitzte und die Erfolge ausblieben, scheint er sich ihm doch innerlich wieder mehr genähert zu haben. Wir wissen, daß Bismarck in diesen Zeiten öfters Gelegenheit hatte, seine Gedanken dem Könige aufs neue vorzutragen, und sein Rat ist sicherlich schon damals in einzelnen Fragen entscheidend gewesen. Im Frühjahr 1862 war Bismarck wieder längere Zeit in Berlin und hatte die eingehendsten Unterredungen mit dem Könige, aber einen Ruf in das Ministerium erhielt er immer noch nicht, es entschied sich vielmehr seine Versetzung nach Paris — der König wollte vielleicht mit einem Ministerium Bismarck nur drohen —, dann aber brachte die feindselige Haltung des Abgeordnetenhauses die Entscheidung. Die Zähigkeit, mit der der König

an seiner Vorlage festgehalten hatte, und die doktrinäre Verranntheit der Kammermehrheit schufen jene Lage, in der sich das Ministerium Bismarck als eine Notwendigkeit auferlegte. Der König wollte seine Heeresreform gerettet sehen, und Bismarck trat auf das Versprechen hin an die Spitze der Regierung, den Versuch der Rettung zu unternehmen, — das war aber auch der einzige Punkt seines Ministerprogramms, über den eine formelle Vereinbarung erfolgte, in allem übrigen verlangte der neue Ministerpräsident und mußte er verlangen die Freiheit der Entschließung von Fall zu Fall. Es bedeutete die Abmachung für den König unzweifelhaft den Verzicht auf die Initiative, die er bisher gern bewahrt hatte, allein um die Heeresreform war ihm kein Preis zu hoch. Wir wissen, was diese Reform bedeutete. Sie bedeutete die Ehre, das Ansehen, die Macht des preußischen Königtums, sie enthielt die Frage, ob die historisch gewordene, einzige Größe, welche die preußische Monarchie darstellte, weiter bestehen sollte, oder nicht, und bei dieser Alternative konnte ein König Wilhelm nicht zweifeln. Und so trat denn der Mann schützend vor den Thron, der ja schon als Deichhauptmann das Landvolk hatte aufbieten wollen gegen die Feinde des Königtums. So wie damals, so war auch jetzt von der unendlichen Fülle seiner Gaben der Mut das eigentlich Entscheidende, der moralische und schließlich auch der persönliche Mut, denn in der Tat: heldenhafter Mut gehörte vor allem dazu, die Leitung in diesem verzweifelten Augenblicke zu übernehmen und gegen den Wogendrang der öffentlichen Meinung, gegen das Toben der Mehrheit der parlamentarischen Mannschaft das Staatsschiff dennoch in seinem Kurs zu halten! Er proklamierte ein Notrecht der Regierung. Er erklärte, es müßte unter allen Umständen weiter regiert werden, wenn nicht mit Budget, dann ohne Budget. Er wollte nicht zugeben, daß die Regierung schuld daran sei, daß das Budget nicht zustande komme. Es könne unmöglich der Sinn der Verfassung sein, daß bei einem Streite zwischen Abgeordnetenhaus und Regierung die letztere regelmäßig nachgeben müsse. Er erklärte, daß, bis das Abgeordnetenhaus anderen Sinnes geworden sei, die Regierung ohne die verfassungsmäßige Grundlage weiter geführt werden müsse. Er benutzte wohl gern die gelegentlich in der Tagesliteratur schon vorgeschlagene Theorie von der Lücke in der Verfassungs-

urkunde, allein, diese Lücke ist auch später unausgefüllt geblieben und mußte es bleiben, denn die Frage, um die es sich handelte, war keine Rechts-, sondern eine Machtfrage. In der Tat begründete Bismarck auch in Wirklichkeit wenigstens vorübergehend eine ministerielle Diktatur. Es war diese Diktatur aber das einzige Mittel, um zum Ziele zu gelangen. Wie ein Kapitän wohl mit dem Revolver in der Hand sich die Autorität erzwingt, so mußte auch Bismarck sich das Recht erzwingen, am Steuer zu stehen und das Schiff vorwärts zu treiben, denn ein Rückwärts führte unfehlbar zum Stranden. Welch eine ungeheure Nervenanspannung gehörte aber dazu, in solcher Krisis nicht zu verzagen, den Glauben an sich selbst und an die Sicherheit seiner Berechnungen nicht zu verlieren und nach außen hin die Ruhe zu bewahren! Er hatte eigentlich alle gegen sich. Diejenigen, die wirklich für ihn waren, waren rasch zu zählen. Der König, ja, der war für ihn. Er hatte ihn berufen und hatte ihm alles anvertraut, aber auch er hatte im Anfang noch schwere Bedenken, vor allem, wenn einmal die Einwirkung der gewaltigen Persönlichkeit seines Ministers für einige Zeit aufhörte. Als König Wilhelm gleich nach der Ernennung Bismarcks Berlin verlassen und nur acht Tage in Baden-Baden bei seiner Gemahlin gewesen war, traf ihn Bismarck bei seiner Rückkehr in der düstersten Stimmung und mußte schließlich an den Offizier im Könige appellieren, um ihm wieder die nötige Sicherheit zu geben. Es war ja wohl zu verstehen, daß die Königin mit tiefem Unmut zur Seite stand. Die Berufung Bismarcks bedeutete eigentlich den völligen Bruch mit ihrer Politik, d. h. mit der Politik der sogenannten moralischen Eroberungen. Sie hatte durch Pflege des Liberalismus in Preußen die preußische Hegemonie anbahnen wollen, und nun war der Minister berufen, den die Liberalen als ihren grimmigsten Gegner betrachten mußten! Mit der Königin stand auch natürlich der Hof dem neuen Minister mit heimlicher oder offener Gegnerschaft gegenüber, insbesondere machte der Kronprinz kein Hehl aus seiner Oppositionsstellung, also die Königin und ihr Sohn, der Hof, die Hauptstadt, die Presse, das Land und schließlich die Nation, — alles war gegen ihn — die Äußerungen der Zustimmung verhallen in dem einzigen Chorus des Hasses —, aber er besaß die innere Größe, alle seine Gegner gering zu

achten, er ließ nicht einmal die Heiterkeit seines Gemüts trüben, und so verrichtete er denn die erste Herkulesarbeit: er führte den Kampf gegen das Parlament glücklich zu Ende und wurde so der Retter des preußischen Königtums als eines lebendigen Faktors in dem öffentlichen Leben unserer Nation. „Das preußische Königtum", so rief er eines Tages seinen Gegnern zu, „hat seine Mission noch nicht erfüllt; es ist noch nicht reif dazu, einen rein ornamentalen Schmuck Ihres Verfassungsgebäudes zu bilden, noch nicht reif, als ein toter Maschinenteil dem Mechanismus des parlamentarischen Regiments eingefügt zu werden", — daß dies Wort Wahrheit war und blieb, ist das Verdienst Bismarcks. Bismarck ist der Begründer der parlamentarischen Monarchie geworden; er hat die Alternative, die bis dahin das innere Leben und die äußere Tätigkeit lähmte, ob das Parlament und seine Mehrheit oder ob die Krone die eigentliche Entscheidung habe, beseitigt, indem er die Krone als gleichberechtigten Faktor neben dem Parlament erhielt und die praktische Politik auf den Weg der Kompromisse wies, indem er also eine grundsätzliche Entscheidung über die Superiorität der Volksvertretung oder der Krone ablehnte; er hat dadurch tatsächlich eine neue politische Lebensform geschaffen, sein Werk ist es, daß die deutsche Monarchie aus der ungeheuren Krisis, die durch den Konstitutionalismus über sie gekommen ist, im wesentlichen ungeschwächt hervorgegangen ist.

Das wird ihm nun freilich nur danken, wer im Herzen Monarchist ist. Wer das aber nicht ist, wird der nicht Grund haben, gerade eben deswegen Bismarck denselben Groll auch heute noch zu widmen, mit dem ihn damals seine Gegner so reichlich überschütteten? Wer sich rein auf den grundsätzlichen Standpunkt stellt, vielleicht. Wer aber den Zusammenhang der damaligen inneren und äußeren Politik Bismarcks betrachtet, wer beobachtet, daß Bismarck nur deshalb die Diktatur im Inneren verkündete, um die preußische Macht nach außen hin frei zu machen und damit durch die Tat den Beweis des Geistes und der Kraft zu erbringen, und wer diese Tat dann wenigstens freudig begrüßt, der muß doch damit eigentlich auch die innere Politik Bismarcks, die ja, das kann ruhig zugegeben werden, etwas Gewaltsames hat, gut heißen, denn wenn wir uns diese Siegfriedsgestalt aus unserer Geschichte hinweg denken: wer hätte wohl den Drachen der deutschen Zwietracht

erlegen sollen? Es ist eigentlich kaum abzusehen, daß wir ohne seine Politik — und wer anders als er konnte diese Politik führen? — aus dem Wirrsal, das die Entfaltung der deutschen Kraft lähmte, aus der ewigen Wiederkehr gelegentlicher Aufschwünge, denen dann wieder Mißerfolge und Ermatten folgte, hätten befreit werden können. Wir müssen bedenken, daß das preußische Königtum tatsächlich zu stark war, um dauernd durch parlamentarische Mehrheiten mattgesetzt werden zu können. Wenn also der Bismarcksche Ausweg: innerer Waffenstillstand, ministerielle Ausnahmegewalt und kräftige Preußenpolitik, nicht gefunden wurde und, was die Hauptsache, nicht auch tatsächlich bis zum Ende durchschnitten wurde, — dann konnte es eigentlich kaum ausbleiben, daß eines Tages die Spannung zu groß wurde und die Bleisicherung durchschmolz, d. h. daß das preußische Königtum gewaltsam gegen die Zumutungen des Konstitutionalismus reagierte und ihn zertrümmerte, daß also in ermüdendem Kreislauf die Dinge wieder zum Anfange zurückkehrten. Daß das kommen mußte, das kann nur der bezweifeln, der die lebendige Kraft, über die das preußische Königtum namentlich in der Aristokratie, in dem Offizierkorps und in der ländlichen Bevölkerung auch damals noch verfügte, nicht sehen will. Eine solche erneute preußische Reaktion — mit Staatsstreich oder nicht — machte aber eine preußische Hegemonie unmöglich, das Ministerium Bismarcks rettete also nicht nur für Deutschland die Bedeutung der monarchischen Gewalt, sondern auch die Möglichkeit einer nationalen Einheit unter volkstümlichen und daher dauerhaften Formen.

Es wurde schon gesagt: die notwendige Ergänzung der inneren Politik des neuen preußischen Ministerpräsidenten war eine tapfere preußische Politik nach außen hin, d. h. also ein kraftbewußtes Vorwärtsschreiten mit der entschiedenen Absicht, Widerständen, auf die dabei etwa gestoßen wurde, nicht grundsätzlich auszuweichen, sondern den Kampf, wenn er sich darbot und die Umstände günstig waren, aufzunehmen und bis zum glücklichen Erfolge durchzufechten, — denn auf den glücklichen Erfolg, darauf kam es natürlich in letzter Linie an. Wie einfach ist das gedacht und gesagt, welche unendliche Schwierigkeit bot aber dieser Gedanke in der Ausführung! Die Lage gebot, um der inneren Kämpfe Herr werden zu können, die Annahme und Durchführung neuer Kämpfe, der Minister mußte

also nach innen und nach außen hin Front machen, und, um die Schwierigkeit zu erhöhen, ergab sich, daß Bismarck die Verantwortung für die hier allein einzuschlagende, weil allein zum Ziele führende Politik auch ganz allein auf seine Schultern nehmen mußte, weil bei der heillosen Verblendung, die durch die Prinzipienkämpfe herbeigeführt war, bei der grenzenlosen Verbitterung, die durch die innere Spaltung erzeugt war, und bei der Fortwirkung der früheren schmählichen Mißerfolge der preußischen Politik die Bismarcksche Politik eigentlich von niemandem verstanden wurde, ja der König selber nur zögernd und mit schweren Bedenken sich zu folgen entschloß. Denn es wurde ihm doch schwer, sich von seinen dynastischen und persönlichen Gewohnheiten zu trennen, Bismarck brach aber in seiner Politik mit allem Hergebrachten und ließ sich einzig von dem Interesse des preußischen Staates, von dem Interesse der europäischen Großmacht Preußen leiten. Daß eine solche rein preußische Interessenpolitik schließlich auch zum Heile des deutschen Volkes führen mußte, das stand klar vor dem Auge dieses wunderbaren Mannes, der wie wenige Sterbliche das Dunkel der Zukunft mit seinem Blicke zu durchdringen vermochte. Er wußte, daß eine solche Politik notwendig über kurz oder lang zu einem Konflikte am Bunde und im Bunde und damit zu einem Konflikte mit Österreich und also zu einer Gelegenheit führen müsse, diese Fesseln zu zerreißen, die von dem deutschen Volke wie von Preußen mit gleichem Unmut getragen wurde, damit also auch zu einer Gelegenheit, an Stelle des elenden Staatenbundes einen solideren Bau zu setzen; Bismarck wußte, daß diese rein preußische Politik schließlich in eine deutsche Politik ausmünden würde, allein das Preußen Bismarcks, in dem den parlamentarischen Mitregierungsgelüsten ein so schneidiger Krieg erklärt war, war und blieb in den Augen der Demokratie geächtet, und es blieb Grundsatz, daß gerade um einer gedeihlichen Zukunft Deutschlands willen dieses Preußen bis aufs äußerste befehdet werden müsse. Bismarck ließ sich nun auch hier durch den lärmenden Widerspruch, der sich gegen seine äußere Politik in Preußen und draußen erhob, nicht beirren. Er besaß die souveräne Verachtung des großen Mannes gegen die Masse; er kannte die Beweglichkeit der Tagesmeinung und legte nur geringen Wert auf Proteste von Kammermehrheiten und Volksversammlungen, wie auch auf das Rauschen

im deutschen Blätterwalde. Er wußte, daß die Entscheidungen schließlich anderswo lagen. Was hatte Preußen der Ruf der Paulskirche, was das Votum des Erfurter Reichstages genützt? Es hatte zurückweichen müssen, allerdings weil es ihm an der rechten Energie gefehlt hatte, dann aber auch, weil das Ausland einstimmig in der Verwerfung der preußischen Unionspolitik war. Aus dieser Erfahrung hatte sich ihm die Erkenntnis ergeben, daß die deutsche Frage eine europäische Frage sei und daß also eine auf die Lösung der deutschen Frage hindrängende preußische Politik die Gewähr des Gelingens nur in sich trüge, wenn sie im Zusammenhange mit den europäischen Machtverhältnissen erwogen und durchgeführt wurde. Ihm kam zunächst mehr auf eine gute Stimmung des Auslandes als des Inlandes an, und er wußte diese Stimmung rechtzeitig zu schaffen, um dann, wenn die Gelegenheit zu einem vorteilhaften Schachzuge sich bot, das Feld frei zu haben. So sicherte er Preußen gleich im Anfange seines Ministeriums die russische Freundschaft, die noch seit dem Krimkriege her bestand, indem er ohne alles Wanken in der Behandlung der polnischen Insurrektion Preußens gute Dienste anbot und die Anerbietungen der Westmächte, welche diese Verlegenheit Rußlands benutzen wollten, um im Trüben zu fischen, von sich abwies. In der Tat, was hätte auch Preußen für ein Interesse daran haben können, sich einer Rußland feindlichen Koalition anzuschließen? Was für ein Gewinn konnte dabei für Preußen herausspringen? Hatte denn außerdem Preußen nicht selber polnische Untertanen, die es ganz gewiß verlor, wenn die aufständischen Polen Rußlands ihr Ziel d. h. ihre staatliche Unabhängigkeit erreichten? Das sind alles Dinge, die sich für uns heute von selbst verstehen; daß sie sich aber von selbst verstehen, das ist ein Ergebnis der politischen Erziehung, die unser Volk Bismarck verdankt, denn damals verstanden sie sich bei der Mehrzahl der Mitglieder des Parlaments gar nicht von selbst. Diese hatten noch die alte Polenbegeisterung aus den Jugendjahren des Liberalismus und die alte Russenfeindschaft nicht überwunden, eine Begünstigung Rußlands erschien in ihren Augen schlechthin als reaktionär, und daß nun Bismarck mit Rußland eine Konvention abschloß, die gewisse Gegenseitigkeitsdienste stipulierte, die Rußland und Preußen sich leisten wollten, das war für sie Grund genug, den Minister auch auf diesem Gebiete aufs heftigste zu befehden.

Der Linksliberalismus hat mit dieser Behandlung der auswärtigen politischen Fragen — er setzte seine heftigen Angriffe bis 1866 fort — seiner politischen Reife ein schlechtes Zeugnis ausgestellt. Daß die Liberalen das Ministerium Bismarck im Inneren bekämpften, das kann man verstehen. Sie konnten eben liberale und nationale Politik nicht voneinander trennen, es war der Irrtum der Zeit zu meinen, daß, wenn nur erst überall in den Einzelstaaten des Bundes die Liberalen am Ruder seien, daß dann von selber die Dämme wegschmelzen würden, die der Einigkeit im Wege stünden, daß durch Mehrheitsbeschlüsse dann einfach der große deutsche Staat ohne Kampf im Rausche der Freiheits- und Einheitsidee hervorgehen würde, daß die mächtige jahrelange Beschwörung die deutsche Einheit zwingen würde, in die Erscheinung zu treten, wie der Erdgeist der Beschwörung Faustens sich fügt. Es war das ein schöner Wahn, aber es war ein Wahn. Die Geschichte hatte es eben bewiesen. Sie hatte die ungeheuren Gegengewichte bloßgelegt, die die Nationalstaatsidee nicht aus der Versenkung emporsteigen ließen und die tatsächlich nur durch ein scharfes und schneidiges Werkzeug unwirksam gemacht werden konnten. So wäre es also auf jenem Wege der Mehrheitsbeschlüsse wahrscheinlich ohne entkräftende innere Wirren und schließlich das Eingreifen des Auslandes nicht abgegangen, und das Ergebnis wäre gewesen — die Fortdauer der deutschen Ohnmacht oder die Verewigung der deutschen Zersplitterung. Nein: so wie die deutschen Verhältnisse lagen, war ohne einen eisernen Willen, ohne die Wirkung einer gewaltigen Persönlichkeit nicht vorwärts zu kommen, nicht ohne das Genie, ohne das nichts wahrhaft Großes und Herrliches auf dieser Erde entsteht, — aber das ist unsere heutige Weisheit, und wir wollen mit denen nicht rechten, die damals diese Erkenntnis noch nicht haben konnten. Das hingegen konnte ein Politiker, der auf diesen Namen wirklich Anspruch erheben wollte, wissen, daß die Art, wie das preußische Abgeordnetenhaus die auswärtigen Verhältnisse behandelte, nicht die richtige war. Man zitierte immer die englische Verfassung! Bismarck hatte recht, wenn er sagte: Geben Sie uns erst ein englisches Unterhaus, dann können wir Ihnen auch die Rechte eines englischen Parlaments geben, d. h. eignen Sie sich erst die politische Reife eines englischen

Unterhauses an und dann kommen Sie mit Ihren Machtansprüchen!

Indem Bismarck also hier nur die preußischen Interessen entscheiden ließ, begründete er jenes feste Vertrauensverhältnis zwischen Preußen und Rußland, das dann seiner weiteren Politik einen so wertvollen Rückhalt gab. Für Rußland war gerade nach den Erfahrungen des Krimkrieges und den jüngsten Erfahrungen ein Preußen, das von den Bismarckschen Grundsätzen geleitet wurde, eine so große Sicherheit, daß es einem solchen Preußen ohne Anwandlungen von Eifersucht eine führende Stellung in Deutschland gönnen konnte, eine Stellung, die es früher, als es den König von Preußen als den gehorsamen Diener der „Revolution" betrachten mußte, bekanntlich zu bekämpfen bereit gewesen wäre.

Handelte es sich, um zu einem bequemen Verhältnis mit Rußland zu gelangen, nur um Festigkeit, und konnte hier immerhin die richtige Politik mehr durch die ehemalige Parteistellung des Ministers als durch politische Klugheit eingegeben erscheinen, so stellt sich die Behandlung der beiden anderen Mächte, die an der Lösung der deutschen Frage in erster Linie interessiert waren, geradezu als ein Meisterwerk politischer Klugheit, als eine Art politischen Kunstwerkes dar, das aber, um als solches erkannt zu werden, bis in die Einzelheiten hinein studiert werden will. Das ist hier natürlich nicht möglich, aber die Größe der Leistung, die hier vorliegt, wenigstens ahnen zu lassen, genügt ein kurzer, zusammenfassender Vorblick auf das Ergebnis: Bismarck verfolgte vom ersten Augenblick seiner Ministerschaft einen Gedanken, der für Österreich wie Frankreich gleich unerträglich war, Österreich und Frankreich waren also dem Preußen Bismarcks gegenüber natürliche Alliierte, und nun erreichte es Bismarck, daß beim *ersten* Schritte, den er nach jenem Ziele hin tat, Frankreich und Österreich ihm zur Seite standen, so daß Englands Feindseligkeit dadurch unwirksam wurde, und *dann* erreichte er es, daß er die Beiden dauernd so weit auseinander hielt, daß Preußen 1866 erst Österreich schlagen konnte, ohne zugleich gegen Frankreich marschieren zu müssen, und daß es 1870 Frankreich schlagen konnte, ohne im Rücken von Österreich angegriffen zu werden! — Wenn es wahr ist, daß die Staatskunst die schwerste aller Künste ist, dann gehört

diese gegen alle Wahrscheinlichkeit so glänzend durchgeführte Aktion zu dem Größten, was der Menschengeist überhaupt vollbracht hat. Und dabei verzichtete noch Bismarck auf das Mittel abgrundtiefer Verschlagenheit, das bisher zu den notwendigsten Hausmitteln der Diplomatie gehört hatte. Er äußerte sich mit einer verblüffenden Offenheit über das, was er wollte, er äußerte allerdings nicht seine letzten Gedanken, er sagte nie alles, was er im Sinne hatte, aber er sagte mehr, als man im allgemeinen von Staatsmännern zu hören gewöhnt war. Er wurde daher vielfach für einen Blagueur genommen und er wußte diesen Ruf politischer Abenteurerei trefflich zu nutzen. Dies war namentlich Napoleon gegenüber der Fall. Er stellte sich diesem als ein Mann dar, der etwas unternehmen will, der Lust hatte, die deutsche Frage bis auf den Grund aufzurühren, und da Napoleon, wie wir wissen, auch stets zu einem politischen Spielchen zu haben war, bei dem etwas für ihn abfiel, so war ihm die Berufung Bismarcks an die Spitze des preußischen Ministeriums sehr sympathisch. Er glaubte fest daran, daß dieser kecke Draufloßgänger Preußen bald gründlich in den Sumpf geritten haben würde, und daß dann Frankreich für seine Hilfe die Bedingungen würde stellen können, die es wollte. Im Dezember 1863 sagte er schmunzelnd zum italienischen Gesandten Nigra: „Wir werden es dahin bringen, daß sich Österreich und Preußen mit Kanonen beschießen.“ So ließ er ihn also gern zunächst gewähren. Bismarck war für ihn ein Beförderer der politischen Unruhe, die recht eigentlich das Element war, das Napoleon für seine Pläne gebrauchte. Napoleon bemerkte dabei nicht, daß er umgekehrt die Pläne Bismarcks beförderte, denn die fortdauernde Bedrohung der deutschen Grenzen durch die unstete Begehrlichkeit des napoleonischen Frankreich und die dadurch immer wieder wach gerufene Erinnerung an die Tage der Fremdherrschaft bildeten bei Volk und Fürsten eine stete, wenn auch schwache Unterströmung zur Einigkeit, die auch durch die Gegenwinde des Preußenhasses und des Partikularismus nicht dauernd unwirksam gemacht werden konnte, und schuf dann, als die Zeit gekommen war, jene mächtige Springflut der nationalen Begeisterung, die die stolze Fregatte Preußen über alle Klippen und Untiefen hinweg endlich in den ersehnten Hafen brachte.

Das größte Kunststück Bismarcks war aber, daß er es fertig brachte, sogar die österreichische Rivalität zeitweise auszuschalten und die natürliche Interessengemeinschaft, die zwischen Österreich und Preußen als mitteleuropäischen Großstaaten besteht, und die ja *nach* der großen Krisis tatsächlich zu so dauerhafter Verbindung geführt hat, damals schon wenigstens vorübergehend für seine Zwecke zu nutzen. Er erreichte dies, obwohl er das Verhältnis zwischen Österreich und Preußen im Bunde schon bei seinem Eintritt in das Ministerium als ein äußerst gespanntes vorfand, da schon König Wilhelm, wie wir uns erinnern, in bezug auf das unausführbare Reformprojekt Beusts hatte erklären lassen, daß der einzig mögliche Weg der Reform der eines Bundesstaates im Staatenbunde sei, was dann zu einer sehr erregten Antwort Österreichs und der sechs größeren Regierungen in Form einer identischen Note vom 14. Februar 1862 geführt hatte. Bismarck stellte die Bundesreform zunächst in die zweite Linie und suchte vor allem ein festes Verhältnis zu Österreich zu begründen. Er ließ in Wien erklären: Wir werden uns entschieden nichts gefallen lassen, vor allem keine Majorisierung am Bundestage. Reizt ihr uns, so werden wir uns nicht davor scheuen, uns mit euren Feinden zu verbinden. Lieber ist es uns aber, wenn ihr uns das erspart. Wir ziehen es vor, mit euch gegen eure Feinde zusammenzustehen. — Diese Eröffnungen konnten in Wien nicht ohne Eindruck bleiben, namentlich da sie von einem Manne kamen, den der österreichische Staatslenker, Graf Rechberg, von Frankfurt her sehr genau kannte, und den man stets im Verdachte eines geheimen Bündnisses mit Frankreich hatte.

Nun war Österreichs Stellung damals im Grunde recht prekär. Es besaß keinen Bundesgenossen, auf den es sich wirklich verlassen konnte, es war zerfallen mit Rußland, es stand unsicher zu Frankreich, es war bedroht in Italien. Konnte da der Gedanke, durch die preußische Freundschaft plötzlich eine seit lange nicht gekannte Sicherheit zu erlangen, nicht sehr verlockend erscheinen? Preußen verlangte nur, daß es seine aggressive Haltung am Bunde, sein Bestreben, seinen Vorsitz am Bunde in einen Prinzipat umzuwandeln, aufgab, es verlangte nur die Anerkennung der Gleichberechtigung am Bunde: war das nicht ein höchst vorteilhaftes Anerbieten?

Gewiß war es das, aber es schloß eigentlich die Zumutung an Neu-Österreich in sich, daß es aufhören sollte, Neu-Österreich zu sein und die Wiener Politik hatte sich so verbissen in den Gedanken, daß jetzt der Zeitpunkt sei, die Führung am Bunde mit kühnem Griffe zu erhaschen, daß sie zunächst nicht davon loskam. Sie trat im August 1863 mit einem neuen Versuche hervor, der recht geschickt zu dem Zwecke ersonnen war, die öffentliche Meinung zu gewinnen und zugleich den preußischen Widerspruch durch Appell an das stark entwickelte Fürstengefühl in König Wilhelm zu überwinden: sie kam nämlich plötzlich mit der Einladung zu einem Fürstentage in Frankfurt heraus, wo rasch und in edlem Entgegenkommen gegen die Wünsche des Volkes, die hier so oft schon laut geworden waren, die deutsche Einheit von Deutschlands Fürsten zum Beschluß erhoben werden sollte. Was an Bundeseinrichtungen geboten wurde: Direktorium von fünf Stimmen, Delegationen der deutschen Landtage mit beratender Stimme (erst später wurde wenigstens beschließende Stimme zugestanden), regelmäßige Fürstenkongresse, war allerdings so dürftig, daß man kaum verstehen kann, wie man glauben konnte, damit dem gewaltigen Drange des deutschen Volkes zu genügen. Aber es war in der Tat der Plan wohl auch weniger zu diesem Zwecke erdacht, als um Preußen, das man durch den inneren Zwist gelähmt glaubte, den Vorsprung in der öffentlichen Meinung abzugewinnen. Gelang der Plan, so war Preußen noch stärker umgarnt, als es schon durch die Bundesverfassung war, gelang er nicht, d. h. scheiterte er an dem Widerspruch Preußens, so hatte man Preußen eine Verlegenheit mehr bereitet und es wieder einmal vor aller Welt als den Störenfried bloßgestellt.

Die ganze Rechnung erhielt nur dadurch einen bedenklichen Riß, daß der König von Preußen, der vorher über das Projekt nicht verständigt, durch dasselbe also überrumpelt war, in Frankfurt nicht *erschien*, und daß dadurch die Reihe in Verlegenheit zu geraten, bei den anderen war. Mit welchem Rechte man aber die persönlichen Eigenschaften des preußischen Herrschers mit in Rechnung gestellt hatte, geht daraus hervor, daß es nur mit großer Mühe seinem Ministerpräsidenten gelang, ihn von der Reise nach Frankfurt abzuhalten, und daß es hierüber zu einer so heftigen Meinungsverschiedenheit kam, daß Bismarck hier schon die Kabinettfrage stellen mußte.

Natürlich hatte das völlige Scheitern des Frankfurter Fürstentages eine Verschärfung des Verhältnisses der beiden rivalisierenden Mächte zur Folge. Um so überraschender ist es daher, daß wir gleich darauf in der Behandlung der schleswig-holsteinschen Frage Preußen und Österreich Schulter an Schulter und beide im Widerspruche mit der Mehrheit des Bundestages vorgehen sehen.

Die schleswig-holsteinsche Frage war durch den Tod Friedrichs VII., des Letzten vom Mannesstamme des dänischen Königshauses, plötzlich wieder brennend geworden. Durch diesen Todesfall war für die Schleswig-Holsteiner endlich der Moment gekommen, der nach ihrem Landesrechte ihnen die ersehnte Trennung von Dänemark hätte bringen müssen, wir wissen aber, daß das Londoner Protokoll dieses schleswig-holsteinsche Landesrecht vernichtet und bestimmt hatte, daß im Falle des Aussterbens des dänischen Mannesstammes der nach diesem Landesrechte berufene Herzog von Augustenburg nicht erben solle, daß vielmehr die Integrität des dänischen Gesamtstaates erhalten bleiben und der Prinz von Glücksburg in Dänemark *und* den Herzogtümern die Regierung antreten solle.

Der Machtspruch der Großmächte hatte nun aber die Angelegenheit nicht endgültig zur Ruhe bringen können. Von beiden Seiten her, von deutscher wie von dänischer, wurde daran gerüttelt.

Die Schleswig-Holsteiner ertrugen die Vergewaltigung ihres guten Rechtes nur mit verbissenem Ingrimm. Th. Storm verließ damals im Zorne die geliebte Heimat, um draußen bessere Zeiten abzuwarten. Viele andere fühlten wie er, wenn sie auch im Lande blieben; sie hofften, daß ihr Geschick doch noch eine bessere Wendung nehmen werde, und sie getrösteten sich der Teilnahme, die sie in Deutschland fanden, wo die national Gesinnten daran festhielten, daß die Befreiung der Elbherzogtümer eine deutsche Ehrenpflicht sei, und daß es um so mehr Sache des Deutschen Bundes sei, hier vorzugehen, da dieser an dem Londoner Protokoll nicht teilgenommen habe, durch dasselbe also auch nicht gebunden sei.

Aber auch die dänischen Chauvinisten betrachteten die Sache mit jenem Protokoll nicht als abgetan. Sie wollten die Herzogtümer ganz und gar haben und sahen sich in Verfolgung dieses Wunsches durch eine Klausel jenes europäischen Vertrages ge-

hindert, welche, da Holstein zugleich Teil des Deutschen Bundes war und seit alters mit Schleswig einige Einrichtungen gemeinsam hatte, für Schleswig-Holstein eine gewisse provinzielle Selbständigkeit ausbedungen hatte.

Das Ziel der dänischen Nationalpartei war die möglichst vollständige Danisierung der Herzogtümer, wenigstens aber Schleswigs. Sie hatte sich diesem Ziel in den zehn Jahren, die dem Londoner Protokoll gefolgt waren, durch eine ganze Reihe von Willkürlichkeiten zu nähern gesucht, welche unter dem Schutze der allgemeinen Reaktionsstimmung der Mehrzahl nach hingegangen waren. Die dänische Nationalpartei holte nun aber angesichts der Zunahme der deutschen nationalen Bestrebungen zu einem entscheidenden Schlage aus; es wurde eine dänische Gesamtstaatsverfassung ausgearbeitet, welche Schleswig zu einem integrierenden Teil des neu geeinten dänischen Reiches machen sollte und von der man hoffte, daß sie auch zu einer völligen Loslösung Holsteins vom Deutschen Bunde führen werde. Daß darin eine schwere Verletzung der Satzungen des europäischen Rechtes, wie es in London formuliert war, lag, das ließ man sich nicht anfechten; man rechnete auf die bewährte Hilfe Englands, das an dem Schicksal der Elbherzogtümer begreiflicherweise ein besonders warmes Interesse bekundete. Preußen, das als Nachbarmacht im übrigen besonders in Frage kam, schien ja seit der Berufung Bismarcks wieder vollends im Fahrwasser der Reaktion zu schwimmen und also ungefährlich zu sein, und der Proteste des Bundestages und der deutschen Nationalpartei schien man mit diesem Rückhalte lachen zu können.

Die Verfassung war noch bei Lebzeiten Friedrichs VII. verkündet worden. Im November 1863 starb nun dieser König, ehe die Verfassung rechtsgültig geworden war, und der neue König, der sogenannte Protokollprinz, sah sich vor die schicksalsschwere Alternative gestellt, diese Verfassung, deren Unrecht er sehr wohl kannte, entweder anzunehmen oder, wenn er sie nicht annahm, durch eine Revolution der dänischen, durchaus demokratisch gesinnten Nationalpartei vom Throne gestürzt zu werden.

Unterdessen hatten die Dinge aber schon einen ähnlichen Verlauf genommen wie 1848: die Herzogtümer hatten sich in einmütigem Aufschwunge — ohne übrigens diesmal zu den Waffen zu greifen — erhoben und hatten feierlich erklärt, daß durch den Tod Friedrichs VII. die Verbindung mit Dänemark

aufgehoben und ihr Landesherr der Herzog Friedrich von Augustenburg sei, und in mächtiger Aufwallung patriotischen Zornes hatte das deutsche Volk die Sache der Herzogtümer zu seiner eigenen gemacht.

Die schmerzlichsten Erinnerungen wurden wach. Man gedachte der Zeiten, da schon einmal das deutsche Volk in seiner imposanten Vertretung in der Paulskirche sich feierlich für Recht und Freiheit der tapferen Grenzer erklärt hatte, man gedachte der allgemeinen Begeisterung und der Hoffnungen, die man an diese Erhebung für die endliche Begründung einer starken deutschen Zentralgewalt geknüpft hatte, man gedachte mit brennender Scham des Scheiterns dieser Hoffnungen, des allgemeinen Mißlingens, der schändlichen Preisgabe der Elbherzogtümer an den übermütigen kleinen Gegner, und wie Sturmeswehen ging durch Deutschland der Ruf, daß jetzt oder nie die Zeit gekommen sei, die verlorene deutsche Ehre wiederherzustellen. Wieder fragte man sich, ob denn das deutsche Volk wirklich nicht mächtig genug sei, das drohende Unheil der Vergewaltigung dieser echt deutschen Lande zu verhüten, wieder blickte man zu den Regierungen auf, ob sie sich denn nicht endlich daran erinnern wollten, daß sie deutsche Regierungen seien, wieder stellte man an sie die Forderung, endlich einmal daran zu denken, daß das Volk auch seine Rechte habe, und in die Forderung mischte sich auch jetzt wieder die Drohung, daß das Volk die unvolkstümlichen Regierungen zur Verantwortung ziehen werde, wieder blickten die deutsch Gesinnten nach Berlin, der Hauptstadt des stärksten deutschen Staates, in banger Ungeduld harrend, daß endlich das erlösende Wort gesprochen werde.

Sie harrten vergebens, das erlösende Wort kam nicht, wohl aber kam die Tat, die die Erlösung in sich schloß.

Bismarck war allerdings entschlossen, den großen Moment nicht ungenutzt vorübergehen zu lassen; ihm lag das Schicksal der Elbherzogtümer nicht weniger am Herzen als den deutschen Patrioten, allein er war auch entschlossen, nur auf Grund eigenster Erwägungen zu handeln, sich in keiner Weise drängen zu lassen, keinen Schritt zu tun, ohne vorher aufs sorgfältigste die Sicherheit des Bodens erforscht zu haben, und vor allem: er war entschlossen, die Macht des preußischen Staates ausschließlich für preußisches Interesse einzusetzen, für das preußische

Interesse, wie er es verstand, und von dem er wußte, daß es schließlich auch dem deutschen Interesse zugute kommen müßte.

Er war von vornherein darüber klar, daß das preußische Interesse und damit das deutsche am besten gewahrt würde, wenn die Elbherzogtümer dem größten deutschen Staate, also dem preußischen, einverleibt würden. Als preußischer Staatsmann konnte er diese Lösung allein als die eigentlich wünschenswerte betrachten. War das nicht zu erreichen, so mußte man sich auch mit geringeren Ergebnissen begnügen, aber die Annexion war das Ziel, das er sich selber steckte.

Die erste Bedingung, es zu erreichen, war, daß er aufs sorgfältigste den Schein vermied, es zu erstreben, daß er sich also über das Ziel seiner Politik nicht aussprach, die zweite Bedingung war die, daß er die preußische Politik von der deutschen Bewegung vollkommen trennte, denn die deutsche Bewegung verfolgte offenkundig ein anderes Ziel, das dem preußischen Interesse geradezu zuwider war: sie trat ein für das Recht des Herzogs von Augustenburg, desjenigen Fürsten also, den die Schleswig-Holsteiner für ihren angestammten Herrn erklärten, für den Augustenburger begeisterte sich der gesamte deutsche Liberalismus, für ihn traten auch die deutschen Mittelstaaten, das sogenannte dritte Deutschland, ein, welche die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen wollten, sich als die Vertreter des eigentlichen Kerndeutschlands, des wahren Deutschtums, zu bekunden; das reale Ziel der deutschen Bewegung war also die Begründung eines neuen deutschen Mittelstaates, praktisch demnach die Verstärkung der deutschen Vielstaaterei.

Für Preußen konnte, wenn es in völliger Nüchternheit nur seine Bedürfnisse berücksichtigte, diese Aussicht nichts Verlockendes haben, denn ein neuer Mittelstaat konnte ihm den Aufenthalt im Bunde nur unbehaglicher machen; derselbe konnte die Opposition, die die Mittelstaaten stets Preußen zu machen bereit waren, nur verstärken, dem Ausland gegenüber bot aber ein solcher Mittelstaat, der militärisch natürlich minderwertig war, keine Stärkung der deutschen Position, sondern eher eine Schwächung.

Wenn diese Lösung also nicht eine Verschlechterung der preußischen Macht im Bunde und außerhalb des Bundes mit sich führen sollte, so ergab sie für Preußen unweigerlich die Verpflichtung, die Frage einer Reform des Bundes sofort in

Fluß zu bringen, und dieser Umstand war der zweite Grund, weshalb Bismarck von einer Vertretung der Augustenburger Kandidatur Abstand nehmen mußte, denn die Frage der Reform des Bundes hätte sofort den preußisch-österreichischen Gegensatz zum Ausbruche gebracht. Bismarck wollte aber eine Verquickung der schleswig-holsteinschen Frage mit der deutschen Frage durchaus vermeiden, solange das Ausland noch das Recht hatte, in die schleswig-holsteinsche Frage hineinzureden. Bismarck hatte die Absicht, die deutsche Frage als eine häusliche Angelegenheit zu behandeln, daher mußten diese beiden Dinge reinlich voneinander geschieden werden.

Es kam dazu noch ein anderes, sehr Wesentliches: die Begeisterung für den Augustenburger hatte eine sehr fühlbare Spitze gegen Preußen. Man begeisterte sich nämlich für diesen Fürsten in mitteldeutschen Kreisen zum Teil nur aus Angst davor, daß für Preußen aus dieser Krise etwa eine Vergrößerung folgen könnte. Obwohl Preußen von einer Annexion nicht sprach, so fürchtete man sie, und man erhitzte sich in den Kreisen des Liberalismus und der Demokratie für den Augustenburger, weil er eben nicht Preußen war, gegen welches seit dem Ausbruch des Konfliktes der ganze Linksliberalismus in Angriffsstellung stand. Die Augustenburger Sache wurde von der deutschen und namentlich preußischen Opposition mit Leidenschaft ergriffen, als ein Mittel, das reaktionäre System, das man mit Bismarck in der Herrschaft wähnte, endgültig wieder zu stürzen. Preußen sollte endlich gezwungen werden, sich dem Wunsche des deutschen Volkes zu fügen; es verband sich auch hier der Gesichtspunkt der Einheit und der Freiheit, beider in demokratischem Sinne; das ideale Ziel, welches der deutschen Bewegung vorschwebte, war also, die schleswig-holsteinsche Frage dazu zu benutzen, endlich das System des militaristischen Absolutismus zum Sturze zu bringen und einen glänzenden Triumph des demokratisch aufgefaßten nationalen Gedankens zu erkämpfen.[1])

1) Diese innige Verbindung der liberalen Opposition in Preußen und Deutschland und der Augustenburger Kandidatur ist es schließlich gewesen, welche Bismarck die Annexion ermöglichte, denn sie machte ihm möglich, den Augustenburger auszuschalten. An sich hatte der Prinz gute Chancen, denn König Wilhelm, nachdem er durch den Krieg von der Fessel des Londoner Vertrages befreit war, war sehr dazu geneigt, nunmehr die Rechte des Prinzen anzuerkennen. Dies

Es konnte das nur dazu beitragen, Bismarck in seiner aus anderen Gründen gewonnenen Haltung zu bestärken und dem geplanten Triumphe der geeinten Volkskraft die Manifestation des Schwergewichtes der monarchischen Macht entgegenzustellen.

Es ergab sich aus allem diesem für den leitenden preußischen Staatsmann die Verpflichtung, den deutschen Charakter der Frage und das diesbezügliche Programm der deutschen Nationalpartei zu ignorieren und ausschließlich die Frage als eine solche zu behandeln, die Preußen als europäische Großmacht und als Mitunterzeichnerin des Londoner Protokolls anging. Eine Handhabe, von diesem Standpunkte aus die Sache anzugreifen, bot die offenbare Verletzung dieses Protokolls durch die Gesamtstaatsverfassung. Preußen erklärte also, daß es an sich gegen die Thronfolge des Glücksburgers nichts einzuwenden habe, daß es aber die Zurücknahme dieser Verfassung verlangen müsse, insoweit sie den Festsetzungen des Londoner Vertrages widerspreche.

Das Londoner Protokoll war, wie wir wissen, die Satzung, in der die reaktionäre Bewegung, welche mit den deutschen Hoffnungen aufgeräumt hatte, gegipfelt hatte. Es war der Gegenstand des äußersten Hasses aller derer, die jetzt wieder aufs neue hofften. Dieser Haß warf sich natürlich jetzt in verstärktem Maße auf den Mann, der dieses Staatsrecht der Reaktion verewigen zu wollen schien. Denn wer konnte damals ahnen, daß dieser selbe Mann der Heros des deutschen Gedankens werden werde?

---

wurde — zur Freude Bismarcks — dadurch unmöglich gemacht, daß der Prinz zu sehr seine Hoffnung auf die andere Seite, die öffentliche Meinung in Deutschland und den Liberalismus, gestellt hatte und die Macht des preußischen Königtums unterschätzte, wenigstens nicht an den Ernst glaubte, diese Macht anzuwenden. Er hielt es daher für politisch klug, sich Preußen gegenüber nicht zu sehr zu binden. Da der König aber eine solche, und zwar einwandfreie Bindung als Bedingung seines Eintretens für ihn verlangte, so zerschlugen sich die Verhandlungen. Der Prinz — sehr eng liiert mit dem Kronprinzen und gegen Bismarck eingenommen — befand sich eben durchaus auf der verkehrten Seite. Durch diese Erwägungen erledigen sich im wesentlichen die Anklagen, die von dieser Seite später gegen Bismarck erhoben worden sind (Jansen-Sammer). Bismarck hat natürlich nichts dazu getan, den Prinzen aus seiner verkehrten Auffassung der Dinge herauszureißen, dazu war er aber auch durch nichts verpflichtet. Vgl. jetzt über die Unterredung Bismarcks mit dem Augustenburger am 1. Juni 1864 Wahl in Sybels histor. Zeitschr. Bd. 95, 1. Heft S. 58 ff.

In der Tat, die Zeiten schienen sich zu wiederholen, Preußen schien wirklich auf dem Wege nach Olmütz zu sein. Preußen zog sich gerade so von der nationalen Angelegenheit auf seine Großmachtstellung zurück, wie 1850 und genau wie damals zeigte es sich auch jetzt im Bunde mit Österreich.

Auch dieser Bund schloß sich unter dem Einflusse ähnlicher Gesichtspunkte, wie damals, namentlich für Österreich. Für Preußen war es von Wert, Österreich zur Seite zu haben, um nicht in Abhängigkeit von Frankreich zu geraten, zugleich und vor allem aber, um mit Österreich gemeinsam die Bundesopposition und die nationaldeutsche Bewegung niederzuhalten, und gerade diese Frontstellung Preußens gegen die nationaldeutsche Agitation berührte in Österreich sympathisch. In Wien besorgte man ganz besonders eine Wiederholung der Ereignisse von 1848. Man kannte in Wien nur zu gut den enorm explosiven Charakter der schleswig-holsteinschen Angelegenheit. Man erinnerte sich, daß die Revolutionsbewegung von 1848 sich vor allem an Schleswig-Holstein entzündet hatte. Um Venetiens und um Ungarns willen durfte man in Wien nicht dulden, daß das von Napoleon feierlich anerkannte Recht der Nationalitäten im Bunde selber zur Anerkennung komme, und hatte natürlich im Anfange gefürchtet, daß Preußen etwa die schleswig-holsteinsche Frage zu Sprengzwecken im Bunde benutze. Um so erfreulicher war es, daß Preußen an so etwas gar nicht zu denken schien, und Österreich war gern dazu bereit, sich gerade wie Preußen auf seine europäische Stellung zurückzuziehen und gemeinsam mit Preußen das gefährliche Ding unschädlich zu machen. Daß Österreich in Wirklichkeit bloß Bismarck dazu behilflich war, die Bombe der Elbherzogtümer für seine späteren Zwecke bequemer zur Hand zu legen, das ahnte man damals in Wien nicht. Es war aber nichtsdestoweniger wohl verstandenes österreichisches Interesse, wenn man sich hier entschloß, die von Preußen dargebotene Hand anzunehmen. Es mußte Österreich durchaus willkommen sein, wenn Preußen ihm anbot, mit ihm zusammen zu verhüten, daß die Frage der Elbherzogtümer keinen allgemeinen Brand entfache.

Es mußte fürchten, daß Bismarck, wenn sich Österreich versage, mit Napoleon das Geschäft mache und zwar dann natürlich zum Nachteil Österreichs in Deutschland und in

Italien, und also konnte es gar nichts Besseres tun, als zuzugreifen und mit Preußen zusammen den Rechtsstandpunkt des Londoner Protokolls gegen die dänischen Chauvinisten zu verteidigen. Es kann dieser österreichisch-preußische Bund in der Tat also wie der Bund von 1850, der in Olmütz verabredet wurde, als eine Verbindung der beiden deutschen Großmächte zur endgültigen Regelung der schleswig-holsteinischen Schwierigkeit gegen die nationalrevolutionären Tendenzen der Zeit definiert werden, und die Ähnlichkeit beider Situationen ist in der Tat überraschend. Es ist daher durchaus zu begreifen, daß die preußische Aktion bei allen Deutschgesinnten zunächst tiefe Enttäuschung hervorrief, denn es konnte nicht gleich alles das ins Auge fallen, wodurch sich die gegenwärtige Lage von der früheren unterschied. Der Unterschied lag zunächst darin, daß Preußen nur gerade für den Augenblick jene deutschen Tendenzen nicht brauchen konnte, daß dem Leiter der preußischen Politik die nationalen Ziele an sich aber durchaus nicht gleichgültig waren; es war ferner Preußen diesmal die führende Macht, nicht die geführte, wie in den Zeiten von Olmütz, und endlich bedeutete doch, was die Hauptsache ist, die gemeinsame Aktion nicht eine einfache Unterwerfung unter das Machtgebot des Auslandes, eine völlige Auslieferung der deutschen Grenzherzogtümer an das kleine Dänemark, sondern sie bedeutete ein Eintreten für das Recht dieser Grenzherzogtümer gegen Dänemark, allerdings nicht insofern es deutsches, sondern sofern es europäisches Recht war, und diese Aktion richtete sich schließlich nicht eigentlich gegen Dänemark, sondern gegen eine andere europäische Großmacht, gegen England, das Dänemark ganz besonders unter seine Fittiche genommen hatte. Diese Aktion war auch so meisterhaft vorbereitet, daß rasch der Erfolg da war. Die diplomatische Grundlage war unantastbar. Preußen und Österreich traten für das Recht Europas ein, welche europäische Macht hätte sich da widersetzen können? Aber auch die weitere Erledigung vollzog sich glatt, da weder Rußland noch Frankreich ein Interesse daran hatten, für Dänemark einzutreten, Rußland nicht, weil es mit dem konservativen Grundcharakter der Bismarckschen Politik völlig einverstanden war, Frankreich nicht, weil Bismarck Napoleon III. gegenüber genug von seinen weiteren Plänen mitgeteilt hatte, um ihn zu wohlwollender Neutralität zu bewegen. So war also der eigentlich

Angegriffene, England, schon vor Beginn der Aktion völlig isoliert, und war demnach das Spiel schon halb gewonnen, ehe es anfing. Es fing für die Öffentlichkeit sichtbar damit an, daß die beiden deutschen Großmächte ihre Forderung noch einmal kategorisch wiederholten und daß die dänische Regierung, die sich in trügerischer Sicherheit wiegte, ablehnte. Die beiden Mächte schritten nun zur Gewalt. In wenigen Wochen war Schleswig mit Ausnahme von Düppel und Alsen von den Dänen geräumt, und England beeilte sich, den Versuch zu machen, auf einer Konferenz, die wieder in London zusammentrat, seinem Schoßkinde das Schicksal, das es sich durch seine Halsstarrigkeit bereitet hatte, möglichst zu erleichtern. Natürlich mußte Preußen zusammen mit Österreich auf die Konferenz eingehen, zu einem Beschlusse Europas, den beiden kriegführenden Mächten in den Arm zu fallen, kam es aber nicht, da keine allen zusagende Form gefunden wurde, unter der die Integrität des dänischen Gesamtstaates zu erhalten war. Rußland hatte keine Neigung, sich für Dänemark gegen Preußen zu erwärmen; der Gegensatz: Revolution — Konterrevolution hielt es auf der Seite der beiden Großmächte, und Napoleon sah die Lostrennung Schleswigs und Holsteins von Dänemark gern, da er darin den Anfang der von ihm ersehnten deutschen Wirren sah, er war es sogar, der Preußen den Gedanken der Annexion der Herzogtümer nahe legte, — so mußten denn also die Waffen weiter entscheiden, und sie entschieden durch die überraschend schnell ausgeführte Einnahme von Alsen — Düppel war schon vor dem Beginn der Konferenz gefallen (18. April) — derartig kräftig, daß die Dänen die Nutzlosigkeit weiteren Widerstandes einsahen und sich dazu herbeiließen, Schleswig, Holstein und Lauenburg herauszugeben, und zwar, wie natürlich, an die beiden kriegführenden Mächte.

Damit war das eine Ziel, die Loslösung der Herzogtümer aus der dänischen Umschlingung, glücklich erreicht. Die Schwierigkeiten, die Bismarck bei dieser diplomatischen Aktion zu überwinden gehabt hatte, waren ungewöhnlich groß gewesen. Natürlich hatte die Mehrheit des Abgeordnetenhauses, hatte die öffentliche Meinung in Deutschland die Politik der Regierung auf das heftigste bekämpft. Dies konnte in der Tat nicht anders sein, denn es war für den Uneingeweihten nicht möglich, die verdeckten Schachzüge der preußischen Politik zu ver-

stehen und Bismarck konnte keine Aufklärungen über die eigentlichen positiven Ziele seiner Politik geben, wenn er nicht alles zerstören wollte. Das Zusammengehen mit Österreich ermöglichte allein die glatte Abwickelung der Sache gegenüber Europa, und das Zusammengehen mit Österreich war nur möglich, wenn man sich rein auf die negative Seite der Angelegenheit beschränkte, es war daher kein Wunder, wenn die preußische Politik verkannt wurde, denn diese negative Seite, die Ablehnung der von der Nationalpartei gestützten Augustenburger Ansprüche, war so unpopulär wie nur denkbar. Aber auch des Königs, der doch eingeweiht war, war Bismarck nicht immer sicher. Am 1. Dezember 1863 mußte Bismarck wieder daran erinnern, daß er sein Bleiben im Amte von der Billigung seiner Ratschläge abhängig machen müsse. — Die Bedenken wurden schließlich niedergekämpft und nach wenig Wochen war ja dann auch der Erfolg da, aber freilich: in dem Erfolge lag auch wieder der Keim zu neuen Sorgen, denn es ergab sich sofort die Frage, was nun geschehen solle, ob denn der Gemeinbesitz, in den Preußen und Österreich durch den Wiener Frieden gesetzt war, dauern könne, und ob es gelingen werde, dieses neue und eigentlich unnatürliche Verhältnis in friedlicher Weise zu regeln. Die meisten ließen sich durch diese bänglichen Fragen die Freude an dem Gelungenen vergällen, es gab doch nur wenige, vor deren Augen die Nebel, die ihnen bisher die richtige Erkenntnis des preußischen Ministerpräsidenten unmöglich gemacht hatten, sanken und die zu ahnen anfingen, daß die schleswig-holsteinsche Sache der gordische Knoten gewesen sei, und daß demjenigen, der den Knoten zerhauen hatte, die Herrschaft über Deutschland beschieden sei.

Zweites Kapitel.

Vor der Entscheidung.

Da rufen sie den Geist an in der Not,
Und grauet ihnen gleich, wenn er sich zeigt.
Schiller, Wallenstein.

In einem Briefe, den Bismarck von Petersburg aus am 12. Mai 1859 an den Minister von Schleinitz richtete, und in dem er noch einmal die Ergebnisse seines jahrelangen Studiums der preußisch-österreichischen Beziehungen zusammenfaßte, finden sich am Schlusse die Worte: „Ich sehe in unserem Bundesverhältnis ein Gebrechen Preußens, welches wir früher oder später ferro et igni werden heilen müssen."

Es ist so gekommen, wie Bismarck hier vorausgesagt hat, und die landläufige Meinung ist, daß Bismarck sein Amt als Ministerpräsident von vornherein dazu benutzt habe, gerade diese Lösung herbeizuführen, daß er, wie man zu sagen pflegt, den deutschen Krieg „gemacht" habe. Das ist aber in dieser Formulierung nicht richtig.

Bismarck war persönlich aufs tiefste durchdrungen von der Überzeugung, daß eine andere Lösung schließlich nicht möglich sein werde, und er hat diese Überzeugung auch im ersten Feuer seiner Ministerschaft geäußert — in der Budgetkommission, am 30. September 1862, wo er die Worte gebrauchte, die deutsche Frage sei nur durch Blut und Eisen zu lösen —, allein man wird behaupten dürfen, daß, abgesehen von dieser Bemerkung, durch die er gewissermaßen der öffentlichen Meinung an den Puls fühlen wollte, seine ganze weitere amtliche Tätigkeit darauf gerichtet war, diese Prophezeiung Lügen zu strafen, und daß also jene Lösung allen seinen amtlichen Bestrebungen zum Trotze erfolgte.

Die Art, wie die öffentliche Meinung gegen die viel beschrieenen Worte vom Blute und vom Eisen reagierte, war eben doch nicht ohne Eindruck bei ihm geblieben.

Das friedensselige Geschlecht schreckte vor einer Politik, die den Krieg offen als die einzige Möglichkeit bezeichnete, Machtfragen zu entscheiden, als einer Brutalität, als einer Verruchtheit zurück, und nun gar der Gedanke, daß die Österreicher, wenigstens diejenigen, an die man gewöhnlich bei diesem Namen nur dachte, Deutsche seien, daß ein Krieg mit Österreich also ein Bruderkrieg sei, erfüllte mit Entsetzen und verstärkte den Entschluß, die Schwierigkeit nur in friedlicher Auseinandersetzung zu beseitigen. Dazu kam, daß man ja auch in der Ausbildung der politischen Freiheiten den sicheren Weg gefunden zu haben meinte, diese ruhige Auseinandersetzung vorzunehmen. Man meinte, daß eben nur der Wille des Volkes ungetrübt überall zur Geltung zu kommen brauche, um dem Streben nach Einheit einen derartig imposanten Ausdruck zu geben, daß davor alle Widerstände und Hemmungen von selber zusammenbrechen würden, daß also in natürlicher Evolution sich alles machen würde. Die lange Gewohnheit, die Tradition und endlich die Erinnerung an die Zeiten des gemeinsamen Kampfes gegen Napoleon I. wirkten in derselben Richtung. Es war jetzt wiederum ein Napoleon in Frankreich am Ruder, der wieder die europäische Ordnung mit Störung bedrohte. War es da nicht natürlich, daß alle ordnungsliebenden Potenzen sich zusammenschlossen, konnte in einer solchen Lage eine andere auswärtige Politik in Betracht kommen als eine Politik erhaltenden Charakters, mußten sich nicht alle Mächte, unter deren Ägide die Ordnung Europas aufgerichtet war, jetzt nur um so fester wieder zusammenschließen?

Bismarck war persönlich davon durchdrungen, daß alle Schäden der europäischen Situation hauptsächlich daher kämen, daß die deutsche Frage noch nicht gelöst, daß der große deutsche Staat noch nicht da sei. Den Weg der moralischen Eroberungen hielt er für eine Illusion. So wie die Dinge lagen, so wie König Wilhelm gesinnt war, konnte er nun freilich unmittelbar und auf dem wirklich gangbaren Wege nicht zu dem klar erkannten Ziele vorwärts dringen. Aber er war sich einig mit dem König Wilhelm in der Auffassung von der preußischen Ehre. Er wußte genau, daß König Wilhelm dieser Ehre des preußischen Staates niemals zu nahe treten lassen würde, und das konnte ihm für seine Zwecke genügen. Er konnte so die auswärtige Politik für ihn führen, obwohl sie beide eigentlich ver-

schiedenes wünschten: König Wilhelm wünschte die Erhaltung des Bundes und der Freundschaft mit Österreich, Bismarck wünschte die Zerreißung dieses Bundes und Ersetzung desselben durch einen besseren, er wünschte daher auch den Bruch mit Österreich, weil mit Österreich zusammen eine Bundesreform im nationalen Sinne nicht möglich war; aber Bismarck konnte dennoch die Leitung der preußischen Angelegenheiten übernehmen, weil er ganz genau wußte, daß das Verbleiben eines selbstbewußten Preußens im Bunde unausbleiblich zu einem Konflikte zwischen den Bundessatzungen und der Ehre Preußens führen müsse, und weil er für den Fall eines solchen Konfliktes seines Königs sicher war.

Er überwand sich also so weit, daß er den Dingen alles überließ, daß er selber mit seiner staatsmännischen Überzeugung von dem schließlich notwendigen Ende vollkommen zur Seite trat und den Dingen gewissermaßen die Rolle eines dialektischen Prozesses zuerteilte; sie sollten die Probe abgeben für das Exempel, das er selber im Geiste schon gelöst hatte. Er hatte als Lösung gefunden: der gegenwärtige Zustand kann nicht bleiben. Preußen kann, wenn es nicht auf seine natürlichen Ansprüche verzichten will, mit Österreich zusammen in diesem Bunde nicht verharren. Österreich kann aus diesem Verhältnisse nicht freiwillig ausscheiden, also muß das Schwert schließlich entscheiden, — er entschloß sich nun aber umgekehrt nicht die Trennung, sondern das Zusammengehen mit Österreich zu suchen, ganz ehrlich die Freundschaft mit Österreich zu pflegen, aber natürlich immer nur unter der Bedingung der Wahrung der preußischen Ehre. In der Betonung dieser Bedingung wußte er sich mit seinem König einig, er wußte, daß er seine Zustimmung hatte, wenn er in seiner Stellung als preußischer Ministerpräsident die Verpflichtung sah, kein Titelchen eines preußischen Rechtes preiszugeben, und so konnte er denn ruhig die Dinge gehen lassen; er konnte sich noch so sehr mit Freundschaftsgefühlen für Österreich und Andachtsempfindungen für den Deutschen Bund ausstatten, er wußte ganz genau, daß der entschiedene Wille Preußens wirklich Preußen zu sein genügte, um das Netz, welches die österreichische Gemütlichkeit im Bunde mit allen den Aufschwung des deutschen Volkes zurückhaltenden Kräften über Preußen geworfen hatte, zur äußersten Anspannung zu bringen. Dann stand Preußen

wieder vor der Alternative: entweder sich dem Drucke zu fügen oder die Maschen, die seine freie Bewegung hemmten, zu zerreißen. Schon einmal hatte es vor dieser Alternative gestanden, da hatte es sich gefügt. Bismarck wußte, daß König Wilhelm ein zweites Olmütz nicht machen würde. Da eine preußische Politik, die nichts als das, aber wirklich preußisch war, ganz sicher zu einer Krisis führte, da eine Krisis Preußen ganz sicher aufs neue vor jene Alternative stellte, so war es ganz sicher, daß Preußen schließlich werde fechten müssen, d. h. daß die gewaltige Kraft zur Betätigung kam, die in diesem Preußen eigentlich steckte. Die Welt ahnte von dieser Kraft nichts, selbst im eigenen Lande war sie nur wenigen wirklich bekannt. Bismarcks Größe liegt eben auch darin, daß er durch alle trübenden Medien hindurch diese Grundkräfte des preußischen Staates erfaßt hatte, daß er die Erzgänge im Inneren entdeckt hatte und daß er dann endlich die Möglichkeit schuf, daß dieser eherne Bestand preußischer Kraft ans Tageslicht treten konnte, — der Welt zum Schrecken und zur Bewunderung. —

Preußen und Österreich im Bunde miteinander hatten ihren Willen in der dänischen Streitfrage durchgesetzt und hatten die europäische Situation beherrscht. Die Zweibundspolitik hatte sich bewährt in dem Verhältnis beider Mächte zu den übrigen europäischen Mächten, und beide Mächte hatten Veranlassung, mit den bisherigen Ergebnissen zufrieden zu sein. Preußen war es wirklich und war redlich bestrebt, den Zweibund auch weiterhin zu erhalten. Dagegen traten schon gleich jetzt in Österreich deutliche Anzeichen dafür hervor, daß man hier über den Zweibund anders dachte, sonst hätte der Kaiser nicht gerade jetzt den Macher der Zweibundpolitik, den Grafen Rechberg, um des anscheinend unerheblichen Mißerfolges in der Handelsvertragsfrage willen, entlassen. Franz Joseph betonte allerdings in einem Schreiben an König Wilhelm, daß sein Nachfolger, Graf Mensdorff-Pouilly, denselben durchaus konservativen Grundsätzen huldige, und deutete damit an, daß dieser Ministerwechsel an der bisher Preußen gegenüber befolgten Politik nichts ändern solle, allein der Kaiser befand sich hier über die Bedeutung dieses Ministerwechsels entweder selber im unklaren oder täuschte sich absichtlich darüber, denn Graf Mensdorff-Pouilly war ein Mann von viel geringerer Selbständigkeit und Bedeutung, als Rechberg gewesen war, er war in deutschen

Angelegenheiten durchaus Neuling, es war daher naturgemäß, daß er abhängig wurde von dem Rate des Herrn von Biegeleben, der die deutschen Sachen unter ihm zu bearbeiten hatte, und dieser Herr war ein Politiker Schwarzenbergscher Schule und ein Feind Preußens. In der Tat war die eigentliche Ursache für diesen Personenwechsel die Enttäuschung über das, was sich nun bei einer Gesamtaufstellung über Soll und Haben der bisherigen Zweibundspolitik als schließlicher Gewinn herausstellte. Es zeigte sich, daß Preußen sehr reale Werte, Österreich aber nur Kreditpapiere in der Hand hatte, von denen es unsicher war, ob sie sich anbringen lassen würden. Es war das nicht etwa eine Folge davon, daß Bismarck die Österreicher übervorteilt hätte, es war das nur eine Folge der natürlichen Verhältnisse: die beiden Elbherzogtümer lagen nicht nur geographisch in unmittelbarer Nähe der übrigen preußischen Lande, sondern standen auch ethnographisch und kulturell dem doch im wesentlichen norddeutsche Gebiete umfassenden Preußen sehr nahe. Sehr wichtig war dann für die preußischen Handelsinteressen die Lage dieser beiden Herzogtümer zwischen beiden Meeren, insbesondere aber waren die beiden Herzogtümer unschätzbar im Zusammenhange mit dem immer drängender werdenden Bedürfnisse Preußens, seine Flotte zu verstärken und eine Seegeltung zu gewinnen. Mit welchen Schwierigkeiten hatte es sich notdürftig einen Platz an der Nordsee im Jahdebusen erworben! Jetzt eröffnete sich in dem Hafen von Kiel für die Ostsee ein Stützpunkt, der sehr viel günstiger gelegen war wie Danzig, und der durch den geplanten Nord-Ostseekanal auch für die Nordsee und die Beherrschung der Elbemündung von Bedeutung werden konnte. — Von alledem kam natürlich für Österreich gar nichts in Betracht. Was sollte dieser Donaugroßstaat mit seinem Anteil an dem Besitz dieser nordischen Länder anfangen? Es war ja gewiß für die Gesamtstellung Österreichs unzweifelhaft von Vorteil, daß Österreich zusammen mit Preußen den anderen Großmächten gegenüber einen entschiedenen Willen bekundet und diesen Willen auch durchgeführt hatte, aber wenn es den Anteil, der ihm aus dem Wiener Frieden an der Herrschaft über die Herzogtümer erwachsen war, nicht als Tauschobjekt gegen etwas anderes verwerten konnte, was für Österreich wirklichen Wert hatte, dann war doch Österreichs Selbstlosigkeit auf eine schwere Probe

gestellt. Sehr nahe lag es ja nun, den erworbenen Herrschaftsanteil an Preußen selber abzutreten, denn Preußen wäre sicherlich an sich bereit gewesen, einen angemessenen Preis dafür zu zahlen, aber wirkliches Geld konnte — selbst wenn Preußen in der Lage gewesen wäre, eine Summe von entsprechender Höhe aufzubringen — ein Staat wie Österreich nicht nehmen, und sonst war nichts vorhanden, was Preußen hätte geben können. Es ist im Verlaufe der Debatte über diese Dinge eine Garantie Preußens für Venetien in Frage gebracht worden. Eine solche Garantie wäre für Österreich unzweifelhaft von sehr hohem Werte gewesen, aber das wäre für Preußen wieder ein zu hoher Preis gewesen, hätte es unabsehbaren Verwickelungen ausgesetzt und in eine unwürdige Abhängigkeit von den Entschlüssen der Wiener Hofburg gebracht. In einem späteren Stadium der Dinge dachte man dann in Wien an Glatz, allein der Gedanke, ein Stück von dem wieder aufzugeben, was Friedrich II. einst in drei schweren Kriegen errungen hatte, war für einen König von Preußen eine reine Unmöglichkeit.

Es ist zu begreifen, daß die allmählich in Wien heraufdämmernde Erkenntnis über die relative Ungunst der Lage, wie sie durch den doch auch mit erheblichen Opfern errungenen Frieden geschaffen war, keine gerade besonders rosige Stimmung erzeugte. Noch dazu mußte man sich sagen, daß an sich die erworbenen Rechte Österreichs durch längeres Lagern nur schlechter, diejenigen Preußens aber vielleicht noch besser werden konnten, denn es war eben auch wieder ganz naturgemäß, daß Preußen mit jedem Tage die schon vorhandenen Beziehungen verstärken und dadurch mit den Herzogtümern immer näher verwachsen mußte. Die Folge der ärgerlichen Enttäuschung, die aus allen diesen zu spät angestellten Erwägungen erwuchs, war, daß diejenigen jetzt recht bekamen, die von jeher von einem Zusammengehen mit Preußen abgeraten hatten. Man bedachte nicht, daß sich in diesen für Preußen verhältnismäßig günstigeren Ergebnissen des dänischen Krieges lediglich die Tatsache enthüllte, daß die schleswig-holsteinsche Frage auch eine deutsche Frage gewesen war, und daß die Lösung dieser Frage dem preußischen Staate, der selbst einen so großen Teil Deutschlands darstellte, natürlich größeren Vorteil bringen mußte, als dem zu einem so hohen Prozentsatze nichtdeutschen Österreich; man wollte die Notwendigkeiten, die sich in diesem Verhältnisse an-

kündigten, nicht sehen, man zog nicht die Lehre, daß in diesen Tatsachen sich eben aufs neue der deutsche Beruf Preußens darstelle, sondern man warf sich jetzt mit wahrer Leidenschaft in die Bahn, die Rechberg um jener Zweibundspolitik verlassen hatte, und kehrte wieder zu dem alten Schwarzenbergischen Satze zurück, daß eine Machtsteigerung Preußens um jeden Preis vermieden werden müßte, verbiß sich in den Gedanken, daß, wenn Österreich von seinem Anteil an der Herrschaft über Schleswig-Holstein nichts hatte, Preußen auch nichts davon haben sollte.

Um dies zu erreichen, dazu bot sich nun, wenn man überhaupt entschlossen war, die jüngste politische Vergangenheit zu verleugnen, ein ungemein probates Mittel dar. Hatte nicht von Anfang an der Herzog Friedrich von Augustenburg behauptet, daß die beiden Herzogtümer ihm zukämen? Besaß er nicht großen Anhang im Lande? Hatte nicht vor allem das dritte Deutschland, d. h. also besonders die Mittelstaaten, die Heger und Pfleger des Kleinfürstentums gegenüber den großen Hänsen im Bunde, hatten die nicht mit leidenschaftlichem Eifer stets die Rechte des Augustenburgers verfochten? Allerdings: Österreich hatte während der Dauer der dänischen Aktion von diesen Rechten nichts wissen wollen, es hatte feierlich die Nichtigkeit dieser Rechte verkündet, es hatte sich also eigentlich gründlich festgeredet, allein über dieses Bedenken setzte man sich hinweg. Die Aussicht war zu verlockend. Hier, am Deutschen Bunde, da war ein Markt, wo der österreichische Besitzanteil nicht nur ohne Einbuße, sondern sogar noch mit Vorteil zu verwenden war! Wenn Österreich dem Deutschen Bunde seinen Besitzanteil überließ, damit der Augustenburger mit demselben ausgestattet wurde, dann gewann Österreich nicht nur dröhnenden Beifall bei allen deutschen Regierungen, stellte sich als der eigentliche Vollstrecker des Bundeswillens dar und verstärkte damit seinen Einfluß im Bunde in sehr bedeutungsvoller Weise, sondern es zwang zugleich Preußen, gleichfalls auf seinen Anteil zu verzichten, — und wenn es dies nicht tat: nun, dann war wieder einmal bewiesen, daß mit Preußen nicht auszukommen sei, dann war wieder einmal Preußen in Widerspruch gesetzt mit allen übrigen, und dann erwuchs wohl endlich Österreich die so lange ersehnte Gelegenheit, die Bundesreform rasch, eventuell auch gegen Preußens Willen, in österreichischem Sinne durchzuführen.

So erfolgte denn also schon am 12. November 1864 in beinahe unanständiger Eile — aber Eile tat in diesem Falle not — von seiten Österreichs der Vorschlag an Preußen, den Augustenburger als Herzog von Schleswig und Holstein einzusetzen. Österreich konnte nach seinen bisherigen Erklärungen nicht gut mehr von einem unbestreitbaren Rechtstitel des Augustenburgers reden, es empfahl dagegen dem preußischen Kabinett die Einsetzung desselben aus Gründen der Zweckmäßigkeit. Seine rechtliche Stellung nahm es auf dem Boden der Bundesverfassung: nach den Grundgesetzen des Bundes sei eine Übertragung holsteinscher Hoheitsrechte an Preußen schlechthin unstatthaft, die Erhaltung des Bundesrechtes sei eine Lebensfrage für Österreich. — Es lag in diesem Antrage erstens die Zumutung auf den Verzicht sehr erheblicher unmittelbarer Vorteile, die Preußen eben durch einen opfervollen Krieg erworben hatte, dann aber auch die weitere Zumutung, freiwillig und selber seine Lage durch Schaffung eines neuen Mittelstaates mittelbar zu verschlechtern, eines Mittelstaates, der natürlich, weil durch Österreich begründet, zur österreichischen Klientel gehört und am Bunde regelmäßig gegen Preußen gestimmt hätte. Das Bundesverhältnis, an sich schon lästig genug, wäre auf diese Weise für Preußen noch lästiger geworden, und das alles sollte Preußen tun, gegen seine bessere Überzeugung — denn es hatte natürlich das Recht des Augustenburgers stets als mindestens zweifelhaft hingestellt, — alles bloß, weil es die Feinde Preußens oder wenigstens die Feinde einer Vergrößerung der preußischen Macht so wollten! In der Tat, das Verlangen war derartig naiv, daß man den österreichischen Staatsmännern wohl unrecht täte, wenn man meinte, sie hätten geglaubt, Preußen werde es ohne weiteres bewilligen. Sie glaubten das ganz gewiß nicht, aber ganz gewiß glaubten sie, daß das österreichische Verlangen Preußen Verlegenheiten bereiten werde, sie glaubten, daß es Verwickelungen, eventuell eine Bundesaktion herbeiführen werde und eben darauf kam es ihnen an. Sie rechneten auf ein zweites Olmütz, und insofern liegt in dieser österreichischen Depesche vom 12. November tatsächlich die formelle Einleitung zum Kriege von 1866. Das Bundesrecht sollte dazu dienen, um Preußen aus seinen wohlerworbenen Rechten hinauszumanövrieren. Preußen war damit also vor die Alternative gestellt, entweder sich zu fügen oder das Bundes-

verhältnis zu zerreißen. — Es dauerte nun allerdings noch einige Zeit, bis Preußen wirklich in die Lage kam zu wählen, denn es befand sich rechtlich in einer so vorzüglichen Lage, daß es sehr schwer war, die Sache zu einem Konflikt emporzutreiben. Es hatte sich von Beginn der Affäre an nicht ein einziges Mal widersprochen und hat das auch in der Folge nicht getan, während Österreich viermal seine Stellung wechselte; Preußen war außerdem im Besitze, allerdings im Besitze zusammen mit Österreich, aber doch im Besitze. Dementsprechend antwortete es denn auf jenes österreichische Verlangen äußerst ruhig, daß die Rechte des Augustenburgers ihm jetzt so wenig einleuchteten wie früher. Außer von dem Augustenburger seien auch von dem Großherzog von Oldenburg Ansprüche erhoben worden — später ließ Bismarck sogar auch noch brandenburgische Ansprüche anmelden —, alle diese Ansprüche bedürften der Prüfung, und zu dieser Prüfung bedürfte es der Zeit; sollte sich einer der Ansprüche als unwiderleglich herausstellen, so werde Preußen weichen, aber selbstverständlich verlange es dann für seine wohlerworbenen Rechte Entschädigung. Österreich wurde schon durch diesen Gegenzug Bismarcks so nervös, daß es am 21. Dezember 1864 mit Bruch der Allianz drohte. Es besann sich aber eines Besseren, da es doch die Hand immer am Kochlöffel behalten mußte, und fragte nun weiter, welches denn die Entschädigungen seien, die Preußen verlange. Preußen forderte daraufhin Bedenkzeit und kam dann am 22. Februar 1865 mit seinen Entschädigungsforderungen heraus, die allerdings derart waren, daß man in Wien in wahre Entrüstung geriet. Diese Forderungen enthielten im wesentlichen nichts als Garantien dafür, daß der neu zu schaffende Mittelstaat keine Verschlechterung der allgemeinen Lage Preußens mit sich brachte, die Forderungen enthielten nicht viel mehr als das, was später von den Mitgliedern des Norddeutschen Bundes im Interesse einer starken Zentralgewalt verlangt und zugestanden wurde, in diesen Februarforderungen streckte also schon der künftige Deutsche Bundesstaat zum erstenmal seine Krallen heraus, aber eben deshalb prallte man in Wien auch zurück. Österreich erklärte in erregtem Tone, daß auf dieser Grundlage nicht zu verhandeln sei, daß es da schon besser sei, es bleibe vorläufig alles so, wie es sei.

Bismarck hatte natürlich gegen diese Entscheidung nichts einzuwenden, er blieb dabei, nichts zu tun, was einen gütlichen Ausgleich verhindern konnte, obwohl die Gelegenheit dazu gerade damals in der allgemeinen Situation vorhanden war.

Napoleon III. verfolgte die Dinge in Deutschland, wie wir wissen, mit lauerndem Interesse. Der kritische Zustand, der hier bestand, hatte etwas unwiderstehlich Anziehendes für diesen Herrscher, der stets auf große Aktionen sann, welche die Macht und die Größe Frankreichs der Welt verkünden sollten. Er hatte, seitdem ihm die Befreiung Italiens von fremdem Einflusse nur halb gelungen war und Italien dann selber zur Tat geschritten war, keine Ruhe mehr, immer dachte er daran, den Rest seines Versprechens auch noch einzulösen, auch Venetien den Italienern zu verschaffen, dafür aber Frankreich wieder den beherrschenden Einfluß auf der Apenninenhalbinsel zurückzugewinnen, den er brauchte, um die italienische Einheitsbewegung vor den Toren Roms zum Stillstand zu bringen. Die weltliche Herrschaft des Papstes sollte auf jeden Fall erhalten bleiben, damit die Kirche stets bei guter Laune und bereit blieb, ihren Einfluß in Frankreich zugunsten des Kaisers zu verwenden, es ergab sich also das Problem, die nationalen Wünsche der Italiener und die Wünsche Roms zu vereinen, — ein Problem, das der Natur der Sache nach unlösbar war. Napoleon aber meinte doch einen Schwebezustand schaffen zu können, der den verschiedenen Interessen entsprach, er meinte, die Italiener bewegen zu können, auf die Einheit zu verzichten, wenn er ihnen die Freiheit verschaffte, und so nahm also seine Politik hier in Italien wieder eine scharfe Richtung gegen Österreich, das durch seinen venetianischen Besitz der Befreiung des Landes im Wege stand. Er gab im September 1864 dem König Viktor Emanuel ein Pfand seines Vertrauens, indem er sich bereit erklärte, die französische Besatzung aus Rom zurückzuziehen, während Viktor Emanuel versprach, auf Gewaltanwendung gegen den Kirchenstaat zu verzichten und zugleich zum Zeichen, daß er auf Rom als Hauptstadt nicht mehr rechne, seine Residenz von Turin nach Florenz zu verlegen.

Es kam jetzt dem Kaiser darauf an, Österreich in irgendeiner Weise Venetien abzupressen, und hier rechnete er nun auf Preußen und seine natürliche Gegnerschaft gegen Österreich.

Er wünschte Preußen in ähnlicher Weise für seine politischen Rechenexempel als Faktor disponibel zu haben, wie es mit dem subalpinen Königreiche der Fall war, und er strebte daher danach, den preußisch-österreichischen Zweibund aufzulösen und selber mit Preußen in ein festes Verhältnis zu kommen. Hatte er erst von Preußen einen bindenden Vertrag in der Hand, dann war er in der Lage, auf Österreich dermaßen zu drücken, daß diesem ein Festhalten Venetiens unmöglich wurde. Napoleon wünschte also das preußische Bündnis wegen seines Handelswertes, den es eventuell für ihn besaß; er hätte kein Bedenken getragen es wieder zu zerreißen, wenn es seinen Zweck erfüllt hatte. Wir verstehen daher die Teilnahme, mit der er die Weiterentwickelung der Herzogtümerfrage verfolgte, und verstehen insbesondere, wie es kommen konnte, daß Goltz, der preußische Gesandte in Paris, gerade am Anfang des Jahres 1865 meldete, er habe aus seinen Gesprächen mit Napoleon den Eindruck, daß Preußen jetzt, wenn es wolle, die Allianz Napoleons gegen Österreich haben könne, und zwar ohne Entgelt. Napoleon kannte eben sehr genau den Stand der Dinge, wußte, daß eine heftige Spannung zwischen Österreich und Preußen eingetreten sei, und meinte, die Sache sei jetzt reif.

Nichts ist nun interessanter für die Gedankengänge der Bismarckschen Politik als das Schreiben, mit dem er die Goltzschen Mitteilungen am 20. Februar 1865 beantwortete. Es zeigt, daß die geheimen Rechnungen des Kaisers vor seinem Auge dalagen wie ein offenes Buch. Er ist gegen Illusionen vollständig gewappnet und weiß ganz genau, warum der Kaiser gerade jetzt das preußische Bündnis sucht. Er kennt die Gefahr, in die Preußen sich durch ein Bündnis mit Frankreich begeben würde, und denkt gar nicht daran, wenn überhaupt, dann schon jetzt ein solches Risiko zu wagen. Er gibt auch die Hoffnung noch nicht auf, mit Österreich direkt zu einem Abkommen zu gelangen. Er weiß sehr genau, daß man in Wien mit der Möglichkeit eines Einverständnisses zwischen Preußen und Frankreich stets rechnen muß, und findet, daß diese Möglichkeit gerade für Preußens Lage vorteilhafter ist als die Wirklichkeit eines solchen Einverständnisses, das so viele Bedenken gegen sich hat. „Ich halte", sagt er, „das Bündnis mit Österreich nicht für ausgenutzt und glaube, daß wir, indem wir Wien zwischen der Hoffnung auf unseren Beistand und der

Furcht vor dem Übertritt auf Seite der Gegner erhalten, bessere Geschäfte machen, als wenn wir Österreich ohne Not zwingen, sich auf unwiderruflichen Bruch mit uns einzurichten. Es scheint mir zweckmäßiger, die einmal bestehende Ehe trotz kleiner Hauskriege einstweilen fortzusetzen, und wenn die Scheidung notwendig, die Verhältnisse zu nehmen wie sie dann sind, als schon jetzt das Band unter allen Nachteilen zweifelloser Perfidie zu zerreißen, ohne die Sicherheit, jetzt bessere Bedingungen in einer neuen Verbindung zu finden als später."

Bismarck hatte dies geschrieben, ehe die preußischen Februarbedingungen in Österreich eine so schroffe Ablehnung erfahren hatten. Er hoffte immer noch auf die Wirkung der natürlichen Verhältnisse, die auf eine schließliche Annexion durch Preußen drängten. Nun aber nahmen die Dinge in Schleswig-Holstein selber einen Verlauf, die diesen Hoffnungen entgegen waren. Es erwuchs nämlich den preußischen Ansprüchen in der Bevölkerung selber ein Widerstand, der von Tag zu Tag bedenklicher wurde.

Hier hatte man den Anspruch auf Selbständigkeit von vornherein natürlich gar nicht anders ausdrücken können als durch die Behauptung der Rechte des Augustenburgers, und es war der Bevölkerung nun ganz unmöglich, sich so gleich in eine andere Lage hineinzufinden. Der Gedanke, preußisch werden zu müssen, erschien der Mehrzahl der Schleswig-Holsteiner als ganz unerträglich. Das preußische Regime erschien ihnen so, wie es von der Mehrheit des preußischen Abgeordnetenhauses gekennzeichnet wurde, als ein System des Zwanges und der Unfreiheit. Sie wollten nicht von dem Joche der Dänenherrschaft erlöst sein, um unter ein, ihrer Meinung nach, schlimmeres zu geraten. Daß in Wirklichkeit die Verbindung mit dem gerade auf dem Gebiete des wirtschaftlichen Lebens so stark voranschreitenden Staate für diese Landschaften ein großer Segen sein müsse, das bedachte man nicht. Auch für den mächtigen Antrieb, der in der Verbindung mit einem großen staatlichen Organismus an sich lag, hatte man in provinzialer Ruheseligkeit und dem sehr ausgeprägten Partikularismus, der in den so interessanten Elb-Herzogtümern herrschte, kein Verständnis, und so erhob sich denn eine mächtige Agitation gegen den drohenden Anschluß an Preußen und für den „angestammten" Friedrich VIII. von Augustenburg. Zeitungen

und Vereine entwickelten eine fieberhafte Tätigkeit. Auf jede nur denkbare Weise wurde gegen Preußen gearbeitet. Eine Adresse an den angeblichen Landesherrn wurde aufgelegt, welche gar bald sich mit 50000 Unterschriften bedeckte, und dieses Treiben erschien durchaus nicht aussichtslos, es war im Gegenteil ganz danach angetan, die Aussichten Preußens in Schleswig-Holstein bald völlig zu vernichten, denn es fand einen mächtigen Resonanzboden in dem Partikularismus des übrigen Deutschlands, der sich so gern der Formen des Bundesrechtes bediente, um gegen Preußen zu demonstrieren, und in dem Liberalismus, der die in den Herzogtümern schwebende Streitfrage auf die Formel: hie deutsche Einheit und Freiheit, hie Reaktion brachte, der den Augustenburger also als das Opfer Bismarckscher Gewaltpolitik darzustellen liebte, und der in einer preußischen Großmachtspolitik nichts anderes als eine Fortsetzung der heiligen Allianz witterte.

Von einer Erkenntnis der Wahrheit, daß schließlich Preußens preußische Politik immer noch die wirksamste Art war, deutsche Politik zu machen, und daß Deutschlands Interessen seit der Begründung des Zollvereins keine so wirksame Förderung erfahren hatten, als sie in den Satzungen des Wiener Friedens lag, von einer Erkenntnis dieser Wahrheit war die große, die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes noch weit entfernt.

Es gehörte ja allerdings gewiß viel Abstraktionsvermögen dazu, um zu dieser Wahrheit hindurch zu dringen, denn der äußere Anschein und die gewohnten Gedankengänge führten zu sehr nach anderer Richtung. Der Glaube war zu sehr festgewurzelt, daß die Dynastien dem Einheitsdrange entgegenständen und daß nur durch Druck von unten her, durch Ausdehnung der politischen Freiheiten, welche dem Volke den legalen Erwerb der politischen Macht ermöglichte, ein Gelingen zu hoffen sei, und man wird begreifen können, daß derjenige, der in diesen Überzeugungen festgefahren war, das Bismarcksche Regiment nimmermehr gutheißen konnte, dieses Regiment, welches die Verfassungsverletzung in Preußen verewigen zu wollen schien, welches den Staat nun schon im vierten Jahre ohne Budget ließ, welches den Widerstand durch allerlei harte Maßregeln einfach mundtot machen wollte, — wie gesagt, alles das wird man begreifen können, allein sehr schwer zu begreifen ist doch,

daß in Preußen selber wenigstens die Erkenntnis nicht deutlicher aufdämmerte, daß dieser Bismarck, mochte er im Inneren noch so gewaltsam auftreten, sein Metier als auswärtiger Minister aus dem Grunde verstand, und daß das preußische Interesse in ihm einen Vertreter besaß, wie man es seit lange, lange nicht mehr erlebt hatte. Das preußische Abgeordnetenhaus vermochte aber in seiner Mehrheit auch nicht dieses bescheidene Maß von sachlicher Beurteilung aufzubringen. Es hatte sich von Anfang an natürlich wie alle deutschen Volksvertretungen auch für den Augustenburger begeistert und hatte deshalb der Regierung die Mittel für die schleswig-holsteinsche Unternehmung verweigert, weil sie in ihrer Politik den Weg nicht hatte einschlagen wollen, den die Mehrheit des Abgeordnetenhauses empfohlen hatte. Jetzt lag der Antrag der Regierung vor, die Kosten des Krieges wenigstens nachträglich zu bewilligen, und es wäre doch zu erwarten gewesen, daß das Abgeordnetenhaus bei aller Wahrung seines grundsätzlichen Standpunktes wenigstens zur Anerkennung gebracht hätte, daß, wenn die Politik der Regierung auch nicht die vom Parlament empfohlene, so doch eine gute und erfolgreiche Politik gewesen sei, — aber nein: die Kommission verlangte auch jetzt die Ablehnung. Vergebens trat Bismarck für den Vorschlag der Regierung ein. Er wies darauf hin, daß nichts von alle dem Unheil, welches im vorigen Jahre voraus verkündet worden war, eingetreten sei. Es sei gesagt worden, daß dieser Gang der preußisch-österreichischen Politik kein anderes Ergebnis haben könne als das, die Herzogtümer zum zweitenmal an Dänemark zu überliefern, daß die Königliche Regierung, indem sie diese rein deutsche Sache als europäische behandele, die Einmischung des Auslandes herbeiziehe, daß die angedrohte Vergewaltigung den berechtigten Widerstand der übrigen deutschen Staaten und damit den Bürgerkrieg in Deutschland herausfordere, — keine dieser Befürchtungen sei eingetroffen. „Sie sagen, auch auf Ihrem Wege hätte einer Störung des europäischen Friedens im großen vorgebeugt werden können, auch wenn wir, statt mit Österreich, mit dem Deutschen Bunde gegangen wären. Das ist möglich, aber es erschien der Königlichen Staatsregierung nicht in dem Grade wahrscheinlich, wie die Vermeidung des Krieges auf dem Wege, den wir gingen, und jedenfalls habe ich den Erfolg anzuführen, daß er auf unserem Wege

vermieden worden ist. Sie werfen diesem Wege ferner vor, daß er uns einen Mitbesitzer in Schleswig-Holstein gegeben habe. Aber der von Ihnen empfohlene hätte uns 32 Mitbesitzer gegeben, und an der Spitze dieser 32 denselben, den wir jetzt haben, und zwar nicht mit derselben Gleichberechtigung, sondern mit der Überlegenheit der Präsidialmacht und als Führer der Bundesmajorität gegen Preußen; der ganze Schwerpunkt läge nicht zwischen Berlin und Wien und Kiel, sondern er läge in Frankfurt ... Es ist angeführt worden, daß wir eine Gelegenheit versäumt hätten, uns an die Spitze der mittleren und kleineren Staaten Deutschlands zu stellen. Wenn der Herr Referent, gleich mir, acht Jahre hindurch deutscher Bundestagsgesandter in Frankfurt gewesen wäre, so würde er diese Möglichkeit nicht als eine so erreichbare hingestellt haben. Er würde, gleich mir, überzeugt sein, daß die Majorität der Mittel- und Kleinstaaten sich nicht freiwillig und bereitwillig einer preußischen Führung, einer preußischen Aktion untergeordnet haben würde, ohne sie zu genieren und zu hemmen, ohne Preußen in der Ziehung der Konsequenzen aus dieser Aktion zu beeinträchtigen. Das Verhältnis wäre das umgekehrte von dem angedeuteten gewesen, Preußen hätte unter der Leitung der Bundesmajorität und der Bundesbeschlüsse sich an diesem ganzen Feldzuge beteiligt." Bismarck konnte darauf hinweisen, daß viel mehr erreicht sei, als was das Haus früher verlangt habe. Das, was damals das Ideal der preußischen Volksvertretung gewesen sei, sei für die preußische Regierung jetzt das Minimum des Erreichbaren. „Wir können das", sagte Bismarck, „was Sie vor $1^1/_2$ Jahren als Höchstes erstrebten, in jeder Viertelstunde ins Werk setzen: einen unabhängigen schleswig-holsteinischen Staat, sogar mit einigen mäßigen, uns aber nicht genügenden Vorteilen für Preußen — es bedarf nur einer in einer Viertelstunde aufzusetzenden Erklärung der Königlichen Regierung, und der Staat wäre geschaffen." Das Haus dürfe sich nicht dahinter verschanzen, daß es die gegenwärtige Politik nicht unterstützen wolle, weil es das Ministerium nicht wolle. Es dürfe nicht die vom König eingesetzte Regierung von der Politik Preußens im Auslande trennen. Es gebe keine andere preußische Politik, als diejenige, welche die vom König eingesetzte Regierung betreibe. „Bekämpfen Sie diese Politik", rief er aus, „so bekämpfen Sie die Politik Ihres eigenen

Vaterlandes im Bunde mit dem dem Vaterlande gegenüberstehenden Auslande!" Wer kann alle diese Ausführungen heute lesen, ohne von ihrer Wahrheit getroffen zu werden? Damals verhallten sie zunächst wirkungslos; der Antrag der Regierung ward verworfen. Dasselbe Schicksal hatte ein anderer Regierungsentwurf, der von dem Lande Mittel zur Verstärkung der preußischen Flotte verlangte. Konnte es etwas Populäreres geben als die Begründung einer deutschen Seemacht? Allein der Antrag kam von diesem Ministerium, und er wurde abgelehnt wie alle anderen! Das Haus wollte das Ministerium um jeden Preis stürzen, hatte sich verrannt in den Kampf um die Macht im Inneren und besaß nicht die Überlegung, daß in Zeiten der äußeren Gefahr die inneren Gegensätze zu schweigen hätten. Bismarck scheint durch diesen Grad der Parteileidenschaft doch überrascht gewesen zu sein. „Ich kann doch nicht leugnen", sagte er, „daß es mir einen peinlichen Eindruck macht, wenn ich sehe, daß angesichts einer großen nationalen Frage, die seit 20 Jahren die öffentliche Meinung beschäftigt hat, diejenige Versammlung, die in Europa für die Konzentration der Intelligenz und des Patriotismus in Preußen gilt, sich zu keiner anderen Haltung als zu der einer impotenten Negative erheben kann."

Natürlich trug dieser Zustand heilloser Zerklüftung im Inneren Preußens sehr wesentlich dazu bei, den Zwist, der über das weitere Schicksal Schleswig-Holsteins ausgebrochen war, rasch zu verschärfen, denn er bildete für Österreich geradezu eine Aufforderung, nur recht fest auf derjenigen Position zu beharren, die es den preußischen Bestrebungen gegenüber in Schleswig-Holstein erwählt hatte und die eine ungemeine Stärke besaß. Diese Position bestand einfach darin, die Augustenburger Agitation gewähren zu lassen und ein Vorgehen der preußischen Regierung gegen dieses höchst lästige Treiben dadurch unmöglich zu machen, daß es zu jeder dahin zielenden Maßregel seine Zustimmung versagte. Es war das eine Haltung, die rechtlich unantastbar war, sie ergab sich aus der Stellung Österreichs als „Mitbesitzer", und sie war das genaue Widerspiel der Folgerungen, welche Preußen aus seiner Mitbesitzerschaft zog. Was also Preußen auch vorschlug zur Bändigung der Augustenburger Umtriebe, also etwa Vorgehen gegen renitente Beamte, Maßregelung von preußenfeindlichen Zeitungen, Auflösung von

Augustenburger Vereinen, alles ward von Österreich abgelehnt, und zwar hatte dabei die österreichische Regierung außer dem Genuß der Schadenfreude noch den besonderen Vorteil, daß es die Rolle des Freiheitsfreundes gegen die volksfeindliche Berliner Reaktion agieren konnte und daß ihm alles, was gegen Preußen eingeschworen war, die ganze liberale und klerikale Demokratie, namentlich in Süddeutschland, Beifall klatschte. Es wuchs so der österreichischen Regierung in dieser Bundesgenossenschaft des Liberalismus eine Bundesgenossenschaft zu, auf die es an sich gewiß den geringsten Anspruch hatte, denn wer anders als Österreich hatte denn die Zukunftshoffnungen auf Einheit und Freiheit geknickt? Aber der Haß gegen das „reaktionäre Ministerium in Preußen" schien alle historischen Erinnerungen ausgebrannt zu haben, und so wuchs denn das moralische Übergewicht Österreichs in Deutschland von Tag zu Tag, schien die Unbeliebtheit des preußischen Regierungssystems Österreich den Weg zur Hegemonie von selber zu bereiten.

Durch diese Gunst der Lage sah sich Österreich verlockt, aus der völlig unangreifbaren Position der Negative, die es in Schleswig-Holstein sich erkoren hatte, und die für Preußen sehr ärgerlich war, herauszutreten und sich wieder auf ein Gebiet zu begeben, wo der Konflikt auf einer für Preußen sehr viel günstigeren Grundlage sich erheben konnte, nämlich das Gebiet des Bundesrechtes. Unter seiner Zustimmung erfolgte nämlich in Frankfurt von seiten Bayerns und Sachsens der Antrag, der Bund solle die vertrauensvolle Erwartung aussprechen, daß Preußen und Österreich nunmehr die Verwaltung Holsteins dem Prinzen von Augustenburg übergeben würden. Obwohl Preußen ausdrücklich erklärte, daß es dieser Erwartung nicht entsprechen werde, erfolgte doch die Annahme des Antrages mit neun gegen sechs Stimmen, und Österreich bemerkte noch, daß es seinerseits bereit sei, seine Rechte an Schleswig-Holstein dem Erbprinzen sofort abzutreten, wenn Preußen dasselbe täte.

Es hatte dieser Bundesbeschluß ja einen sehr platonischen Charakter: der Bund erklärte nur, daß er „vertrauensvoll erwarte", und man konnte ihn zunächst ruhig warten lassen, allein es war doch unverkennbar, daß durch diesen Antrag Preußen gewissermaßen als Störenfried denunziert war, und der Beschluß hatte ferner offenbar die Wirkung, daß die Agitation sich noch steigerte, daß die Sprache der Gegner Preußens immer

herausfordernder wurde. Der österreichische Kommissar in Schleswig-Holstein, Herr von Halbhuber, sagte zu dem Grafen Baudissin: Seien Sie überzeugt, daß niemand als Herzog Friedrich die Herzogtümer regieren wird; Preußen ist der Olmützer Lektion zu wohl eingedenk, als daß es Widerstand wagen würde. Und wenn es, fragte Baudissin, doch so unbesonnen wäre? Dann schlagen wir es tot, rief Halbhuber; ganz Deutschland steht auf unserer Seite, und im Augenblicke unserer Kriegserklärung würde auch eine französische Armee den Rhein überschreiten.

In der Tat, die Lage war derart, daß eine Änderung in irgendwelcher Weise eintreten mußte, wenn nicht Preußen schweren Schaden an seiner Ehre nehmen sollte. Da es das ganz gewiß nicht sollte, so hielt es Bismarck jetzt für geboten, durch sehr ernste Sprache Österreich darüber aufzuklären, daß es sich, wenn es seine Haltung nicht ändere, auf einen Konflikt gefaßt machen müsse, daß Preußen eine Demütigung jedenfalls nicht ruhig hinnehmen werde.

Die Schwierigkeit der Sachlage war nunmehr aber dadurch gewachsen, daß der Augustenburger — gerade durch die österreichische Duldung seiner Umtriebe — bereits selbst zu einer Macht geworden war, der gegenüber mit bloßen Weisungen, mit diplomatischen Mitteln gar nicht mehr auszukommen war. Dies stellte sich zur peinlichen Überraschung für die beiden Mitbesitzer, zwischen denen sich die Versuche einer Wiederherstellung des Einverständnisses wieder angesponnen hatten, sehr bald heraus. Die Lage war nämlich so geworden, daß Preußen als erste Bedingung die Landesverweisung des Augustenburgers fordern mußte. Kaiser Franz Joseph war so weit entgegengekommen, daß er, da die österreichische Regierung sich nicht offen desavouieren konnte, in einem Briefe dem Prinzen seinen persönlichen Wunsch ausgedrückt hatte, daß er das Land um des Friedens willen verlassen sollte. Dasselbe hatte auch König Wilhelm in einem Briefe getan, aber die gehoffte Wirkung blieb aus: der Erbprinz weigerte sich ganz entschieden, das Land zu verlassen, und das brachte nun insofern eine Entscheidung, als König Wilhelm sich durch diese Renitenz persönlich beleidigt fühlte und von nun an mit dem Augustenburger vollständig fertig war. Von den Februarforderungen war für Preußen jetzt nicht mehr die Rede. Preußen forderte

jetzt kategorisch die Herstellung der Autorität in den Herzogtümern. Preußen hielt daran fest, daß es diese Herstellung im Einvernehmen mit Österreich wünsche; wenn dies aber nicht gelang, dann war es fest entschlossen, gegen den rebellischen Prinzen Selbsthilfe anzuwenden, selbst auf die Gefahr eines Krieges hin.

Natürlich hatte Bismarck mit demselben Eifer, mit dem er an der Erhaltung des Friedens gearbeitet hatte, auch für den Kriegsfall gesorgt. Schon gleich nach Ablehnung der Februarforderungen hatte er von Moltke ein Gutachten über die Aussichten eines Krieges mit Österreich eingefordert. Das Ergebnis war, daß Preußen einen solchen Krieg jedenfalls nicht zu fürchten brauchte. Auch die Finanzlage des Staates war — trotz der Fortdauer des Zwistes mit dem Abgeordnetenhause — nicht derart, daß einer entschlossenen Politik daraus ernstliche Hemmnisse erwachsen mußten. Vor allem aber hatte Bismarck schon vor einiger Zeit in der auswärtigen Politik einen Schritt getan, der von besonders folgenschwerer Bedeutung war: er hatte mit Italien eine Verhandlung zum Zweck der Herstellung eines Bündnisses angebahnt.

Ein solches Bündnis war eigentlich ein selbstverständlicher Punkt eines preußischen Aktionsprogramms, denn beide Staaten waren durch ihren gemeinsamen Gegensatz gegen Österreich aufeinander angewiesen. An Österreichs Widerspruch lag es, daß die Frage der nationalen Organisation in Italien wie in Deutschland nicht vorwärts ging; wie natürlich war es doch da, daß die beiden Staaten sich miteinander verbanden, die beide durch ihre Geschichte darauf hingewiesen waren, diese nationale Organisation zu schaffen. Dazu kam, daß Frankreich an beide sich herandrängte mit Anerbietungen von Hilfe, die natürlich teuer hätte bezahlt werden müssen. Es war da also eigentlich selbstverständlich, daß Preußen und Italien sich diese Hilfe wechselseitig leisteten. Es kam aber trotzdem im Sommer 1865 die Verhandlung nicht über die ersten Versicherungen prinzipieller Geneigtheit hinaus. Als Hauptschwierigkeit stellte sich jetzt und im weiteren Verlauf das gegenseitige Mißtrauen heraus und die Sorge, daß der andere das Bündnis nur als Druckmittel verwenden könnte und den Genossen dann im Stiche lassen.

Auch an Frankreich trat Bismarck in jenen schwülen Tagen, die jeden Augenblick den Bruch bringen konnten, einen Schritt näher

heran. Er hatte kurz vor seiner Abreise von Berlin (Ende Juni 1865) durch Benedetti die Mitteilung empfangen, daß Frankreich bei einem Bruch Preußens mit Österreich strikte Neutralität bewahren werde, Napoleon hatte ferner aufs neue seine Bereitwilligkeit zu einem Bündnisse versichern lassen. Goltz empfing daraufhin die Weisung, falls keine Verständigung mit Österreich eintrete, den Abschluß eines Neutralitätsvertrages mit Frankreich und nach Umständen die Feststellung weiterer gegenseitiger Verpflichtungen vorzubereiten.

Somit waren alle Vorkehrungen getroffen. Am 21. Juli wurde in Regensburg — der König war auf der Reise nach Gastein begriffen — ein preußischer Ministerrat abgehalten und ein Ultimatum gestellt. In Gastein sollten König Wilhelm und Kaiser Franz Joseph zusammenkommen und hier sollte die Entscheidung fallen. Bismarck erwartete diese Entscheidung mit Seelenruhe. Am 18. Juli schrieb er aus Karlsbad an seinen Freund Moritz von Blankenburg: „Ich habe in der Hitze übermächtig zu tun, und die Sachen gehen faul, vom Standpunkte des friedliebenden Diplomaten gesehen. Die Firma Halbhuber-Augustenburg treibt es in den Herzogtümern so, daß wir werden nächstens einseitig Gewalt anwenden müssen, um die Basis des Wiener Friedens und die Anwendung der Landesgesetze herzustellen. Das wird in Wien böses Blut machen, und dann hängt sich Gewicht an Gewicht bis zum vollen Bruch. Es ist nicht, was ich wünsche, aber Österreich läßt uns nur die Wahl, in Holstein zum Kinderspott zu werden. Dann schon lieber Krieg, der bei einer solchen österreichischen Politik doch nur eine Zeitfrage bleibt.“ Am 26. Juli schrieb er aus Gastein: „Die Politik wird krauser, die Unverschämtheit der Augustenburger wächst“, und am 1. August: „Politisch dauert die Schwebe zwischen Krieg und Frieden, Neigung für letzteren tritt aber in Wien doch mehr in den Vordergrund. Auf der Rückreise des Königs wahrscheinlich Begegnung mit dem Kaiser in Salzburg. Bis dahin muß ich lavieren; denn von hier aus können wir nicht grob werden.“ Am 4. August beklagt er sich über das schlechte Wetter, das das Gasteiner Tal zu einer Nebelkammer mache, fügt aber hinzu: „Ich befinde mich bei dem allem sehr wohl, besonders, seitdem wir Kaltenhäuser Bier hier haben“, und am 14., auch an seine Gemahlin: „Graf Blome ist wieder hier, und wir

arbeiten eifrig an Erhaltung des Friedens und Verklebung der Risse im Bau." — Wie sich aus diesen Briefstellen schon ergibt, hatte Österreich es auf das Äußerste nicht ankommen lassen. Es war in diesem Augenblicke militärisch wie finanziell zu einem großen Kriege unfähig. Gerade wie in Preußen waren auch in Österreich die inneren Verhältnisse kritisch, allein die Krisis in Österreich war viel tiefer gehend. Gerade damals stellte sich neben der Gefahr eines wirklichen Bankrottes auch der Bankrott des bisherigen politischen Systems heraus, nämlich des liberalisierenden Zentralismus, der sich vornehmlich auf das deutsche Element stützte. Die Slawen, besonders aber die Ungarn, hatten sich zu einem Widerstande erhoben, der auf die Dauer nicht zu überwinden war, so daß der Kaiser sich der Erkenntnis nicht mehr verschließen konnte, daß nur durch Nachgiebigkeit gegen die Völkerschaften der Bestand der Monarchie zu retten sei. Mit der Gefahr einer ungarischen Erhebung im Rücken und einem verdrossenen Slawentum zur Seite konnte Österreich einem starken Feinde nicht entgegentreten. Hier mußte erst Sicherheit geschaffen werden, und so war im Juni Franz Joseph mit seiner Gemahlin in Pest erschienen und hatte unter brausenden Eljenrufen seine Absicht ausgesprochen, die Wünsche der Völker seiner ungarischen Krone zu befriedigen. In nicht gleicher, aber ähnlicher Lage hatte einst Maria Theresia 1741 sich auch zu den Ungarn begeben und sich durch Zugeständnisse ihre Hilfe gegen ihre Feinde verschafft. Eine solche Nachgiebigkeit gegen Ansprüche einzelner Teile der Monarchie bedeutete nun aber einen Bruch mit den bisherigen Regierungsgrundsätzen; Ende Juni trat daher das ganze Ministerium mit Ausnahme Mensdorffs und des Kriegsministers Franck zurück. Es wurde vom Kaiser in Ungnaden entlassen, denn es hatte, um dem Parlament zu genügen, das Heer in einem Zeitpunkte reduziert, in dem Österreich dieses Heeres gerade am meisten bedurfte. Hierdurch und durch die Unsicherheit, die der Minister- und der Systemwechsel mit sich brachten, war eine Zwangslage geschaffen, die Österreich nötigte, in dem Streite mit Preußen nach einem Ausweg zu suchen, der Preußen befriedigte und der doch Österreich nicht dazu nötigte, den Erbprinzen auszuweisen. Dieser Ausweg fand sich in dem Gedanken einer Teilung nicht der Rechte, die Preußen und Österreich an den beiden Herzogtümern zustanden, wohl aber

der Ausübung dieser Rechte: um endlich Ruhe zu schaffen, sollte — unbeschadet der Rechte beider an dem Ganzen — Schleswig von nun an von Preußen allein regiert werden, Holstein von Österreich, das kleine Herzogtum Lauenburg sollte von Österreich gegen eine Geldentschädigung an Preußen abgetreten werden. — Dem Arrangement lag der Gedanke eines Zurückgehens auf das System der konservativen Zweiherrschaft zugrunde, bei dem sich Österreich leidlich gut befunden hatte, und dessen Erhaltung stets ein Wunsch Bismarcks und des Königs Wilhelm gewesen war. Für Preußen bot das Anerbieten unleugbar einige Vorteile dar; alles Wünschenswerte war mit den österreichischen Vorschlägen gewiß nicht erreicht, allein die auswärtige Lage mahnte zur Vorsicht. Mit Italien war, wie erwähnt, keine sichere Abrede zu treffen, und nun zeigte sich gleich unsicher auch der Boden, der zu Frankreich hinüberführte. Bei jedem Schritte vorwärts sank der Fuß weiter ein: Goltz meldete, daß bei einem österreichisch-preußischen Kriege der Kaiser versuchen würde, seine vorteilhafte Stellung dazu zu benutzen, um von dem einen oder von dem anderen Teile Konzessionen zu erlangen oder auch beiden Teilen als Wahrer der Ruhe Europas den Frieden zu diktieren und dann seine Kongreßidee zur Ausführung zu bringen, um dort jenen Frieden durch Europa sanktionieren zu lassen. Also: solange man noch weit vom Bruche entfernt gewesen war, freundliche Aufforderung nur weiter zu gehen und das Versprechen der Zurückhaltung, — sobald Preußen aber die Neutralität wirklich brauchte, die Gegenforderungen! Es war deutlich, daß ohne ein festes Verhältnis zu Italien Preußen stets den Kreuz- und Querzügen der französischen Diplomatie ausgesetzt blieb, und unter diesen Umständen hielt es Bismarck für das Richtige, dem König zur Annahme der Ausgleichsvorschläge zu raten, zu denen Österreich durch seine vielfältigen Verlegenheiten gedrängt war. Preußen kam durch den Gasteiner Vertrag seinem Ziele der Einverleibung wieder etwas näher, indem es für Schleswig und Lauenburg die volle Annexion erreichte, nur das Schicksal Holsteins noch in der Schwebe blieb. Der König hatte bereits die Hand am Degengriffe gehabt, — daß der Krieg vermieden worden war, bereitete ihm um so größere Freude, und er ehrte seinen Ministerpräsidenten, dessen überlegener diplomatischer Kunst er diesen

neuen Erfolg verdankte, durch die Verleihung des Grafentitels.

Auch das Urteil der Welt war darin einig, in dem Gasteiner Vertrag eine Niederlage der österreichischen Politik, gewissermaßen ein umgekehrtes Olmütz zu sehen. Welch eine neue Inkonsequenz lag doch in diesen Abmachungen! Wie lange hatte Österreich von dem guten Rechte des Augustenburgers geredet und jetzt?! Jetzt teilte es sich ganz ungeniert mit Preußen in die Verwaltung der Lande, die angeblich einem anderen gehören sollten, und ließ sich gar noch für seinen Lauenburger Anteil mit Geld abfinden! Welch eine Demütigung lag in alledem für den stolzen, österreichischen Kaiserstaat! Weite Kreise begannen hier jetzt in unruhige Gärung zu geraten. Man fing an, zu spüren, daß Österreich einer heroischen Kraftanstrengung und Kraftäußerung bedürfe, um die Herrschaft über die Lage zu behaupten. Der Widersprüche und Schwierigkeiten waren allmählich allzuviele geworden. Jetzt war der Bruch mit dem hauptsächlich auf dem Deutschtum basierten System in Österreich genau in dem Zeitpunkte gekommen, in dem der Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland zu entbrennen drohte! Hier klaffte entschieden ein Riß zwischen der äußeren und der inneren Politik. Das Undeutsche des österreichischen Staates hätte sich nicht in dem Augenblicke gerade offenbaren dürfen, in dem Österreich die Führung des deutschen Volkes sich erkämpfen wollte. Es war die höchste Zeit, rasch noch die Entscheidung zugunsten Österreichs herbeizuführen, wenn es nicht zu spät werden sollte. Dieses Gefühl war namentlich in Armeekreisen vorherrschend. Man meinte hier, es sei wieder einmal der Zeitpunkt gekommen, wo der Säbel gut machen müßte, was das Wiener Schreiberregiment verdorben hätte, und man meinte in diesen Kreisen, daß die Regierung sehr unrecht daran getan habe, es auf einen Krieg mit Preußen nicht haben ankommen zu lassen. Man zweifelte Preußen gegenüber auch nicht an dem Erfolge. Die Österreicher hatten aus dem schleswig-holsteinschen Kriege keine gute Meinung über die preußische Armee heimgebracht. Gablenz, einer der ausgezeichnetsten österreichischen Generäle, hatte sich geäußert, daß er die preußische Armee nicht für kriegsfähig halte.[1])

1) Stosch, Denkwürdigkeiten S. 56.

Diese Gedanken gewannen bald auch bei der Regierung wieder die Oberhand. Es ist wenig wahrscheinlich, daß der Kaiser oder auch nur einer seiner Ratgeber ernstlich geglaubt haben sollte, der Gasteiner Vertrag sei ein Abschluß von irgendwie zuverlässiger Dauer. Der eigentliche Zweck war ganz gewiß der, daß Zeit gewonnen werden sollte, um die innere und äußere Stellung der Monarchie zu konsolidieren. Der Drang war im Augenblick zu heftig gewesen: von der einen Seite Preußen, von der anderen Seite Italien. Von Napoleon hatte man in Wien, wenn man es nicht sonst schon wußte, erfahren, daß zwischen den beiden etwas vorging, und es scheint, daß Napoleon die preußischen Anerbietungen schon gleich benutzt hatte, um auf Österreich wegen Venetiens einen Druck auszuüben. Österreich hatte dann vorgezogen, mit Preußen gegen geringere Opfer abzuschließen, und es war nun zweifellos der beherrschende Gedanke, so weit wieder zu Kräften zu kommen, um nach der einen wie der anderen Seite hin die vorhandene Stellung zu behaupten.

Genau dasselbe Verfahren beobachten wir auch bei Preußen. Bismarck hatte zu dem Gasteiner Vertrage geraten, weil ihm für einen Krieg die auswärtige Lage noch keine genügende Sicherheit zu gewähren schien. Wir sehen ihn aber gleich nach dem Vertrage eifrig an der Arbeit, um diese fehlende Sicherheit zu schaffen, und ganz offen geht er dabei zu Werke, so daß alle Welt sehen kann, um was es sich handelt. Er reist nach Biarritz, wo sich damals Kaiser Napoleon zur Kur aufhält, und hat hier, wie nachher noch einmal auf der Rückreise in St. Cloud, lange Unterredungen mit dem Kaiser.

Alle Welt glaubte, der eigentliche Zweck der Reise sei der Abschluß eines Bündnisses und buchte schon schadenfroh einen Mißerfolg Preußens, als von einem solchen Bündnis nichts verlautete, allein in Wirklichkeit hatte Bismarck sich jetzt so wenig binden wollen wie früher. Er hatte vielmehr Napoleon auf die Höhe der staatsmännischen Betrachtung erheben wollen, von der aus betrachtet die Entstehung eines starken Preußens ein Vorteil für Frankreich sein müsse. Noch lehnte sich Preußen an Österreich und an Rußland; es lag in dieser Mächtegruppierung von Anfang an eine Gegnerschaft gegen Frankreich und lag auch jetzt noch darin. Bismarck wies nun darauf hin, daß Frankreich es in der Hand habe, durch ruhiges Geschehenlassen den Zerfall dieser Mächte-

gruppierung zu bewirken und sich in einem ganz auf sich selbst gestellten Preußen einen wertvollen Freund zu sichern. Von Länderschacher war also in diesen großzügigen Ausführungen mit keinem Worte die Rede. Bismarck sprach zu Napoleon als einem Manne, der fähig ist, eine auf die wahren Interessen seines Landes gerichtete Politik zu begreifen und auf kleine Augenblickserfolge zu verzichten. Unzweifelhaft bestand auch diese Fähigkeit bei Napoleon III., allein er war, wie sich bald zeigen sollte, nicht mächtig genug, diesen Einsichten gemäß zu handeln.

Bismarck kehrte jedenfalls sehr befriedigt von seinem Ausfluge zurück. Er glaubte — und das war die Hauptsache — die Wahrnehmung gemacht zu haben, daß einer kühn ausgreifenden preußischen Politik von Frankreich zunächst wenigstens keine Schwierigkeiten erwachsen würden. Offenbar waren im Augenblick die französischen Versicherungen der Friedensliebe wirklich echt. Napoleon hatte durch das mexikanische Unternehmen stark in der öffentlichen Meinung gelitten. Er hatte hier nutzlos Tausende von Menschen hingeopfert. Das Abenteuer hatte viele Millionen gekostet, so daß man gerade jetzt sogar den Heeresetat reduzieren mußte. Es war vorauszusehen, daß der Kaiser sich in dieser Lage nicht leicht auf ein neues großes Unternehmen einlassen würde. Außerdem war bereits für 1867 die Weltausstellung in Aussicht genommen.

Natürlich war die Reise Bismarcks nach Biarritz in Österreich mit äußerstem Mißtrauen betrachtet worden; man argwöhnte irgendeine geheime Feindseligkeit. Als eine offene Feindseligkeit wurde der nächste Schritt Bismarcks empfunden, der im November 1865 von ihm herbeigeführte Abschluß eines Handelsvertrages des Zollvereins mit Italien. Dieser Abschluß bedeutete zugleich die Anerkennung des jungen italienischen Königreichs durch die Staaten des Deutschen Bundes, die bis dahin mit dieser Anerkennung noch zurückgehalten hatten, und machte Preußen mit einem Schlage in Italien sehr populär. Sie wurde in Österreich als das aufgefaßt, was sie nach Bismarcks Absichten sein sollte, als die Einleitung zu einem politischen Bündnis.

In der Tat drängte Bismarck von nun an unaufhaltsam vorwärts. Die Gunst der europäischen Lage, die inneren Wirren, aus denen eine Herauswickelung nur durch eine zweck- und zielbewußte auswärtige Politik möglich war, das Geschlepp und Gezerr am Bundestage, das unklare Gären und Streben im

deutschen Volksinneren, das alles heischte die befreiende und erlösende Tat, und Bismarck war jetzt davon überzeugt, daß es, je eher diese Tat komme, um so besser sei. Er legte jetzt die letzte Hand an die Vorbereitungen, indem er das Bündnis mit Italien ernstlich betrieb und zugleich die Reform des Bundes ins Auge faßte. Wenn es gelang, durch die diplomatischen Zurüstungen Österreich zu gutwilligem Weichen aus einer Situation zu bringen, die innerlich unmöglich geworden, so war er auch jetzt noch entschlossen, diese Möglichkeit zu benutzen, wenn nicht, dann mußte der Krieg die Entscheidung bringen.

Das nächste war das Ende der österreichischen Allianz. Der italienische Handelsvertrag hatte in Österreich die dünne Schutzvorrichtung des Gasteiner Abkommens sofort durchgeschlagen. Die feindliche Stimmung gegen Österreich gewann jetzt die Oberhand, und das zeigte sich im Augenblick in Schleswig-Holstein und in dem Verhalten Österreichs dem Prätendenten gegenüber, — gewissermaßen das Barometer, welches den in Wien herrschenden Luftdruck anzeigte. Der Hader spielte sich wieder in der üblichen Reihenfolge ab: Demonstrationen zugunsten Herzog Friedrichs VIII., Beschwerden Preußens, ungenügende Remedur von seiten des österreichischen Statthalters, erneute Demonstrationen usw. — Das Ende war die Rückkehr zu dem kritischen Stande der Dinge *vor* dem Gasteiner Vertrage. Preußen erneuerte jetzt seine Forderung der Ausweisung des Erbprinzen. Am 26. Januar 1866 faßte Bismarck in ruhiger aber einschneidender Sprache die Beschwerden Preußens in einem Erlasse an den preußischen Gesandten in Wien zusammen. „Die Regierung Sr. Majestät", heißt es in diesem denkwürdigen Schreiben, „bittet das kaiserliche Kabinett im Namen der beiderseitigen Interessen, den Schädigungen, welche das monarchische Prinzip, der Sinn für öffentliche Ordnung und die Einigkeit beider Mächte durch das jetzt in Holstein gehandhabte System leiden, ein Ziel zu setzen ... Eine verneinende oder ausweichende Antwort auf unsere Bitte würde uns die Überzeugung geben, daß die kaiserliche Regierung *nicht* den Willen habe, auf die Dauer *gemeinsame* Wege mit uns zu gehen, sondern daß die Preußen abgeneigten Tendenzen, daß ein, wie wir hofften, überwundener, traditioneller Antagonismus gegen Preußen in ihr mächtiger ist, als das

Gefühl der Zusammengehörigkeit und der gemeinschaftlichen Interessen. Es würde dies für die Königliche Regierung, es würde vor allem für Se. Majestät den König selbst eine schmerzliche Enttäuschung sein, welche wir wünschen und hoffen, uns erspart zu sehen. Aber es ist ein unabweisbares Bedürfnis für uns, Klarheit in unsere Verhältnisse zu bringen. Wir müssen, wenn die von uns aufrichtig erstrebte, intime Gemeinsamkeit der Gesamtpolitik beider Mächte sich nicht verwirklichen läßt, für unsere ganze Politik volle Freiheit gewinnen, und von derselben den Gebrauch machen, welchen wir den Interessen Preußens entsprechend halten."

Die Antwort auf diese Note war am 7. Februar eine stolze und kühle Abweisung der preußischen Beschwerden, und diese Antwort war das Ende des besonderen österreichisch-preußischen Freundschaftsverhältnisses. Bismarck begnügte sich, dies bei Empfang derselben festzustellen. Das Verhältnis zwischen Österreich und Preußen kehrte damit auf den Standpunkt zurück, auf dem es vor dem dänischen Kriege gewesen war. Es war klar, was das bedeutete: bisher war die Regelung der Dinge in Schleswig-Holstein gewissermaßen Privatsache zwischen den beiden Verbündeten gewesen. Das hatte jetzt aufgehört. Wenn Preußen jetzt eine Veränderung der Dinge in Holstein wünschte, dann hatte es mit dem Herren Holsteins als dem Herren eines deutschen Bundeslandes zu tun, dann traf es auf den Stacheldraht des Bundesrechtes, wenn es also eine den preußischen und deutschen Interessen entsprechende Gestaltung der Dinge in Holstein herbeiführen wollte — und es hatte Ehre und Reputation an diese Sache gehängt —, dann ergab sich von selber eine Verbindung der Frage der Herzogtümer mit der Reform des Deutschen Bundes, und diese war ganz gewiß ohne einen Waffengang mit Österreich nicht zu haben. So wurde Preußen durch die innere Logik der Tatsachen auf immer steilere Pfade gewiesen.

Das nächste war jetzt der Abschluß der italienischen Allianz. Moltke hatte erklärt, daß er nur unter dieser Voraussetzung einen günstigen Ausgang des Krieges für wahrscheinlich halte. Er sollte in geheimer Mission nach Italien gehen; seine Reise unterblieb aber, weil gleichzeitig von Italien gemeldet wurde, daß General Govone auf dem Wege nach Berlin sei. Es begannen nun hier die Verhandlungen, und es dauerte lange, bis eine

Einigung erzielt war. So wünschenswert eine solche an sich war — die Hoffnung, Venetien auf friedlichem Wege zu erlangen, hatte La Marmora aufgeben müssen, sie widerstrebte übrigens auch der Mehrzahl der Italiener — immer kam wieder das alte Mißtrauen, daß Preußen es nicht ehrlich meine und ein zweites Gastein drohe. Endlich kam man überein, nur auf drei Monate sich gegenseitig zu binden. Kam in dieser Zeit der Krieg nicht zum Ausbruch, so war Italien wieder frei. Der zweite Artikel des Vertrages lautete: „Wenn die Unterhandlungen, welche Se. Majestät der König von Preußen mit den anderen deutschen Regierungen in Absicht auf eine den Bedürfnissen der deutschen Nation entsprechende Reform der Bundesverfassung eröffnet hat, scheitern sollten, und infolgedessen Se. Majestät in die Lage käme, die Waffen zu ergreifen, so wird Se. italienische Majestät, nach der von Preußen ergriffenen Initiative, sobald sie davon benachrichtigt sein wird, in Kraft des jetzigen Vertrages, den Krieg gegen Österreich erklären."

So hatte Bismarck dies eine Ziel erreicht. Italiens Waffenhilfe war Preußen gesichert und damit auch dem Protektor Italiens, dem Kaiser Napoleon, eine offene Feindseligkeit gegen Preußen beinahe unmöglich gemacht.

Es war nun kaum noch denkbar, daß der Krieg nicht wirklich eintrat. Österreich hatte schon im März zu rüsten begonnen, Preußen hatte darauf mit einigen Gegenmaßregeln geantwortet, es hatte sich daran eine von Österreich in sehr erregtem Tone gehaltene Korrespondenz geschlossen, in der jeder Teil, wie gewöhnlich, Preußen aber hier mit entschieden größerem Rechte, dem anderen die Priorität der Rüstungen vorwarf.

Preußen hatte dann sofort nach Unterzeichnung des italienischen Vertrages einen anderen Schritt getan, der Preußens Ehre unweigerlich festband und nach dem es ein Zurück eigentlich nicht mehr gab.

Im März schon waren von seiten Österreichs und Preußens Anfragen an die Regierungen des „dritten Deutschlands" ergangen. Eine österreichische „ganz vertrauliche" Note vom 16. März hatte den deutschen Regierungen die Absicht angekündigt, die Entscheidung über Schleswig-Holstein dem Bundestage zu überweisen und die Mobilmachung des Bundes-

heeres gegen Preußen zu beantragen. Dieser Note, deren Inhalt natürlich in Berlin bekannt geworden war, war Bismarck am 24. März mit der Frage entgegengetreten, welche Hilfe Preußen von den deutschen Regierungen bei einem von Österreich ausgehenden Angriffe erwarten dürfe, und mit der gleichzeitigen Ankündigung einer nicht länger aufschiebbaren Reform des Bundes.

„Maßregeln zu unserer augenblicklichen Sicherheit", hieß es in dieser Depesche, „sind nicht das einzige, was die Lage von uns gebieterisch fordert. Die völlig außergewöhnliche Lage, in welche Preußen durch die feindliche Haltung der anderen im Bunde befindlichen Großmacht gebracht ist, drängt uns die Notwendigkeit auf, eine den tatsächlichen Verhältnissen Rechnung tragende Reform des Bundes in Anregung zu bringen. — Schon durch die geographische Lage fällt das Interesse Preußens und Deutschlands zusammen, — dies gilt zu unseren wie zu Deutschlands Gunsten. Wenn wir Deutschlands nicht sicher sind, ist unsere Lage gerade wegen unserer geographischen Lage gefährdeter, als die der meisten anderen europäischen Staaten; das Schicksal Preußens aber wird das Schicksal Deutschlands nach sich ziehen, und wir zweifeln nicht, daß, wenn Preußens Kraft einmal gebrochen wäre, Deutschland an der Politik der europäischen Völker nur noch leidend beteiligt würde. Dies zu verhüten, sollten alle deutschen Regierungen als eine heilige Pflicht ansehen, und dazu mit Preußen zusammenwirken."

Am 9. April brachte dann der preußische Gesandte am Bundestage den Antrag ein: Hohe Bundesversammlung wolle beschließen:

> „Eine aus direkten Wahlen und allgemeinem Stimmrecht der ganzen Nation hervorgehende Versammlung für einen noch näher zu bestimmenden Tag einzuberufen, um die Vorlagen der deutschen Regierungen über eine Reform der Bundesverfassung entgegenzunehmen und zu beraten; in der Zwischenzeit aber, bis zum Zusammentritt derselben, durch Verständigung der Regierungen untereinander diese Vorlage festzustellen."

Hier war nun also dem deutschen Volke geboten, was es so lange vergeblich erstrebt hatte: plötzlich, überraschend stellte sich die Möglichkeit der Erfüllung der heißesten Wünsche dar. Das mächtige Preußen neigte sich dem Sehnen Deutschlands

zu; es war bereit, um Deutschlands willen sogar der Demokratie, von der es selber im Inneren so grimmig befehdet wurde, einen Schritt entgegenzukommen, es befürwortete das allgemeine Wahlrecht, so recht die Haupt- und Grundforderung der Demokratie, — schmolz da nicht endlich die Rinde des Hasses, erhob sich nicht ein allgemeines Zujauchzen, kam es nicht zu so imposanten Kundgebungen des nationalen Empfindens, daß die Regierungen, sie mochten wollen oder nicht, auf alle Gegnerschaft verzichteten?

Wie so völlig anders wäre der Verlauf der Dinge gewesen, wenn wirklich das alles eingetreten wäre! Allein nichts von alledem trat ein! Der Appell Preußens an die nationalen Instinkte erwies sich als völlig unwirksam. Immer wieder aufs neue und jetzt sogar noch stärker als ehedem erwiesen sich Partikularismus, Parteigeist und Konfessionalismus stärker als die Einheitsidee. Das deutsche Volk wies die in dem preußischen Reformplan liegende Aufforderung, aktiv teilzunehmen an der Neuordnung der deutschen Geschicke, zurück; es wies sie zurück, vergessen wir das nicht, wenn es gilt, die spätere Bismarcksche Politik zu beurteilen! Das deutsche Volk hätte es, objektiv betrachtet, in der Hand gehabt, dieser Politik ein gut Teil ihrer Gewalttätigkeit zu ersparen, wenn es sich über seine Vorurteile hätte erheben können. Wenn dagegen eingewandt wird, daß das eine Unmöglichkeit war, daß unmöglich der deutsche Liberalismus zu einem Ministerium hätte Zutrauen fassen können, das im eigenen Lande einen chronischen Staatsstreich ausübte, so wird damit eben auch nur wieder konstatiert, daß bei der heillosen Verwickeltheit der deutschen Dinge, bei der Zerfahrenheit des politischen Urteiles und des öffentlichen Geistes ein anderer Weg, um zur Einheit zu gelangen, als der der Gewalt eben nicht gangbar war. Es war das beinahe tragische Geschick des deutschen Volkes, daß es bis zum letzten Augenblick über das, was praktisch allein möglich war, in Verblendung blieb und daß es sich in einen wahren Rausch der Begeisterung für Bundesrecht und Souveränität der Kleinfürsten hineinredete, diejenigen Institutionen gerade, welche dem Einheitsgedanken von jeher den Krieg bis aufs Messer erklärt hatten.

Natürlich nahmen die Regierungen mit großer Genugtuung die Äußerungen antipreußischen Hasses entgegen und

erhoben der Mehrzahl nach Proteste gegen jenen revolutionären Antrag. Unter lebhafter Zustimmung der Mehrzahl der Bevölkerung rückten sie immer näher an Österreich heran und begannen teilweise zu rüsten, zu lebhafter Beunruhigung des Königs, der bei feindlicher Haltung der Mittelstaaten eine Zersplitterung der preußischen Streitkräfte befürchtete.

Somit wurde die Lage Bismarcks auch dem Könige gegenüber immer schwieriger, denn der Verlauf der Bundesreformaktion mußte als ein entschiedener Mißerfolg erscheinen, und in der Tat scheint Bismarck wirklich gehofft zu haben, durch seinen Reformplan und durch eine Andeutung, die er über einen künftigen bayerischen Oberbefehl in Süddeutschland nach München gelangen ließ, wenigstens die bayerische Regierung für eine Allianz zu gewinnen und damit auch den Anschluß der übrigen an Österreich unmöglich zu machen. Diese Hoffnung erwies sich jetzt als eitel, und die Einwände, die gegen die kühn vordringende Politik Bismarcks im eigenen Lager von jeher erhoben worden waren, sie wagten sich immer lauter hervor und erschwerten dem Könige den an sich furchtbar schweren Entschluß immer mehr.

Die Gefahren, die jetzt von allen Seiten heranzogen, sie schienen denen recht zu geben, die von jeher das Ministerium Bismarck bekämpft hatten. Was die Radikalen wütend heischten, was die Liberalen forderten, was in unzähligen Zeitungsartikeln und Broschüren unablässig wiederholt wurde, der Ruf, der in Preußen und in Deutschland in hunderttausendstimmigem Chorus die Luft erfüllte, der Ruf: Fort mit diesem Minister, dieser Ruf erhob sich lauter und lauter auch in unmittelbarer Nähe des Monarchen von vertrauten und lieben Menschen, die durch die engsten Bande mit dem König verknüpft waren. Der Kronprinz, der aus seinen Vorurteilen sich durchaus nicht herausfand, nannte das Verfahren Bismarcks ein Spielen mit den heiligsten Dingen. Nur, weil er nicht weiterzukommen wisse, werfe Bismarck etwas hin, dessen Ziel und Ausgang er selbst nicht kenne.[1])

Was der König unter diesen widersprechenden Einwirkungen an Seelenkämpfen durchzumachen hatte, ist im einzelnen nicht bekannt, daß er sie durchzukämpfen hatte, das wissen wir, und

1) Haym, Duncker, S. 376.

wir wissen auch, daß es eben der Einfluß dieser verschiedenen Einwirkungen war, der den König zeitweise im Widerspruch mit seinem Minister dazu brachte, die entscheidenden Maßregeln mehr und mehr hinauszuzögern, so daß die Gegner Preußens immer mehr Zeit erhielten. Sybel hat es in seinem großen Werke leider unterlassen, dieses Ringen um den Entschluß, die schweren Leiden, die furchtbare nervöse Spannung näher darzustellen, welche in jenen Tagen, wo rasch gehandelt werden mußte, die zähe Zurückhaltung des Königs bei diesem selber und bei Bismarck hervorrief. Er sagt: „Zwischen dem Könige und seinem ersten Berater gab es oft harte Auseinandersetzungen und schwere Stunden; jedoch ist es für die Zwecke dieses Buches nicht erforderlich, ihnen im einzelnen zu folgen oder auf die sonstigen Einflüsse näher einzugehen, welche in dem königlichen Palaste in der einen oder der anderen Richtung tätig waren." Der Briefwechsel zwischen König Wilhelm und Bismarck, der 1901 als erster Ergänzungsband zu Bismarcks Gedanken und Erinnerungen herausgekommen ist, läßt uns dieses „einzelne" jetzt etwas klarer erkennen. Es sei eine Stelle aus einem vom 7. April datierten Briefe herausgegriffen, in dem Bismarck eine unberufene Einmischung des Herzogs von Koburg abwehrt, die dieser im Vertrauen auf seine nahen Beziehungen zum englischen Hofe und zum preußischen Kronprinzen unternommen hatte. Bismarck hatte das Unternehmen des Herzogs auch in einigen Zeitungen energisch zurückweisen lassen, und er gesteht dem Könige in diesem Briefe ganz offen, daß diese Zeitungsartikel auf seine Veranlassung hin erschienen seien. Er schreibt dann: „Eure Majestät werden an meiner Hingebung und an meinem Gehorsam keinen Zweifel haben; erwarten Allerhöchstdieselben aber nicht das Übermenschliche von mir, daß ich ruhigen Blutes jederzeit bleibe, wenn ich sehen muß, wie mir der schwere, ich darf wohl sagen aufreibende Dienst, der mir obliegt, absichtlich erschwert wird durch die Ungnade solcher hochgestellter Persönlichkeiten, denen das Gelingen preußischer Politik, denen der Ruhm Eurer Majestät und des Königlichen Hauses nach menschlicher Erwartung mehr als allen am Herzen liegen sollte. Und weshalb trifft mich diese unversöhnliche Ungnade, dieser Kampf gegen mächtige Einflüsse, den ich auf jedem Schritte der mühevollen Bahn zu bestehen habe? Nur, weil ich mich nicht dazu verstehe, zweien Herren zu dienen, andere

Politik als die Eurer Majestät zu machen, anderen Einflüssen als den Befehlen Eurer Majestät Rechnung zu tragen. Mein Vergehen ist, daß ich bereit war, Eurer Majestät mit Ihrem Willen zu dienen, als andere es versagten, daß ich nicht Anstand nahm, Eurer Majestät zu gehorchen, auf die Gefahr hin, mir die Ungnade derer zuzuziehen, die Eurer Majestät am nächsten stehen . . ."

Der koburgsche Versuch, durch höfische Einflüsse den König zu bestimmen, wurde zurückgewiesen, dagegen blieb Bismarck dem Gedanken der Vermittelung an sich bis zuletzt zugänglich und trat ganz ernstlich in die Erwägung eines Arrangements ein, welches durch Baron Gablenz, den Bruder des in Holstein kommandierenden österreichischen Generals, in Berlin und in Wien vorgeschlagen wurde und den Gedanken verfolgte, das Prinzip des Gasteiner Vertrages — Teilung zwischen Österreich und Preußen — auch auf die deutsche Frage anzuwenden. Der Gablenzsche Vorschlag blieb Episode, er wurde Ende Mai von Österreich als aussichtslos abgelehnt; es geht aus dieser Episode aber unwiderleglich hervor, daß Bismarck tatsächlich bei dem Grundsatz verharrte, keine Möglichkeit einer friedlichen Auseinandersetzung auszuschließen. Freilich verharrte er auch stets als erster Bedingung bei der Forderung, daß Preußens Ehre gewahrt bleiben müsse, d. h. Preußen sich nicht in eine Lage drängen lassen dürfe, in der es nicht mehr den Willen frei habe. Er war deshalb stets für rechtzeitige Vorbereitung, und hier war es, wo er den stärksten Widerstand bei dem Könige zu überwinden hatte. Der König konnte sich nicht entschließen. Den ganzen April hindurch rüstete Österreich bereits energisch, während in Preußen noch alles still blieb. Am 1. Mai schrieb deshalb Bismarck: „Eurer Majestät lege ich die Anlage zur Unterstützung meiner dringenden und ehrfurchtsvollen Bitte vor, Allerhöchstdero Land nicht länger in der Gefahr belassen zu wollen, der es nach meiner alleruntertänigsten Überzeugung angesichts der überlegenen und trotz aller Friedensbeteuerungen täglich größere Dimensionen annehmenden Rüstungen Österreichs gegenwärtig ausgesetzt ist." Erst in den Tagen vom 2. bis zum 10. Mai erfolgten die entscheidenden Maßregeln, freilich war und blieb der König, wie seine Randbemerkungen zu diesem und anderen Briefen Bismarcks in dieser Zeit beweisen, in schweren Sorgen. Und wer wollte es ihm verargen,

daß er nur schwer den entscheidenden Entschluß fand? Man vergegenwärtige sich, was es hieß, Preußen einen Weg zu führen, den die eigene Gemahlin, der eigene Sohn und künftige Thronfolger als den Weg des Verderbens bezeichneten, dem Rate des Mannes zu folgen, der beinahe allen als das Unglück des Königs und seines Landes galt. Gerade in diesen entscheidenden Maitagen gab ein vom Hasse Fanatisierter fünf Revolverschüsse auf Bismarck ab, und noch am 15. Juni wandte sich der frühere Minister von Bethmann-Hollweg in einem eingehenden Schreiben an den König, in dem er dem Könige als einziges Mittel, aus den Wirrnissen herauszugelangen, die Entlassung Bismarcks anriet, der die Politik „eines Spielers treibe, welcher nach jedem Verlust höher pointiere und schließlich va banque mache". In der Tat konnte der Entschluß Preußens zum Kriege als ein Entschluß der Verzweiflung erscheinen, bei dem fast alle Chancen für ein Mißlingen sprachen. Abgesehen von der verhältnismäßig unbedeutenden dänischen Aktion, hatte Preußen seit 50 Jahren keinen großen Krieg geführt, während die österreichische Armee die Erfahrungen des ungarischen und des italienischen Krieges besaß. Die allgemeine Meinung war, daß Österreich die größere Aussicht auf Sieg habe, jedenfalls erwartete man ein langes und schweres Ringen, und zu dem allen kam nun noch, daß jetzt endlich auch der französische Kaiser aus seiner abwartenden Stellung hervortrat und offen seine Forderungen anmeldete. Als der preußische Gesandte Graf Goltz fragte, was denn Frankreich verlange, da sagte Napoleon: „Die Augen Frankreichs sind auf den Rhein gerichtet", und zu gleicher Zeit ertönten wie schrille Alarmrufe die Worte Thiers', der Deutschlands Versuche sich zu einigen als ein Attentat auf die Weltstellung des französischen Volkes denunzierte. Konnte aber ein preußischer König den Preis zahlen, den Napoleon als Preis für die französische Neutralität verlangte? Nimmermehr!

In Italien hätte man es ja sehr gern gesehen, wenn Preußen durch Nachgiebigkeit gegen Frankreichs Wünsche der politischen Lage eine größere Sicherheit und dem gemeinsamen Unternehmen eine größere Chance des Gelingens gegeben hätte. „Er will essen", sagte Viktor Emanuel dem preußischen Gesandten „gebt ihm etwas, aber nicht viel; erklärt ihm dann sehr bestimmt, mehr bekäme er nicht, und er wird zufrieden sein." Deutschem

Wesen war nun einmal eine solche Politik zuwider, für König Wilhelm eine vollkommene Unmöglichkeit, und Bismarck mußte nun auch, da Benedetti, der französische Botschafter, heftiger drängte, dies rund heraus erklären. Er sagte ihm, er für seine Person würde die Frage einer eventuellen Kompensation Frankreichs — d. h. einer Erwerbung Frankreichs als Entschädigung dafür, daß der andere etwas erwirbt — für diskutabel halten, aber seinem Könige dürfe er jetzt nicht damit kommen. Es ist das die Äußerung, die Bismarck das eigentümliche Lob Benedettis einbrachte, er kenne niemanden außer dem Grafen Bismarck, der sich mit dem Gedanken vertraut gemacht habe, eine Gebietsabtretung an Frankreich könne in Preußens Interesse liegen, und auch dieser würde höchstens in eine mehr oder weniger bedeutende Grenzverbesserung willigen. Die Doktrin, sagt Benedetti ein andermal, welche Deutschland als eine einheitliche Macht auffaßt und ihr das Recht, ihre Verfassung nach Gutdünken umzugestalten, beilegt, verblende in Berlin auch die am wenigsten voreingenommenen Geister. In Wirklichkeit war auch Bismarck aufs tiefste von diesem Rechte Deutschlands durchdrungen, er hielt es nur nicht immer für zweckmäßig, seine Überzeugungen rückhaltlos auszusprechen; er wandte hier wie auch sonst gern das Mittel an, zwischen sich und dem Könige zu unterscheiden, um den Draht mit dem diplomatischen Gegenüber nicht völlig abreißen zu lassen. Natürlich machte er sich keine Illusionen darüber, daß Frankreich in seiner damaligen scheinbar noch völlig ungebrochenen Machtstellung sich mit allgemeinen und unverbindlichen Äußerungen nicht abfinden lassen und, wenn es das Geschäft nicht mit dem einen Gegner machen konnte, sich an den anderen wenden werde. Es lag darin unleugbar eine große Gefahr, allein Bismarck sah dieser Gefahr ruhig ins Auge.

Schon in dem Gedanken, den Napoleon plötzlich (Anfang Mai) aufgeworfen hatte, durch einen Kongreß die Schwierigkeiten aus der Welt zu schaffen, hatte sich die Absicht Napoleons angekündigt, die kritische Spannung in Preußen und Italien dazu zu benutzen, um in der Rolle des Friedensstifters Frankreichs Vormachtstellung aufs neue zur Anerkennung zu bringen und Frankreichs Einfluß zu steigern: Preußen sollte Schleswig-Holstein erhalten, Italien Venetien, dafür sollte Österreich durch Schlesien entschädigt und in Deutschland eine Art Rheinbund

geschaffen werden. Es war allerdings seltsam, zu meinen, daß dies alles auf friedlichem Wege möglich sein sollte, allein vielleicht war der Kongreßgedanke gar nicht ernst gemeint; er sollte wohl nur ein Mittel sein, um die Entwickelung der Dinge bis zum 8. Juli hinzuziehen. An diesem Tage erlosch nämlich das nur auf drei Monate abgeschlossene preußisch-italienische Bündnis, und Napoleon hoffte, Italien dann wieder ganz in seine Hand zu bekommen, seine Geschicke wieder nach seinem Willen lenken zu können. Denn immer brütete er über der Lösung der unlösbaren Aufgabe, in Italien die nationale Bewegung zu fördern, Italien den Italienern zurückzugeben und doch den weltlichen Besitz des Papstes zu erhalten. Das Bestreben, den Klerikalen zu gefallen, tritt jetzt in seiner Politik immer mehr als bestimmend hervor, sind doch auch die beiden damals einflußreichsten Staatsmänner, sein Minister Drouyn und der französische Gesandte in Wien, der Herzog von Gramont, ausgesprochene Klerikale. Es schwebt also Napoleon der Gedanke vor, Venetien wohl den Italienern zu verschaffen, und zwar auf friedlichem Wege, dafür aber sie so an sich zu ketten, daß er im übrigen der Herr auf der Halbinsel bleibt, den Kirchenstaat nach seinem Gutdünken erhalten oder womöglich vergrößern und einen italienischen Staatenbund zu schaffen vermag (es wird auch an die Wiederherstellung Neapels gedacht!), dessen Protektor er dann ebenso wäre wie etwa auch eines neuen Rheinbundes in Deutschland. — Der ursprünglich klare Gedanke seiner Politik, eine Förderung der nationalen Bestrebungen, beginnt sich also hier schon bedenklich zu trüben, in Italien durch die Rücksicht auf die Klerikalen, in Deutschland durch die Rücksicht, die er dem Chauvinismus und dem populären Haß der Franzosen gegen Preußen schuldet; ja, unter dem Einflusse von Anerbietungen, die damals von Österreich kommen, erfährt die Napoleonische Politik sogar eine vollständige Umkehrung.

In Österreich hatte man von dem Kongresse nichts wissen wollen; man hatte hier seine Hoffnungen schon endgültig auf den Krieg gestellt und hatte durch die Erklärung, daß auf dem Kongresse nicht von Gebietsabtretungen die Rede sein dürfe, die ganze Idee zum Scheitern gebracht. Wohl hatte man sich in Österreich mit dem Gedanken vertraut gemacht, daß die Stellung Österreichs in Venetien gegenüber der einstimmigen

Abneigung der Italiener nicht zu behaupten sein würde und dachte also daran, Venetien aufzugeben, man hatte aber dieses Opfer in den Mittelpunkt einer politischen Kombination gestellt, welche dem Kongreßplan im übrigen sehr nahe stand, indessen nicht auf friedlichem Wege, sondern auf kriegerischem erstrebt wurde und ihre Spitze gegen Preußen kehrte. Nachdem einmal die Rüstungen im Gange waren und die Zuversicht des Sieges wuchs, drängte sich in Wien wieder, gerade wie im Jahre 1859, eine ganz aktive Kriegspolitik hervor. In dem Rundschreiben vom 1. Juni, welches die verdeckte Ablehnung des Kongresses enthielt, erklärte Graf Mensdorff, Österreichs Ehre erlaube es nicht, auf einen wichtigen und rechtmäßigen Besitz in friedlicher Weise zu verzichten; wenn dagegen der Krieg wirklich ausbräche, wenn glänzende militärische Erfolge Österreichs Macht erhöhten, „dann freilich wäre die Annahme nicht auszuschließen, daß wir auf eine Provinz Verzicht leisteten, um uns den Besitz einer anderen zu sichern". Gegen eine Diskussion der italienischen Angelegenheiten habe es nichts einzuwenden, müsse aber darauf bestehen, daß zu deren Ausgangspunkt der Züricher Vertrag genommen werde, dessen Nichteinhaltung die Ursache von dem jetzt ganz Europa beschäftigenden Verhältnis sei.[1])

In dieser Antwort lag eine Bereiterklärung zu einer Verständigung mit Frankreich, die von diesem sofort ergriffen wurde. Frankreich ließ durch Gramont, der am 4. Juni nach Wien zurückreiste, mitteilen, es sei zu vollständiger Neutralität erbötig und verspreche alles zu tun, um Italien zu der gleichen Haltung zu bestimmen. Dafür solle Österreich dem Kaiser Venetien zur Verfügung stellen, dann, wie auch die Ergebnisse des Krieges sich gestalteten, die Weiterzession des Landes an Italien genehmigen und dort den Besitzstand vor dem Kriege respektieren. Was Deutschland betreffe, so solle Österreich auf die Errichtung einer Hegemonie verzichten, welche ganz Deutschland unter eine und dieselbe Autorität stellen würde, und ohne Zustimmung Frankreichs keine Gebietsveränderung vornehmen, welche das europäische Gleichgewicht zu stören geeignet wäre. — Der Italien betreffende Passus, insbesondere die dunkeln Worte über den Besitzstand vor dem Kriege, welche von Gramont in der Weise erläutert wurden, daß damit die Wiederherstellung

1) Sybel, IV, 405.

des französischen Werkes von 1859, namentlich die Erhaltung der weltlichen Herrschaft des Papstes, gemeint sei, opferte in Wahrheit die Einheit Italiens den Interessen Österreichs und des Klerikalismus, der Deutschland betreffende Passus opferte die Einheit Deutschlands den Interessen Frankreichs. Und dafür war im Fall einer Vergrößerung Österreichs auch eine Vergrößerung Frankreichs gesichert, d. h. die Erwerbung des linken Rheinufers. Der Kabinettschef Drouyns sagte im Jahre 1869 dem preußischen Botschaftsrate in Paris: „Unser Vertrag mit Österreich sicherte uns, wenn es siegte, die Erwerbung des Rheines. Sie wissen dies längst, also brauche ich Ihnen kein Geheimnis daraus zu machen. Allerdings war in dem Vertrage der Rhein nicht ausdrücklich genannt, aber unter den Kompensationen, die wir eventuell zu fordern berechtigt waren, war eben der Rhein verstanden."

So hatten sich also die alten Gegner von 1859 miteinander verbunden. Damals hatte sich Napoleon als der Förderer der Freiheit und des Fortschrittes der Völker bezeichnet, er war als Feind Habsburgs aufgetreten, weil die Interessen Habsburgs die Freiheit und den Fortschritt der Völker Deutschlands und Italiens gleichmäßig bedrohten, und jetzt? Jetzt verband er sich mit demselben Habsburg, um zusammen mit ihm diesen Völkern das Recht der Selbstbestimmung wieder zu rauben. Das Frankreich Napoleons war geradeso bei der Restauration wieder angelangt wie das Frankreich Louis Philippes.

Die österreichische Kampflust und Siegesstimmung, die in diesen tiefgeheimen Verabredungen zum Ausdruck kommt, war nicht wenig durch den Verlauf geschaffen und gesteigert worden, den die Dinge in Deutschland genommen hatten. Es hatte sich in den Wochen, die der entscheidenden Depesche Mensdorffs vom 1. Juni vorhergingen, entschieden, daß Deutschland in seiner überwältigenden Mehrheit die Gegner Preußens in dem bevorstehenden Kampfe unterstützen werde. Dieser gewaltigen Koalition gegenüber stand Preußen in Deutschland selber allein — mit ihm nur die wenigen militärisch kaum in Betracht kommenden norddeutschen Bundesgenossen, im übrigen aber allein — einer Welt von Feinden gegenüber.

Es war eine Lage, in der auch dem Mutigsten der Mut entsinken konnte, aber unerschütterlich ging der eisenharte Mann, der alle die Unsumme der Verantwortung auf seinen Atlas-

schultern trug, auf dem Wege vorwärts, der Preußen durch den Genius seiner Geschichte gewiesen war. Er hielt die Lage für weniger gefährlich, als sie aussah, und im übrigen vertraute er auf Preußens Kraft und — den Gott von 1813.

In den Tagen vom 1. bis 14. Juni kam die Entscheidung. Sie kam dadurch, daß Österreich tat, was es angedroht hatte, und seine Rechte in Schleswig-Holstein auf den Bund übertrug. Es brach damit den Gasteiner Vertrag, und Preußen verfuhr formell durchaus korrekt, indem es daraufhin seine Truppen wieder in Holstein einrücken ließ, und es war dann wiederum eine Verletzung der Bundesverfassung, als auf den Antrag Bayerns, welches den noch weitergehenden Antrag Österreichs modifiziert hatte, die Bundesversammlung am 14. Juni mit neun gegen sechs Stimmen den Beschluß faßte, die Korps der Mittel- und Kleinstaaten in Kriegsbereitschaft zu setzen, obwohl Preußen protestiert und erklärt hatte, daß es in der Annahme des Antrages einen Bundesbruch sehen müsse. Der Bund starb somit, wie er gelebt hatte. Sein letzter Beschluß bestätigte lediglich, was die Erfahrung der nächsten Vergangenheit immer und immer wieder gelehrt hatte, daß das Bundesrecht hauptsächlich dazu diente, um die preußische Macht auf dem Wege der Majorisierung unter dem Schein des Rechtes lahm zu legen oder womöglich zu brechen.

Preußen ging jetzt daran, sich dieser unwürdigen Fesseln zu entledigen und neue Bedingungen des Daseins zu schaffen, in denen es das auch galt, was es war. Ein großer Moment in Preußens und Deutschlands Geschichte war gekommen. König Wilhelm warf am 16. Juni in tiefer Bewegung die Worte an seinen Minister aufs Papier: „So sind denn die Würfel geworfen! Gott allein kennt den Ausgang dieses Anfanges! — Entweder wir siegen oder werden mit Ehren tragen, was der Himmel über Preußen beschließt!“

Drittes Kapitel.

Der Deutsche Krieg.

Brich herein denn, Schicksalstag!
Ende diese Not im Wetter!
Unter Sturm und Donnerschlag
Send' uns einen Hort und Retter!
Deutschlands Purpur liegt bereit,
Eisern, eisern ist die Zeit.
Emanuel Geibel.

Die Stunde war nahe, da die Raben, die um den Kyffhäuser der deutschen Einheit flogen, endlich verjagt werden sollten, und es war, als ob sie eine Ahnung davon gehabt hätten, denn mißtöniger war ihr Geschrei niemals erklungen, als in der Zeit, die dem Beginn des Deutschen Krieges unmittelbar vorherging.

Alles, was jemals der Idee eines deutschen Nationalstaates entgegen gewesen war, alles, was dieser Idee wohl huldigte, aber nur einen bestimmten Weg dahin wollte, der nun gerade offenbar nicht eingeschlagen wurde, der Sondergeist, der Ultramontanismus, die Romantik, alles erhob sein Gezeter, es stimmten ein Liberalismus wie Demokratie, die nun einmal den Begriff Preußen und Reaktion voneinander nicht zu trennen vermochten, die in der Mehrzahl ihrer Anhänger auch dann noch nicht trauten, als Preußen einen Teil des Programms von 1848 in dem allgemeinen Wahlrecht angenommen hatte, es stimmte ein altes Philistertum, das sich durch das kühne Vorwärtsschreiten der preußischen Regierung in dem behaglichen Genuß der Ruhe gestört sah, es stimmte ein alles, was mit dem deutschen Erbübel der Rechthaberei und der Kritisierwut behaftet war, es war ein einziger Chorus der Entrüstung gegen den einen Mann, der in diesem Augenblicke die Geschicke der deutschen Welt in seine starke Hand genommen hatte, ein einziger, hunderttausendstimmiger Chorus der Feindseligkeit, der Entrüstung, der wilden Anklage!

Bismarck hatte in einem Sinne das Werk der Einigung der Deutschen schon jetzt vollbracht; er hatte die Deutschen geeinigt im Hasse.

In Preußen selber freilich fing damals gerade der Haß an, sich langsam in staunende Bewunderung zu verkehren, begann die harte Rinde, welche Parteiung um die Herzen gelegt hatte, wegzuschmelzen in dem Feuer nationaler Erregung. Der alte Preußengeist regte sich wieder beim ersten Klirren der Waffen, der Geist Friedrichs des Großen flog wieder durch das Land: Wenn es einmal zu kämpfen galt, dann wollte man, das war der Gedanke, der bald alle mit sich fortriß, dann wollte man kämpfen würdig des preußischen Namens. Und die Verhältnisse der militärischen und politischen Lage brachten es mit sich, daß die Erinnerungen an die besonderen Ruhmestage der preußischen Geschichte wieder lebendig wurden: die Zeit der schlesischen Kriege schien sich zu erneuern. Wieder schien es zunächst der Verteidigung des so heiß umstrittenen Grenzlandes an der Oder zu gelten, wieder stand Sachsen im engsten Bunde mit Österreich, wieder winkte Böhmen als der große Kampfplatz, wieder hatte Österreich auch das „Reich", diesmal sogar auch den norddeutschen Westen auf seine Seite gezogen, Preußen mußte wieder mit der Front nach Süden und nach Westen stehen, denn auch jetzt zog sich am Rhein drohendes Gewölk zusammen, und wie damals war auch jetzt groß der Übermut der Gegner. Wenn man damals bereits einen Teilungsplan für die Lande des preußischen Königs entworfen hatte, so ließ sich jetzt Herr von Beust vernehmen, man müsse die Episode Friedrichs II. gründlich aus der Welt schaffen! Und wieder überraschte Preußen die Welt, ja sich selber durch die plötzliche Offenbarung der ungeheuren Kräfte, die es in sich barg. Wie oft war Preußen bewitzelt worden wegen des peinlichen Ordnungssinnes seiner Verwaltung, wegen der Kargheit, mit der der öffentliche Dienst ausgestattet war, der unbeirrbaren Genauigkeit, die in allen Einzelheiten des militärischen Lebens herrschte! Alle die hier aufgewandte Treue im kleinen, alle die stille Pflichterfüllung, alles das entsagungsvolle Wirken des einzelnen in unscheinbarer Berufsarbeit, — es feierte jetzt seine Triumphe. Jetzt erglühte plötzlich unter der Wünschelrute des Genius das Gold, das ganze Generationen fleißiger Zwerge im Inneren des Staates auf-

geschichtet hatten: nach 50 Jahren des Friedens kam es in Preußen zu einer Entfaltung kriegerischer Kraft, die an die Anfänge unserer Geschichte erinnerte, eine neue Ära germanischen Heldentums schien wieder heranzubrechen, der greise König selber zog ins Feld und in die Schlacht, mit ihm sein eiserner Minister, — die Zeiten hatten sich gewandelt, das Große schritt wieder majestätischen Ganges durch die Welt.

Wie der Donner dem Blitz, so folgte das Getöse der böhmischen Einbruchsschlachten dem letzten und entscheidenden Worte der Diplomatie, und dann ging bei Königgrätz der verheerende Hagelsturm nieder, der die Schlachtreihen der Feinde wie dünne Halme zu Boden legte. In wenigen Tagen waren Dinge geschehen, die die Welt auch in ebensoviel Monaten nicht für möglich gehalten hätte. Mit betäubender Schnelle und Heftigkeit war die Entscheidung da, hatten sich die siegreichen Heersäulen der Preußen den Weg nach der Hauptstadt des Landes, nach Wien, eröffnet, waren zugleich die Stützen der österreichischen Vormacht im Bunde zusammengebrochen.

In diesen letzteren Ereignissen, in dem raschen Erlahmen des Widerstandes nördlich und südlich des Maines tat sich nun aber nicht dar, daß das nichtpreußische Deutschland im Kriege nichts zu leisten vermöge, sondern daß der Bund mit seiner Verfassung das nichtpreußische Deutschland zur Wehrlosigkeit verurteilte, und somit lag in dem Übel der Niederlage zugleich auch schon der Hinweis auf das Mittel der Besserung.

Und auch in den Niederlagen Österreichs war im Grunde nur der Beweis für die Behauptung Bismarcks unwiderleglich erbracht, daß die Machtansprüche Österreichs den gegebenen Verhältnissen nicht mehr entsprachen. Gewiß war der preußische Feldherr, war Moltke dem unglücklichen Benedek, der so ganz gegen bessere Überzeugung die Führung hatte übernehmen müssen, in jeder Beziehung unendlich überlegen, gewiß durfte auch die österreichische Armee weder in der Führung, noch in der einheitlichen Zusammensetzung, noch in der Bewaffnung, noch in der allgemeinen Tüchtigkeit des Menschenmaterials der preußischen gleichgestellt werden, aber die österreichische Armee hatte doch überall des alten Kriegsruhmes würdig gekämpft, sie hatte nirgends mit Unehren bestanden. Wenn das Ergebnis so niederschmetternd war, so lag

es an der inneren Schwäche des Staates und an der Überspannung der politischen Ziele. Mit der Bleikugel der magyarischen Selbständigkeitsgelüste am Fuße konnte Österreich unmöglich die führende Stellung in Deutschland und in Italien zugleich behaupten wollen, — aber freilich, die Machtüberschätzung, sie scheint nun einmal dem kaiserlichen Namen anzuhaften, und es bedurfte eben doch der harten Lehren der Tatsachen, ehe der Erbe der Habsburger sich entschließen konnte, den stolzen Traditionen seines Geschlechtes zu entsagen.

Und so wie der Zauber der Kaiserkrone den Träger selber verblendet hatte, so hatte er auch andere irre geführt. Daß Österreich in dem Kampfe mit Preußen schließlich obsiegen werde, das war damals doch die vorherrschende Meinung gewesen, — um so größer war nun der Schrecken bei allen denen, die in ihren politischen Berechnungen die Möglichkeit des umgekehrten Ausganges nicht bedacht hatten. Der Kardinalstaatssekretär Antonelli geriet völlig außer sich, als er die Nachricht von dem Triumphe der ketzerischen Großmacht und von dem Falle des frommen Erzhauses erhielt. „Die Welt stürzt zusammen!“ rief er in seinem Schrecken aus. Geradezu furchtbar aber war die Enttäuschung am Tuilerienhofe. Alle möglichen Möglichkeiten hatte man hier erwogen; der Kaiser persönlich war nicht so überzeugt gewesen von der absoluten Überlegenheit Österreichs, aber daß es *so* kommen werde, das hatte doch auch *er* nicht erwartet! Mit dem Netz von Verbindungen, das er gesponnen, hatte er geglaubt, auf jeden Fall die Entwickelung der Dinge in der Hand zu haben, und nun war dieses Netz zerrissen! Am 11. Juni hatte er ein Manifest erlassen, welches Frankreich und der Welt seine Zuversicht verkündet hatte. Er hatte das Programm, das er für den Kongreß festgestellt hatte, entwickelt: festere Organisation und erhöhte Bedeutung für die deutschen Mittelstaaten, für Preußen bessere Gleichartigkeit und Kraft im Norden, für Österreich die Erhaltung seiner großen Stellung in Deutschland, Abtretung Venetiens gegen verhältnismäßige Entschädigung. Jetzt, wo statt des Kongresses der Krieg bevorstehe, habe Frankreich nur zwei Aufgaben, die Bewahrung des europäischen Gleichgewichtes und die Erhaltung seiner Schöpfung in Italien. Um diese zu decken, reiche Frankreichs moralische Kraft aus; es brauche deshalb nicht zum Schwerte zu greifen, zumal es die Erklärung

der am Streite beteiligten Mächte habe, daß keine Frankreich berührende Frage ohne dessen Zustimmung gelöst werden solle. Diese letztere Mitteilung enthielt insofern nicht die volle Wahrheit, als von Preußen eine formelle Erklärung der Art nicht vorlag. Und nun war gerade dieses Preußen in einer Schnelligkeit und in einem Umfange siegreich gewesen, daß die Frage nur zu sehr berechtigt war, ob es sich in der Ausnutzung seiner Siege auch nur die geringste Schranke auferlegen lassen werde. Wenn Preußen jetzt ernstlich wollte, dann konnte es die deutsche Einheit schaffen und der Kaiser wußte nur zu gut, daß die französische Nation die Bildung eines einigen Deutschlands nicht ruhig hinnehmen würde. Er mußte eine Wallung der verletzten nationalen Eitelkeit fürchten, die ihm verhängnisvoll werden konnte. Auch *seine* Kaiserschaft fing jetzt an, ihn in tragische Konflikte hineinzutreiben. Der Name des zweiten Empire legte doch den fortwährenden Vergleich mit dem ersten auch allzu nahe. Immerfort waren dadurch der Erinnerung der Franzosen die Rheinbundzeiten, Austerlitz, Jena und Friedland gegenwärtig. Eine andere kaiserliche Politik Deutschland gegenüber als eine, die auf Beherrschung Deutschlands durch einen neuen Rheinbund ging, konnten sich die Franzosen überhaupt nicht vorstellen. Wehe also dem Kaiser, wenn er eines Tages diese Illusionen zerstören mußte! Seine Macht beruhte im letzten Ende auf diesen Illusionen. Der französische Imperialismus ist seinem Ursprunge nach die Bändigung der Revolution im Inneren durch Ablenkung der revolutionären Energie nach außen hin. Ein siegreiches Vordringen gehört zum System. Wenn das Kaisertum keine Erfolge mehr schafft, dann hat es seinen Daseinszweck verloren und die Revolution tritt wieder in ihre Rechte. Napoleon III. wußte das nur zu gut, und hatte sich durch diese Bedürfnisse seiner Stellung im Anfange seiner Regierung ja auch eine kriegerische Politik aufnötigen lassen, allein eine solche Politik entsprach weder seinen Einsichten noch seinen Neigungen. Er zog es bald vor, das Prestige Frankreichs durch diplomatische Mittel zu erhalten und strebte außerdem danach, die Franzosen durch eine Förderung der materiellen Kultur zufrieden zu erhalten. Für diese Politik waren jetzt schwere Tage der Prüfung gekommen. Die Nation erwartete von ihrem Kaiser eine Tat, die ihren eifersüchtigen Regungen Genugtuung schuf, und zu dieser Aufforderung, die

in den Erwartungen des französischen Volkes lag, trat nun noch unmittelbar nach Königgrätz eine Botschaft aus Wien, die, so groß auch dadurch im Augenblick die Stellung Frankreichs erscheinen mußte, dem Kaiser eine bittere Verlegenheit bereitete. Der österreichische Gesandte teilte ihm mit, daß Österreich auf Grund des abgeschlossenen Vertrages Venetien schon jetzt dem Kaiser Napoleon abtrete und um Vermittelung bei Italien bitte. Dies bedeutete nichts anderes als: Frankreich sollte Italien veranlassen, das preußische Bündnis zu brechen und den Krieg aufzugeben, damit Österreich dann seine in Italien stehende Armee unverkürzt zum Kampfe gegen Preußen verwenden könne, es bedeutete also das Verlangen offener, unverhüllter Parteinahme Frankreichs zugunsten Österreichs, einer Parteinahme, die bewaffnetes Einschreiten in Deutschland unmittelbar im Gefolge haben konnte.

Dem Kaiser war diese Zumutung äußerst widerwärtig; er hatte seinen Sinn auf den Frieden gestellt, nicht auf den Krieg, und er wollte davon nicht lassen, er glaubte aber, daß ihm das österreichische Anerbieten dazu dienen könne, die öffentliche Meinung in Paris ohne allzu großes eigenes Risiko zu befriedigen. Nicht Kriegsschürer, sondern Friedensstifter wollte er sein. Er verkehrte also den österreichischen Antrag in sein gerades Gegenteil und ließ am 5. Juli den Moniteur verkünden, daß Österreich Venetien dem Kaiser der Franzosen abgetreten und dessen Vermittelung bei den kriegführenden Mächten beantragt habe; der Kaiser habe dies bewilligt und die erforderlichen Schritte zur Herbeiführung zunächst eines Waffenstillstandes bei den Königen von Preußen und Italien getan.

Die Wirkung dieses Artikels in Paris war ganz die vom Kaiser gewünschte: eine starke Aufwallung patriotischen Stolzes, Steigen der Kurse, am Tage Flaggenschmuck, am Abend glänzende Illumination. Die Pariser meinten es wieder einmal vor Augen zu haben, daß die Ordnung Europas von Frankreichs Entscheidung abhänge. Aber so glatt, wie man hier in Paris meinte und vielleicht auch Napoleon selber gemeint hatte, verliefen die Dinge denn doch nicht.

Es lag auch in diesem Vermittelungsanerbieten ja eigentlich eine ganz ungeheuerliche Anmaßung. Italien gegenüber mochte es noch gehen, denn Italien war bei Custozza geschlagen worden, es war ja zudem im Verlauf seiner nationalen Kon-

stituierung in so starke Abhängigkeit von Frankreich gekommen, daß ihm gegenüber der französische Gedankengang immerhin als begreiflich erscheinen mußte, aber Preußen?! Durfte dieser Staat in einer Linie mit Italien behandelt werden, dieser Staat, der soeben einen Beweis der Kraft gegeben hatte, der die ganze Welt in Erstaunen und Bewunderung versetzt hatte? Die Bedeutung des Sieges von Königgrätz war in den Tagen, die der Schlacht folgten, noch gestiegen. Die Sieger selber waren überrascht über die Tragweite ihres Erfolges. Es bewährte sich das Wort Moltkes, daß König Wilhelm an diesem Tage nicht nur die Schlacht, sondern den ganzen Feldzug gewonnen habe: war es nur irgend wahrscheinlich, daß den hier einmal in Bewegung gekommenen Kräften plötzlich ein Halt werde zugerufen werden können?! Mit Entrüstung fuhr der König Wilhelm empor, als er am 5. Juli zu Horschitz das Telegramm aus Paris erhielt. „Unmöglich!" rief er aus. Wie? Waffenstillstand, Vermittelung? Also doch wohl, um uns die schwer erkämpften Früchte unserer Siege abzubringen? „Was müssen wir mindestens fordern?" so fragte er. Was muß der Preis des Sieges sein? — Wir haben eine Aufzeichnung, in der König Wilhelm mit eiliger Hand die Bedingungen des Friedens, wie er sie damals in der aufgeregten Stunde als nötig ansah, skizziert hat. Hier sind als Forderungen genannt: Annexion von Schleswig-Holstein, Suprematie über ganz Deutschland, Ersatz der Kriegskosten, Abdikation der feindlichen Souveräne von Hannover, Kurhessen, Meiningen, Nassau zugunsten ihrer Thronfolger, Abtretung etwa eines böhmischen Grenzstriches, Ostfrieslands, der Erbansprüche auf Braunschweig. — Am Schlusse steht dann die Frage: „oder abschlagen?"

Das Programm des Königs war dasjenige der Bundesreform, erweitert durch die errungenen kriegerischen Erfolge. Er stellte die Alternative: entweder diese Bedingungen oder die Vermittelung ablehnen. Und Bismarck? — Welches *sein* Programm in diesem Augenblicke war, das wissen wir nicht. Zunächst vertrat er die Ansicht, daß man jedenfalls dem Gegner keinen Vorwand zu Feindseligkeiten geben dürfe, daß man vielmehr ganz unabhängig von dem, was man im Frieden werde durchsetzen wollen, die Vermittelung *annehmen* müsse; selber mit einem Programm für den Frieden hervorzutreten, habe man keine Veranlassung. Also er riet: wir nehmen die Vermittelung im *Prinzip* an

und lassen im übrigen den anderen kommen. Von Waffenstillstand kann im Augenblick keine Rede sein, den bewilligen wir nur, wenn wir mit dem Feind über die Friedensbasis einig sind, außerdem sind wir nicht frei, wir sind mit Italien verbündet und an Italien gebunden. Diesen Ratschlägen entsprechend fiel die Antwort aus, die König Wilhelm nach Paris zurücktelegraphierte. Es heißt darin: „Ich werde in einem Chiffretelegramm meinem Gesandten die Bedingungen mitteilen, unter denen die militärische Lage und meine Verpflichtungen gegen den König von Italien einen Waffenstillstand erlauben." Zugleich wurde in bedeutsamer Weise das Waffenstillstandsanerbieten erwähnt, das schon am vorigen Tage General Gablenz überbracht hatte. Ferner wurde Prinz Reuß als Spezialgesandter nach Paris mit einem Briefe des Königs geschickt, der über Preußens Forderungen nur sehr unbestimmte Mitteilungen enthielt. Prinz Reuß sollte sagen, man erwarte Napoleons Vorschläge.

Wahrhaftig, Frankreich konnte sich nicht beklagen! Konnte man höflicher, entgegenkommender, korrekter handeln? Gewiß nicht! Aber freilich: in allem war auch nicht die Spur von etwas *Greifbarem*, Preußen hatte den Gedanken der Vermittelung angenommen, hatte sich aber nicht im mindesten gebunden, hatte alles auf weitere Verhandlungen verschoben, d. h. Bismarck hatte Frankreich nicht vor den Kopf stoßen wollen, hatte aber offenbar vor allem *Zeit* gewinnen wollen! Und was bedeutete „Zeit gewinnen" in diesem Geschwind-Feldzuge, was konnte alles geschehen sein, bis die Vermittelungsidee zur Reife kam? War die Möglichkeit nicht vorhanden, daß man Österreich so in die Enge trieb, daß man schließlich den Frieden von ihm direkt gewann? Jedenfalls sorgte man auf preußischer Seite dafür, daß nach kurzer Ruhepause, die für die Truppen unerläßlich war, die Operationen wieder mit der größten Energie aufgenommen wurden: Benedek hatte sich, wie in Erfahrung gebracht war, nach Olmütz gewandt; hierhin also wurde die zweite Armee dirigiert, die erste aber und die Elbarmee drangen unaufhaltsam auf der Straße nach Wien vor.

Hatte sich nun Preußen bei der Frage des Waffenstillstandes auf Italien bezogen, so bezog sich Italien auf Preußen, und hier erlebte Napoleon eine arge Enttäuschung.

Er mochte bei seinem Kalkül, wie gesagt, Italien als einen Faktor eingesetzt gehabt haben, auf den er besonders sicher rechnen könne, und nun: ganz Italien antwortete auf seine Zumutung, auf seinen Befehl, die Waffen niederzulegen und Venetien als ein Gnadengeschenk aus seiner Hand anzunehmen, mit einem einstimmigen Geschrei des Zornes und der Entrüstung. Die Regierung erklärte, sie müsse darauf bestehen, daß ihr Venetien direkt überliefert werde, verlangte als Preis des Waffenstillstandes die sofortige Übergabe der Festungen und ordnete die schleunige Wiederaufnahme des Vormarsches an.

Die französische Dazwischenkunft hatte bisher also lediglich die Folge gehabt, den Kriegseifer der Verbündeten zu vermehren. Die Lage Österreichs wurde mit jedem Tage verzweifelter, und die Lage des Vermittlers wurde immer peinlicher. Die Pariser Zeitungen begannen schon zu höhnen, sie verglichen die großen Worte des Moniteurs mit dem tatsächlichen Verlauf der Dinge, und es war klar, daß der Kaiser, wenn nicht bald die Wirkung seiner Intervention deutlich hervortrat, um der Ehre Frankreichs willen genötigt war, die Waffen zu ergreifen.

Bismarck hatte in diesem Augenblicke die Entscheidung über Krieg und Frieden in seinen Händen. Wenn er die Bedingungen Preußens nicht so gestaltete, daß eine Rücksichtnahme auf die französische Dazwischenkunft und auf die besonderen französischen Bedürfnisse deutlich darin zum Ausdruck kam, dann erfolgte der Ausbruch des Krieges, den Preußen und Deutschland im Jahre 1870 führten, schon jetzt, allein unter wie viel ungünstigeren Aussichten für uns als vier Jahre später! Wenn Frankreich rasch eingriff, dann gingen vielleicht die Erfolge, die gegen Österreich errungen waren, zum Teil wieder verloren, die preußischen Truppen, die soeben beinahe Übermenschliches geleistet hatten, sahen sich plötzlich neuen, größeren Aufgaben gegenübergestellt, ein französischer Angriff fand Deutschland damals in einem völlig chaotischen Zustande, kurz, eine ganze Reihe von schwerwiegenden Gründen sprach dafür, Napoleon nicht in die Notwendigkeit zu versetzen, sich durch das Gewaltmittel des Krieges vor schwerer Einbuße an moralischer Autorität zu retten, sprachen dafür, bei der Festsetzung der Friedensbedingungen sich gewisse Verzichte aufzuerlegen

Der erste dieser Verzichte schien nun eine besonders schmerzliche Entsagung zu bedeuten.

Wir wissen, daß Bismarck sich erst gar nicht über die preußische Forderung geäußert hatte. Dann, als er gedrängt wurde, hatte er seine Vertreter mit kluger Berechnung nur von dem königlichen Programm reden lassen, welches die deutsche Einheit forderte. Demgegenüber erklärte nun Napoleon, die deutsche Einheit sei eine Unmöglichkeit; sie würde in Frankreich als eine gefährliche Störung der Kräfteverhältnisse aufgefaßt werden, Preußen müsse Süddeutschland bei seinen Reformplänen aus dem Spiele lassen, es möge sich an Norddeutschland halten.

Konnte Bismarck diese Forderung bewilligen? Die Frage ist, ob Preußen eigentlich überhaupt ausgezogen war, um die deutsche Einheit zu begründen. Nun, die genaue Antwort muß lauten, daß das nicht der Fall war. Es war zunächst ausgezogen, um das Geschlinge des Bundesverhältnisses zu zerstören, um den preußischen Willen, der sich in seiner Betätigung auf Schritt und Tritt durch die österreichische Eifersucht gestört sah, endlich wieder frei zu machen. Es ist wahr, am 9. April hatte Preußen am Bunde den Antrag auf Berufung eines Parlamentes und Bundesreform gestellt, und dabei war natürlich an ein ganzes Deutschland gedacht, es ist aber schon darauf hingewiesen: hatte das deutsche Volk sich denn geregt, hatte dieser Antrag die geringste Wirkung gehabt? Die Antwort war die Abstimmung vom 14. Juni gewesen! Damit konnte Preußen mit gutem Grunde das Programm vom 9. April für erledigt halten. Aber die deutsche Einheit? Es ist sehr wahrscheinlich, daß Bismarck dieses Programm auch schon am 9. April nur als politischen Schachzug gemeint hatte, daß er vielmehr als praktisches Ziel der Politik im wesentlichen genau das verfolgte, was Napoleon ihm jetzt anbieten ließ. In einem Erlaß vom 16. August 1865 an Goltz hatte Bismarck bereits als Ziel Preußens Napoleon gegenüber hinstellen lassen: Unabhängige und freie Entwickelung des preußischen und norddeutschen Elementes zu einer selbständigen Großmacht, die ohne Anlehnung sich durch eigene Macht sicher fühlt; freie Entfaltung der eigenen Lebenskeime und Sammlung der diesen homogenen Elemente im Norden Deutschlands, wie Beseitigung der Hindernisse, welche der Konsolidierung eines nationalen Lebens entgegenstehen. — Ich möchte dieses Programm

das preußische nennen und auf dieses, eigentlich sein Programm zog sich Bismarck vor dem französischen Einspruch gegen das deutsche Programm zurück. Er wußte ganz genau, daß das natürliche Schwergewicht der Dinge, sobald seine Gesetze ungehemmt zur Geltung gelangen konnten, Preußen ganz von selber zur führenden Macht machen werde. Er war von den äußeren Formen ganz unabhängig und sah nur auf die Sache. Aus Erwägungen der preußischen Politik hatte er seinem Könige zum Kriege geraten, und er war in der Lage, ihm jetzt einen Frieden zu schaffen, der vom preußischen Standpunkte aus als ein glänzender zu bezeichnen war, auch wenn er seinem Monarchen nicht ganz Deutschland zu Füßen legte.

Und war denn Deutschland überhaupt für die Einheit schon reif? War eine solide Gemeinschaft möglich mit so widerspenstigen Genossen, wie sie die eben besiegten Bayern und Württemberger gewesen wären? Nein, es war viel besser, die Süddeutschen aus allen Kombinationen zunächst heraus und sie in der Brühe der Kleinstaaterei weiter schmoren zu lassen mit der Aussicht, schließlich nur den Appetit des französischen Nachbarn zu befriedigen. Napoleon stieß also bei Bismarck mit der Forderung, daß Preußen die Mainlinie als Grenze seines politischen Einflusses ansehen müsse, in Wirklichkeit nur offene Türen ein. Bismarck war sofort dazu bereit, nur einen Norddbund zu gründen, meldete dafür allerdings in erheblichem Umfange preußische Annexionen an, auf die Napoleon selber ihn ja gleich hingewiesen hatte, nämlich die Einverleibung von Hannover, Kurhessen, Nassau und Frankfurt, wogegen Napoleon natürlich nichts einwenden konnte. Diese Annexionen — es kam als selbstverständliche Kriegsbeute noch Schleswig-Holstein dazu — sollten auch als Entschädigung für das andere Zugeständnis Preußens gelten, daß nämlich Österreich und Sachsen (letzteres war eine österreichische Forderung) keine Landabtretungen zu machen haben sollten. Auch dieser Forderung Frankreichs hatte sich Bismarck leicht gefügt, da er den Zweck des Krieges, Ausschließung Österreichs aus dem Bunde, jedenfalls erreichte, und da er Österreich durch harte Bedingungen nicht in eine tödliche Feindschaft treiben wollte. Er hatte noch auf dem Schlachtfelde von Königgrätz gesagt, daß Preußen und Österreich nun wieder gute Freunde werden könnten, und wollte durch äußerste Ausnutzung des Sieges diese Möglichkeit künf-

tiger Freundschaft nicht zerstören. Er hatte trotz aller Zerwürfnisse niemals aus dem Auge verloren, daß zwischen Österreich und Preußen doch auch eine natürliche Interessengemeinschaft bestehe, und er war überzeugt, daß die Wirkung davon wieder hervortreten werde und müsse, sobald der Grund der Nebenbuhlerschaft hinweggeräumt sei, er hielt die Mäßigung Österreich gegenüber also für nötig auch im eigensten preußischen Interesse. Aus diesen echt staatsmännischen Erwägungen heraus, deren Weisheit sich durch den späteren Verlauf in so überraschender Weise bewährte, stand bei ihm gleichfalls unabhängig von den Wünschen des französischen Vermittlers fest, daß Preußen sich mit der Bereitwilligkeit Österreichs begnügte, aus dem Bunde auszutreten und die von Preußen weiter vorzunehmenden Veränderungen anzuerkennen, daß Preußen nur eine mäßige Kriegsentschädigung forderte und im übrigen Österreichs Besitzstand völlig unberührt ließ.

Hier nun aber gerade stieß Bismarck bei König Wilhelm auf die größten Schwierigkeiten. Hatte der König erst den Entschluß zum Kriege allzusehr hinausgezögert und damit sogar das Gelingen des Krieges gefährdet, so war er jetzt so sehr in den Kampfzorn und in das Siegesbewußtsein hineingeraten, daß er das Gelingen des Friedens in Frage stellte. Daß die beiden mit den Waffen so glorreich Besiegten, Österreich und sein sächsischer Bundesgenosse, ohne empfindliche Buße aus dem Streite, in dem sie erlegen waren, hervorgehen sollten, das wollte ihm durchaus nicht einleuchten. Er hielt den Frieden, den ihm sein Ministerpräsident anriet, für einen schlechten Frieden, und es kam zwischen ihm und Bismarck zu einem schweren Zerwürfnisse darüber.

Welch ein seltsames Geschick! Derselbe Mann, der so lange als der Blutmensch und frivole Kriegstreiber verschrieen war, er mußte jetzt Mäßigung predigen. Am 9. Juli schrieb er an seine Gemahlin: „Uns geht es gut, trotz Napoleon; wenn wir nicht übertrieben in unseren Ansprüchen sind und nicht glauben, die Welt erobert zu haben, so werden wir auch einen Frieden erlangen, der der Mühe wert ist. Aber „wir" sind eben so schnell berauscht als verzagt, und ich habe die undankbare Aufgabe, Wasser in den brausenden Wein zu gießen und geltend zu machen, daß wir nicht allein in Europa leben, sondern mit noch drei Mächten, die uns hassen und neiden."

Bis unmittelbar vor den Abschluß der Friedenspräliminarien setzte der König seinen Widerspruch fort, und da Bismarck pflichtgemäß nicht nachgeben konnte, so kam es bis zu der Gefahr eines Bruches. „Ich erklärte dem Könige", berichtete Bismarck später, „ich würde die Verantwortlichkeit eines Krieges nicht auf mich nehmen und zurücktreten. Aber wenn der König trotzdem Krieg führen und meinethalb ein oströmisches Kaisertum gründen und nach Konstantinopel ziehen wolle, so erbäte ich mir eine Stelle bei der aktiven Armee, um zu beweisen, daß es mir nicht an Mut fehle." Der Kronprinz, der bis zum Ausbruche des Krieges, wie wir wissen, die heftigste Gegnerschaft gegen Bismarck zur Schau getragen hatte und der sich nun, freilich nicht für lange, mit ihm ausgesöhnt hatte, machte jetzt den Vermittler und bewog den König zum Nachgeben. Allein nur mit dem äußersten Unmut fügte sich König Wilhelm. Er resümierte in seinen Bemerkungen zu Bismarcks Denkschrift, in der die Lage eingehend und umfassend erörtert war, daß, „wenn trotz Bismarcks pflichtmäßiger Vertretung der praktischen Ansprüche, vom Besiegten nicht das, was Armee und Land erwarten dürften, zu erlangen sei, ohne das Hauptziel zu gefährden, der Sieger vor den Toren Wiens sich eben fügen und der Nachwelt das Urteil überlassen müsse". Nach Bismarcks Gedanken und Erinnerungen soll König Wilhelm sogar den Frieden einen „schmachvollen" genannt haben. Bismarck fügt entschuldigend hinzu, „im Geiste des Königs seien eben die militärischen Eindrücke damals die vorherrschenden gewesen", — welch ein Glück, daß der König diese militärischen Eindrücke doch schließlich dem überlegenen Rate seines Ministers opferte!

Nachdem das äußere Einvernehmen zwischen König und Minister erzielt war, erfolgte am 22. Juli unter formeller Vermittelung Frankreichs der Waffenstillstand, der dann schon am 26. zum Abschluß der Präliminarien führte. Da die Abtretung Venetiens unter allen Umständen gesichert war, so ließ man sich durch das Ausbleiben einer Nachricht von Italien her nicht aufhalten, und somit war denn der Hauptkrieg mit Österreich, nachdem er genau einen Monat gedauert hatte, durch diesen Separatvorfrieden von Nikolsburg, der die französische Dazwischenkunft zur Erledigung brachte und Österreich von seinen Bundesgenossen trennte, zu Ende.

Was es aber im Grunde bedeutete, daß Preußen so schnell mit dem Hauptgegner im reinen war, das ergibt sich erst, wenn man sich einen Einblick verschafft in die gewaltige Tätigkeit, die Bismarck *nach* den Präliminarien noch zu entfalten hatte, um das gewonnene Resultat gegen mögliche Störungen von außen zu sichern. Von den verschiedensten Seiten kamen die Schwierigkeiten; es galt also rasch und kräftig zu handeln, zu verhindern, daß die verschiedenen Widerstände sich häuften, daß eine Koalition der Gegner sich bildete; es handelte sich darum, den Streitfall zu isolieren, „Europa" auszuschalten, dieses „Europa", das seit Jahrhunderten gewöhnt war, immer das Hineinreden in unsere Angelegenheiten als ein ihm zustehendes gutes Recht zu betrachten. Die Verbindung von Klugheit und Energie, die Bismarck bei Bewältigung dieses diplomatischen Feldzuges entwickelte, reißt uns immer aufs neue zur Bewunderung hin.

Um zunächst einen Totaleindruck dieser riesigen Tätigkeit in den vier Wochen, die dem Präliminarabschluß folgten, zu gewinnen, gibt es gar kein besseres Mittel, als die einzelnen Maßnahmen und Ereignisse ohne begleitende Bemerkung in der Anordnung, wie sie der Zeit nach aufeinander folgten, an uns vorüberziehen zu lassen.

23. Juli. Waffenstillstand mit Österreich.

26. " Unterzeichnung der Präliminarien. Benedetti erscheint bei Bismarck, um mit ihm über Kompensationen zu unterhandeln.

27. " Telegramm aus Petersburg, daß Rußland den Antrag auf Berufung des von Preußen schon vor dem Kriege genehmigten Kongresses eingebracht und diesen Antrag gleichzeitig in Paris und London mitgeteilt habe.

28. " Waffenstillstand mit Bayern.
Telegramm von Goltz aus Paris, daß Napoleon vertraulich angefragt habe, ob er nicht Landau und Luxemburg haben könne.
Depesche an den preußischen Gesandten in London, betreffend die französischen Kompensationsgelüste.
Einberufung des preußischen Landtages auf den 5. August.

29. Juli. Telegramm an den preußischen Gesandten in Petersburg: Ablehnung des von Rußland in Vorschlag gebrachten Kongresses, solange nicht eine Basis feststehe, die Preußen die schwer erkämpften Vorteile sichere. Der König erwarte von der Gerechtigkeit und Freundschaft des Kaisers Alexander, daß dieser keine weiteren Schritte in der Richtung des Kongresses tue, ohne sich vorher mit Preußen zu verständigen.

30. " Der preußische Militärbevollmächtigte Schweinitz meldet aus Petersburg, daß Rußland auf dem Kongreßvorschlag bestehe.

31. " Telegramm an Schweinitz: Weisung, den russischen Kaiser in vorsichtig freundlicher Weise aufmerksam zu machen, daß es für Preußen ohne Revolution vollständig unmöglich wäre, auf die Früchte des Sieges zu verzichten oder die Gestaltung Deutschlands von den Beschlüssen eines Kongresses abhängig zu machen. „Ich kann Sr. Majestät nur raten, wenn die Einwirkung des Auslandes auf unsere Verhältnisse schärfere Umrisse annehmen sollte, die volle nationale Kraft Deutschlands und der angrenzenden Länder zum Behuf des Widerstandes zu entfesseln."
Telegramm an Goltz: Mitteilung des von Schweinitz gesandten Telegramms. Weisung, dem kaiserlichen Kabinett keinen Zweifel darüber zu lassen, „daß wir, wenn man uns das Zugesagte verkümmern will, den Handschuh aufnehmen, ... eventuell uns an die Mainlinie nicht binden werden".
Bernstorff meldet aus London, daß England den Kongreß nicht wünsche.

1. August. Waffenstillstand mit Württemberg und Hessen-Darmstadt.

3. " Abschließende Redaktion der Thronrede.
Waffenstillstand mit Baden.

4. " (Rückkehr Bismarcks nach Berlin.)
Übersendung des Entwurfes eines Bündnisvertrages an die norddeutschen Staaten.

5. August. Eröffnung des Landtages.
Benedetti übersendet Bismarck den Entwurf eines Vertrages, welcher die von Frankreich geforderten Abtretungen deutschen und belgischen Gebietes näher bezeichnet.

6. " Bismarck weist in einer Unterredung mit Benedetti die geforderte Abtretung von Mainz und anderen deutschen Gebietsteilen an Frankreich zurück.

7. " Instruktion für Manteuffel, der als Spezialgesandter nach Petersburg geht, dort hervorzuheben, daß die öffentliche Meinung in Preußen den gebührenden Lohn für die gebrachten Opfer so ungestüm begehre, daß ihr nicht entsprechen das vitale Interesse der Monarchie gefährden heiße. Umfang der preußischen Annexionen.

8. " Benedetti befragt Bismarck über den Zweck der plötzlichen Sendung Manteuffels nach Petersburg.
Friedensbevollmächtigte von Württemberg bei Bismarck.

9. " Die Friedensbevollmächtigten Bayerns, Hessens und Badens bei Bismarck.
Weisung an Manteuffel etwaige russische Wünsche auf Befreiung von den Pariser Friedensbestimmungen über das Schwarze Meer entgegenkommend zu behandeln, da Preußen an der Fortdauer der Beschränkung kein Interesse habe.

11. " Telegramm an Manteuffel: Mitteilung, daß Preußen mit Württemberg und Darmstadt so gut wie einig sei auf billige Bedingungen, bewilligt mit Rücksicht auf Rußland. „Reiche das nicht hin, uns Rußlands Duldung wenigstens bezüglich der Annexion Hannovers, Kurhessens und Nassaus zu sichern, so schließen wir auch mit Stuttgart und Darmstadt nicht ab. Pression des Auslandes wird uns zur Proklamierung der Reichsverfassung von 1849 und zu wirklich revolutionären Mitteln treiben. Soll Revolution sein, so wollen wir sie lieber machen als erleiden.

11. August. Napoleon zieht seinen Kompensationsantrag vom 29. Juli (den Bismarck am 6. August abgelehnt hatte) zurück.
Waffenstillstand zwischen Österreich und Italien.

13. " Friede und Bündnis mit Württemberg.
Schreiben an das Abgeordnetenhaus bei Vorlegung des Gesetzentwurfes, betreffend die Indemnität.

16. " Königliche Botschaft betreffend die Annexion von Hannover, Kurhessen, Nassau und Frankfurt a. M.

17. " Friede und Bündnis mit Baden.

18. " Bündnisvertrag zwischen Preußen und der Mehrzahl der norddeutschen Regierungen.

20. " Benedetti bei Bismarck mit einem erneuten Antrag auf Kompensation für Frankreich (Herstellung der Grenzen von 1814), also Erwerbung Landaus und der oberen Saar, Annexion Luxemburgs und geheimes Schutz- und Trutzbündnis mit Preußen zur Erwerbung von Belgien. Bismarck lehnt das Abtreten deutschen Gebietes entschieden ab, behandelt die übrigen Forderungen dilatorisch.

22. " Friede und Bündnis mit Bayern.
Befehl an die Mainarmee und das Reservekorps, Süddeutschland zu räumen und sich bei Hof und Eger zu sammeln zu eventuellem Vormarsche gegen Wien.
Telegramm an Manteuffel: Weisung, bei Gortschakoff zu sondieren, ob Rußland, falls es zwischen Preußen und Frankreich zum Krieg käme, geneigt sein würde, durch diplomatischen Druck Österreich zu neutraler Ruhe zu zwingen. Manteuffel antwortet: Gortschakoff will sich auf förmliche Versprechungen nicht einlassen, aber Sie können gegen Frankreich fest auftreten.

23. " Friede von Prag.

Bei der Betrachtung dieses Gewebes von Maßregeln, wo die verschiedensten Fäden nebeneinander herlaufen und sich untereinander auf das kunstvollste verschlingen, kann man das diplomatische Genie des großen Staatsmannes gewissermaßen mit Händen greifen. Das Geheimnis des Erfolges liegt in der

Raschheit der Entschließung, in der Kunst, die Gegner auseinanderzuhalten, in der Unerschöpflichkeit der Mittel, in der virtuosenhaften Beherrschung der allgemeinen Lage. So gelingt es Bismarck nicht nur die gegenwärtigen Gefahren zu überwinden, sondern zugleich auch schon wieder die Basis für weitere Erfolge zu gewinnen. Interessant ist hier namentlich die Behandlung Rußlands. Wir wissen, daß das Verhältnis Preußens zu diesem Staate durch den Eintritt Bismarcks in die Geschäfte und durch die Behandlung, die die polnische Frage durch ihn erfuhr, ein sehr freundliches geworden war. Bismarck hatte stets in den Augen des Zaren auch seiner auswärtigen Politik einen streng konservativen, antirevolutionären Charakter zu geben verstanden; seine Frontstellung gegen die Westmächte, als diese Rußland in Polen Ungelegenheiten zu schaffen suchten, sein Zusammengehen mit Österreich gegen die Demokratie in Kopenhagen und im Deutschen Bunde, das alles mußte in Petersburg mit großer Befriedigung erfüllen. Der Plan der Annexionen erschreckte hier um so mehr. Wie? Throne sollten umgestürzt, Monarchen ohne jede Entschädigung depossediert werden? Das war ja die Revolution selber! Und mit diesen prinzipiellen Bedenken verbanden sich dann die dynastischen, die Wirkung der zahlreichen Verwandtschaftsbeziehungen, die zwischen dem russischen Kaiserhause und den Höfen der Mittel- und Kleinstaaten bestanden, der Einfluß der flehenden Hilferufe, die von seiten der zahlreichen weiblichen Außenposten der russischen Machtstellung nach Petersburg gelangten.

Rußland hatte daher schon vor dem Kriege eine sehr reservierte Haltung angenommen und dem Kongreßvorschlag Napoleons zugestimmt — der ja durch die Weigerung Österreichs gegenstandslos geworden war —, es bezeigte nun seine der gegenwärtigen preußischen Politik abgeneigte Gesinnung durch die Wiederaufnahme des Kongreßgedankens, dessen Ausführung ja nun natürlich nur den Sinn haben konnte, die Erfolge Preußens möglichst zu beschränken, vor allem die Integrität der bedrohten Mittel- und Kleinstaaten zu sichern.

Bismarck verwandte in der Behandlung dieses russischen Einspruches ein eigentümliches Gemisch von Liebenswürdigkeit und Drohung. Er stellte die von Preußen geplante Lösung, insofern sie von der preußischen Monarchie aus und zum Zwecke der Stärkung der preußischen Monarchie erfolgte, als eine ver-

gleichsweise immer noch in monarchischem Sinne erfolgende dar, im Vergleich nämlich mit dem, was eintreten würde, wenn sich Preußen, um die Erfolge seiner Siege zu sichern, wirklich mit der Revolution verbünden müßte; er wies in nicht mißzuverstehender Weise darauf hin, daß Preußen in diesem Falle die revolutionären Kräfte nicht nur in Preußen, sondern auch in den angrenzenden Ländern, d. h. also in Polen, entfesseln würde, und zeigte, daß das, was Preußen vorhabe, geschehen müsse, um eben revolutionäre Ausbrüche zu vermeiden, verhältnismäßig also das beste sei, was überhaupt geschehen könne. Er veranlaßte dann in freundlichstem Entgegenkommen gegen einen vom Zaren ausgesprochenen Wunsch die Sendung eines Spezialgesandten, und zwar in der Person eines Mannes, der in seiner Gesinnung dem russischen Hofe möglichst nahe stand, aber er verstärkte nun die Wirkung von alledem in mächtigster Weise noch dadurch, daß er den russischen Kaiser von dem Gebiete der *Grundsätze* auf das Gebiet der *Interessen* hinwies und ihm die preußische Unterstützung für den Fall in Aussicht stellte, daß Rußland etwa das Bedürfnis haben sollte, sich von den Fesseln, die seiner Macht im Schwarzen Meere durch den Pariser Frieden angelegt war, zu *befreien*. Diese Anregung fiel auf fruchtbaren Boden und begründete ein Verhältnis zwischen Preußen und Rußland, welches den Erfolg des späteren französischen Krieges schon im Keime trug. In der Tat konnte ja der Zar gar nicht verkennen, daß im Grunde eine Interessengemeinschaft bestand zwischen Preußen und Rußland. Dieselben Gegner, welche Rußland in seiner Orientpolitik während des Krimkrieges auf seinen Wegen gefunden hatte, und die es auch weiterhin sich gegenüber sah, Frankreich und Österreich, *dieselben Gegner* waren es, welche Preußen zu bestehen hatte bei der Lösung der deutschen Frage. Bei dieser Sachlage ergab sich ein Pakt eigentlich von selber. Er mußte etwa lauten: Rußland läßt Preußen freie Hand bei der Durchführung seiner Unionspolitik und wird in Konflikten Preußens mit Österreich und Frankreich eine wohlwollende eventuell sogar drohende Neutralität beobachten, dafür wird Preußen Rußland freie Hand im Orient lassen. Diesen Pakt sehen wir im besonderen Falle, als Frankreich am 20. August mit seinen neuen Kompensationsforderungen gekommen war schon wirksam — Gortschakoff ließ melden, Bismarck könne gegen

Frankreich fest auftreten —, und es ist kaum zu bezweifeln, daß er später eine bestimmtere Formulierung erfuhr. In der Tat, er lag in der Logik der Dinge: Rußland konnte an sich, auch abgesehen von der Möglichkeit, seine Stellung im Orient zu verbessern, nichts Angenehmeres sich denken, als daß preußische und deutsche Bajonette es übernahmen, seine Rache an denen zu vollziehen, die Rußland durch ihre Gegnerschaft während des Krimkrieges besonders geschädigt hatten, und umgekehrt Preußen mußte es als einen großen Vorteil begrüßen, daß es, wenn es eines Tages not tat, sich mit seiner ganzen Macht nach Westen wenden konnte, ohne eine plötzliche Bedrohung in Flanke und Rücken besorgen zu müssen.

So sehen wir Bismarck also hier schon seine Steine aufstellen für das große Endspiel, in dem der Schachkünstler an der Seine ihm endgültig seine Meisterschaft überlassen mußte.

Für den Augenblick zog Bismarck aus seiner Behandlung Rußlands den Vorteil, daß Rußland der wirksamen Ausnutzung der preußischen Siege in Deutschland selber keine ernsten Schwierigkeiten bereitete. Bismarck ließ den russischen Wünschen Berücksichtigung angedeihen, soweit es irgend ging: er gewährte Württemberg und Darmstadt, die Rußland besonders nahe standen, billige Bedingungen, und meldete dies am 11. August nach Petersburg, er ließ zugleich aber erklären, daß, wenn dies nicht ausreiche, Preußen sich genötigt sehen werde, zu revolutionären Mitteln zu greifen und das wirkte, — im Zusammenhange mit den Erörterungen anderer Natur, die wir kennen.

Hielt er nun Rußland mit dem Schreckgespenst der Revolution in Schranken, so bändigte er die allzuweitgehende Begehrlichkeit Frankreichs durch den Hinweis auf die eigentlichen Wünsche der deutschen Nation. In der Tat war nämlich Frankreich noch nicht zufrieden mit dem, was ihm Bismarck schon zugestanden hatte. Daß Bismarcks Zugeständnisse Napoleon aus einer sehr peinlichen Lage befreit hatten, kümmerte die französischen Chauvinisten nicht. Schon bloß aus Feindschaft gegen die Regierung Napoleons, bloß um ihr Verlegenheiten zu bereiten, blieben sie dabei, daß die bevorstehenden Veränderungen des politischen Zustandes in Deutschland eine Verletzung der französischen Machtinteressen in sich schließe, und daß zum Ausgleich dafür auch Frankreich an Macht wachsen müsse, daß es „Kompensationen" brauche. Napoleon mußte sich diesen Wünschen fügen und hatte

schon vor Abschluß der Präliminarien Benedetti beauftragt, wegen dieser „Kompensationen" bei Bismarck anzufragen. Benedetti kam nun aber schon zu spät. Bismarck wollte sich eben zur Unterzeichnung der Präliminarien begeben, und verwies daher den Franzosen auf die Zeit nach seiner Rückkehr nach Berlin. Er hatte aber von Benedetti genug gehört, um jetzt auch den Abschluß mit den Südstaaten aufs äußerste zu betreiben. Er ließ zugleich nach Paris melden, daß, wenn Frankreich sich an seine Versprechungen nicht halte, Preußen sich nicht an die Mainlinie halten werde. Soeben trat auch der preußische Landtag zusammen, der unter den Einwirkungen des Krieges gewählt und in dem die alte oppositionelle Mehrheit verschwunden war; der Friede im Inneren war durch den Entschluß der Regierung, die Indemnität zu beantragen, gesichert: in solcher Lage konnte Bismarck den französischen Antrag erwarten. Dieser Antrag enthielt nichts Geringeres als das Verlangen der Abtretung des preußischen Saarlouis, der bayrischen Pfalz, Rheinhessens und der Festung Mainz! Benedetti selber fühlte sich nicht ganz wohl bei seinem Auftrage. Er hatte gebeten, zu näherer Erwägung erst noch nach Paris kommen zu dürfen. Er hatte die Weisung erhalten, er sollte kommen, vorher aber seinen Auftrag ausführen. So mußte sich Benedetti entschließen. Er meldete seinem Chef, er sei überzeugt, daß hier nur die größte Festigkeit und Entschiedenheit zum Ziele führen könne. Überdies habe er den Vertragsentwurf dem Grafen Bismarck zunächst schriftlich vorgelegt, um nicht bei dem ersten Eindruck der Sache auf das reizbare Temperament des Ministers selbst anwesend zu sein. Am 6. August erfolgte die Unterredung. Benedetti stellte seine Forderung „mit größter Festigkeit und Entschiedenheit", in fast drohender Sprache, wie es Bismarck später in einem amtlichen Erlasse bezeichnete. Die drohende Sprache verfehlte aber völlig ihren Zweck. Bismarck sagte in ruhiger Haltung und höflichem Tone, daß, wenn die Zurückweisung des Antrages ein Kriegsfall sei, Preußen eben *Krieg führen* werde, und damit zerfiel der ganze unüberlegte, auf Einschüchterung berechnete Coup in Nichts, denn während Preußen *jetzt* eventuell zum Kriege bereit war: Frankreich war es entschieden nicht, und es blieb ihm nichts übrig, als die Antwort Bismarcks einzustecken. Napoleon erklärte den Zwischenfall als ein Mißverständnis und nötigte seinen übereifrigen Minister

Drouyn, der tatsächlich den Kaiser gegen seinen Willen so weit vorwärts gedrängt hatte, seine Entlassung zu nehmen.

Bismarck aber hatte in jenem schriftlichen Antrage Benedettis ein wertvolles Dokument in der Hand, das ihm zunächst treffliche Dienste in der Verhandlung mit den Südstaaten leistete. Diese hatten, ebenso wie vorher Sachsen, aber mit Ausnahme von Baden, den Kaiser Napoleon um gnädige Verwendung angerufen. Bismarck dachte nicht daran — bei Württemberg und Darmstadt schon um Rußlands willen — ihnen den Abschluß durch harte Bedingungen zu erschweren. Dafür vereinbarte er zuerst mit Württemberg ein zunächst geheimes Schutz- und Trutzbündnis. Es war dies kein Bruch seiner Verpflichtungen gegen Frankreich. Er hatte diesem nur versprochen, die Südstaaten aus dem norddeutschen Bundesstaate herauszulassen; außerdem sollten die Südstaaten, wenn sie wollten, einen besonderen Bund schließen dürfen. Württemberg erklärte aber, daß es von einer solchen süddeutschen Union nichts wissen wolle und begehrte nur eine Garantie seiner Selbständigkeit, die ihm durch jenen Geheimvertrag zuteil ward. Dem Abschlusse mit Württemberg folgte der mit Baden und nach wenigen Tagen dann auch noch der mit Bayern. Hier half namentlich jenes Benedettische Schriftstück, welches den bayrischen Minister von der Pfordten darüber belehrte, daß Napoleon in demselben Augenblick Bayern hatte der Pfalz berauben wollen, indem er sich um seinen Schutz bemüht hatte. Pfordten mußte einsehen, daß Bayern sicherer in preußischem Schutz ruhe, und unterzeichnete gleichfalls den Bündnisvertrag.

In denselben Tagen war Benedetti noch einmal bei Bismarck gewesen, um über die „Kompensationen" zu unterhandeln, diesmal ganz freundlich und gar nicht drohend. Er hatte wieder wegen Saarlouis und Landau angeklopft und dann über eine Annexion Belgiens durch Frankreich gesprochen. Bismarck hatte diesmal seinerseits sehr ernst aufs neue erklärt, von deutschem Lande könne nicht die Rede sein, hatte sich dann aber in sehr entgegenkommender Weise über das belgische Projekt in ein Gespräch eingelassen, aus dem Benedetti die Folgerung zog, daß Preußen hiergegen nichts einzuwenden habe. Diese Folgerung ging etwas zu weit; Benedetti hatte nicht amtlich angefragt und Bismarck hatte sich nicht amtlich geäußert. Er hatte im übrigen nicht die geringste Veranlassung, Frankreich darüber aufzuklären,

daß es sich durch seine belgischen Pläne wahrscheinlich nur neue Ungelegenheiten schaffen werde.

So war also Frankreich glücklich ebenso aus den deutschen Dingen hinauskomplimentirt wie Rußland, und nach einem letzten kleinen militärischen Drücker auf Österreich erfolgte am 23. August die Unterzeichnung des Prager Friedens.[1])

Dieser Friede besiegelte den Austritt Österreichs aus dem Deutschen Bunde und damit die Zerreißung des letzten Bandes, das Deutschland geschichtlich noch mit dem ehemaligen heiligen römischen Reiche verknüpft hatte. Der österreichische Kaiserstaat mit seinem Völkergemenge, seinem inter- und antinationalen Charakter, seiner tiefinneren Verquickung mit dem Katholizismus stellte eben den letzten Rest jener ehemals ganz Mitteleuropa umfassenden Gemeinschaft dar, und in der organischen Verbindung der rein deutschen Staatengebilde mit diesem österreichischen Völkerkonglomerat hatte bisher die Unmöglichkeit einer rein nationalen Ordnung gelegen, denn Österreich konnte eben seinem Grundcharakter nach niemals das nationale Prinzip annehmen. Jetzt endlich, endlich waren die Deutschen Herren im eigenen Hause! Freilich, einen ganzen Flügel mußten sie dabei drangeben, der jetzt durch eine Brandmauer von dem übrigen Bau getrennt wurde: die Deutsch-Österreicher gingen jetzt für die engere nationale Gemeinschaft verloren. Für sie war der Prager Friede der Schicksalstag, denn es begann für sie nun die hoffnungslose Aufgabe, der stets wachsenden Slawen- und Magyarenflut gegenüber sich zu behaupten. Hier konnten aber sentimentale Betrachtungen über Preisgabe dieser deutschen Brüder an ein zweifelhaftes Geschick nicht helfen. Die Trennung mußte vollzogen werden, damit im übrigen Hause endlich diejenigen Neuerungen vorgenommen werden konnten, die das Haus erst recht wohnlich machten, und zu diesem Zwecke konnte

1) Bisher war eigentlich alle Welt in der Bewunderung dieses Friedenswerkes einig. Wenn es auch den entschiedenen Vertretern der Einheitsidee damals Enttäuschung bereitete, so hatte das Jahr 1870 diese Enttäuschten rasch bekehrt. Nun hat nachträglich O. Lorenz in seinem 1902 erschienenen „Kaiser Wilhelm" diese Vorwürfe wieder erneuert; er behandelt den Nikolsburger Frieden als einen halben Mißerfolg Bismarcks und spricht davon, daß Preußen durch die Anerkennung der Mainlinie in eine Sackgasse geraten sei. — Diese Meinungen beruhen auf einer bemerkenswerten Verkennung der eigentlichen Grundgedanken der Bismarckschen Staatskunst.

denn freilich auch nicht vermieden werden, daß einige Mauern, die die bequeme Verbindung bisher gehindert hatten, niedergelegt wurden. Aber auch hier war der Baumeister noch nicht ganz frei. Wenn der Ostflügel hatte abgetrennt werden müssen, so mußte der innere Umbau vor dem Südflügel vorläufig noch Halt machen. Der eifersüchtige französische Nachbar gönnte den Deutschen den Luxus nicht, das Ganze jetzt schon nach ihrem Sinne und Geschmacke auszugestalten, und, — da man nicht einen im Augenblick durch seine Opfer sehr lästigen Prozeß führen wollte, so hatte man nachgeben müssen; indessen der kluge und weitausschauende Architekt der deutschen Einheit hatte sich auch hier zu helfen gewußt: die wichtigsten Rohre und Schachte wurden, soweit die Arbeiten unterirdisch auszuführen waren, jetzt schon gelegt, es bedurfte daher später nur geringer Mühe, um den Anschluß herbeizuführen, oder, unbildlich gesprochen: die Reichsgründung blieb auf Norddeutschland beschränkt, aber die Südstaaten waren jetzt schon durch jene Schutz- und Trutzbündnisse mit dem Norddunde so weit vereinigt, daß jetzt schon dafür gesorgt war, daß im Falle der Kriegsnot sämtliche Deutsche zusammenstanden.

So stellt sich das Werk von 1866 doch als ein wunderbares Ganzes dar, überall den Geboten der Gegenwart gehorchend, überall die Zukunft vorausbegründend, überall wiederum eine organische Fortsetzung der Vergangenheit. Eine solche Fortsetzung der Vergangenheit war auch diejenige Maßregel, die sich am meisten als ein brutaler Eingriff darstellt: die Annexion.

Sind es doch von jeher Deutschlands Fürsten selber gewesen, die Deutschland jeweils eines Teiles seiner allzu großen Fürstenlast entledigt haben, wie der Luftschiffer, der, um in höhere Regionen zu steigen, ein paar Sandsäcke auswirft. Das deutsche Volk selber hätte bei seiner Anhänglichkeit an seine Fürstenhäuser das aus eigenem Antriebe kaum je getan. Und auch die Fürsten bedurften dazu immer eines Helfers: 1803 und 1806 tat Napoleon I. die eigentliche Arbeit des Säkularisierens und Mediatisierens, und 1866 lieh Bismarck seinen mächtigen Arm. Er leistete das, was früher die Revolution geleistet hatte, zum Segen des deutschen Volkes: er fällte einige der Bäume, die allzu dicht standen, damit die anderen um so besser sich entfalten konnten.

Und war eine solche Einverleibung bisher selbständiger Gebiete in größere Staatsverbände stets zusammengegangen mit einem Fortschritte staatlichen Lebens überhaupt, das in den kleineren Gebieten ins Stocken geraten war, so lag auch jetzt in der Einverleibung von Gebieten, in denen bisher vergeblich der innere Frieden und eine ruhige Entwickelung auf sicherer verfassungsmäßiger Grundlage erstrebt war, für Preußen eine wirksame Mahnung, diese verfassungsmäßige Grundlage im eigenen Inneren herzustellen und zu sichern. Bismarck hatte diese Notwendigkeit sofort erkannt und darauf seinen Vorschlag gegründet, daß die preußische Regierung jetzt, nachdem der Konflikt faktisch als beendet betrachtet werden konnte, in der sogenannten Indemnitätsvorlage bei dem Landtage um nachträgliche Genehmigung alles dessen nachsuchen möge, was während der Konfliktszeit von der Regierung verfügt worden war. Es lag ja in diesem Antrage der Regierung unzweifelhaft das Eingeständnis, daß der bisherige Zustand nicht verfassungsmäßig gewesen sei, allein nach den unerhörten Erfolgen auf dem Gebiete der auswärtigen Politik konnte die Regierung dieses Zugeständnis ruhig machen, ohne eine Einbuße an Autorität befürchten zu müssen, und Bismarck setzte auch hier seinen Willen durch, entgegen dem Widerstande, der ihm von streng konservativer Seite gemacht wurde. Er dachte gar nicht daran, den Sieg seiner auswärtigen Politik zu einem Siegeszuge auch auf dem inneren Gebiete auszunutzen und über seine Gegner zu triumphieren. Er wollte seine Machttheorie, die er in der Zeit des Kampfes vertreten hatte, nicht zum geltenden Staatsrechte machen, und er zeigte dadurch den neu eingetretenen Hannoveranern, Kurhessen, Nassauern und Frankfurtern, daß sie die Bürger eines Staates geworden seien, dem die einmal übernommenen Pflichten heilig seien, er charakterisierte dadurch die Konfliktszeit als eine bloße Episode. Er trug dadurch in mächtiger Weise dazu bei, daß in dem deutschen Liberalismus eine Umlagerung vor sich ging, welche für die folgende Zeit von epochemachender Bedeutung sein sollte, daß sich nämlich aus dem Liberalismus diejenigen Elemente ausschieden, welche die nationale Bedeutung einer starken Monarchie anzuerkennen bereit waren und danach entschlossen waren, ihre grundsätzlichen Überzeugungen zu revidieren. Die große Zeit und nicht weniger wohl auch der große Mann er-

wiesen hier ihre erziehliche Bedeutung. Der gewaltigen Wirklichkeit, der lauten Sprache gegenüber, welche die Tatsachen redeten, verloren die bisher so hochgehaltenen Theorien einen Teil ihres Ansehens. Daß überhaupt etwas geschah, daß die Dinge vorwärts gingen, das war doch unter allen Umständen eine Erlösung, mochte auch immerhin die Art dieses Vorwärtsschreitens anders sein, als man geträumt und gehofft hatte. Der realistische Zug der Zeit kam dem politischen Realismus der Bismarckschen Politik glücklich entgegen. Der Liberalismus erfuhr eine Rückbildung zu jener Form, die in den Anfängen des 19. Jahrhunderts von Männern wie Dahlmann vertreten war; er bekam wieder Respekt vor dem historisch Gewordenen und verzichtete darauf, die Welt ausschließlich aus der Doktrin heraus gestalten zu wollen. Er gewann es vor allem über sich, wenigstens der größere Teil seiner Vertreter in Norddeutschland, die besondere Befehlsgewalt, welche die preußische Krone in militärischen Dingen beanspruchte, anzuerkennen, und machte es auf diese Weise der preußischen Regierung wieder möglich, gleichfalls auf früher betretene und dann verlassene Wege zurückzukommen, d. h. an die Politik der neuen Ära wieder anzuknüpfen. Auf diese Weise bahnte sich eine verheißungsvolle innere Verbindung an zwischen dem preußischen Königtum und dem vorwärtsstrebenden deutschen Bürgertum, eine Verbindung, welche gar bald einen beispiellosen Aufschwung auf allen Gebieten des materiellen und des geistigen Lebens zur Folge haben sollte. Für den Augenblick freilich konnte das alles in seiner segensreichen Bedeutung noch nicht hervortreten, war daher auch die vorherrschende Stimmung nicht so zuversichtlich, wie nach diesem Kriege, der doch unzweifelhaft endlich den lähmenden Dualismus zerstört und damit den Weg zu besserer Zukunft frei gemacht hatte, erwartet werden konnte, wie wir Späteren insbesondere es unwillkürlich voraussetzen. Der gewaltsamen Eingriffe in die bestehenden Zustände waren in diesem Jahre doch gar zu viele gewesen, als daß die Nervenschmerzen hätten ausbleiben können. Man wäre über vieles leichter hinweggekommen, wenn wenigstens die Einheit wirklich dagewesen wäre, aber das war doch nun nicht der Fall. Man konnte sogar meinen, daß man dem ersehnten Ziele nicht näher sondern ferner gerückt sei, waren doch die Deutschen Österreichs ganz und gar aus dem Verbande mit den übrigen Deutschen

ausgestoßen worden und war durch die Mainlinie in dem so geschaffenen kleineren Deutschland eine mächtige Barriere aufgerichtet worden, von der man sich gar nicht vorstellen konnte, wie sie so leicht überschritten werden sollte. Daß die realen Zusammenhänge zwischen Nord- und Süddeutschland sich als viel kräftiger erweisen würden, als die papiernen Schranken des Prager Friedens, das konnte nur der wissen, der wie Bismarck die Gabe hatte, die Ströme der Tiefe rauschen zu hören. Dem oberflächlichen Urteil konnte Süddeutschland preisgegeben und damit die imposante Machtbildung, die sich im Norden anbahnte, zu teuer erkauft erscheinen. So gewahren wir denn gegen Ende 1866 alles andere eher, als ein zukunftsfreudiges Aufatmen. Die eigentlichen Einheitsfreunde sehen wir in peinlicher Enttäuschung, nicht wissend, ob sie ihre Hoffnungen nicht für immer verloren geben müssen, in den annektierten Gebieten bei dem dem Alten ergebenen Teile der Bevölkerung entweder offenen Groll oder verbissene Resignation, aber auch bei den an sich mit der Verpreußung Einverstandenen nicht überall freudige Bewegtheit, da die Einzelmaßregeln der neuen Regierung notwendig allerlei Unbehagen schaffen und auch wirklich nicht immer das objektiv Richtige treffen; aus den süddeutschen Königreichen hören wir vorwiegend Ausbrüche gesteigerten Hasses gegen alles Norddeutsche und Protestantische, Deutschland selber bietet also den Anblick größerer Zerrissenheit, schlimmeren Haders denn jemals dar. Und wenn dann der Deutsche über die Grenzen der Heimat hinausblickte, dann war das, was sich da zeigte, auch nicht gerade beruhigend: Österreich zunächst natürlich beherrscht von dem Gedanken der Wiedervergeltung und der Wiederherstellung, Dänemark in ohnmächtigem Grimm eine Wendung erhoffend, die den verhaßten Gegner wieder zu Boden werfe, Italien in völliger Verwirrung der Gefühle, die öffentliche Meinung hier beunruhigt durch allerlei Rekriminationen, die sich zwischen Preußen und seinem Verbündeten erheben, England korrekt aber kühl bis ans Herz hinan, und endlich Frankreich in nervöser Erregtheit, gepeinigt von dem Alpdrücken nationaler Eifersucht, beständig von der Regierung mit großen Worten hingehalten, die dann in Nichts zerfließen, die Regierung selber krampfhaft darauf bedacht, durch irgendeinen zauberhaften Erfolg die ungeberdigen Geister des Volkes wieder zur Ruhe zu schmeicheln. Es war eine Weltlage, die

seltsam an die ganz ähnliche vor etwas mehr denn 100 Jahren gemahnt, als durch die ganz unerwarteten ersten Erfolge Friedrichs II., durch seine Kriege in Schlesien und Böhmen und die Eroberung und Behauptung Schlesiens plötzlich aus dem Gewimmel der deutschen Kleinstaaterei, die man sich gewöhnt hatte, als eine europäische Notwendigkeit zu betrachten, eine deutsche Großmacht sich erhob, die es wagte, einen eigenen Willen zu haben und die Kraft zeigte, diesen Willen durchzusetzen. Halb Europa fand sich zusammen, um diese ganz unerhörte Neuerung wieder in das Nichts zurückzuschleudern; die Häuser Bourbon und Habsburg vergaßen ihren alten Haß und reichten sich die Hand zum Bunde, und es dauerte sieben Jahre blutigen Ringens, bis Friedrich der Große der Liga sich entwunden und seinem Staate das Recht erstritten hatte, zu existieren.

Gewiß wollte sich die Geschichte nicht einfach wiederholen: die Machtbildung, die jetzt aus den Siegen auf den alten Wahlstätten der schlesischen Kriege hervorgegangen war, war eine unvergleichlich viel größere, allein die Stimmungen, denen diese Machtbildung begegnete, waren ungefähr die gleichen; eine gefahrdrohende Liga des Hasses fand sich wie von selber zusammen, und kein Kundiger durfte zweifeln, daß, wie früher die preußische, so jetzt die deutsche Größe nicht anders zu erlangen und zu behaupten sein werde als auf dem Schlachtfelde.

Viertes Kapitel.

Luxemburg und Hohenzollern.

Geduld! Es kommt ein Tag, da wird gespannt
Ein einzig Zelt ob allem deutschen Land!
Geduld! Wir stehen einst um ein Panier,
Und wer uns scheiden will, den zwingen wir!
Geduld! Ich kenne meines Volkes Mark:
Was langsam wächst, das wird gedoppelt stark.
K. F. Meyer, Huttens letzte Tage.

Die Ereignisse von 1864 bis 1871 erscheinen, je mehr man sie betrachtet, als ein Werk, das in seiner Wirkung an die Wirkung größter Kunstschöpfungen erinnert, so sehr ist die ganze Materie des geschichtlichen Werdens durchleuchtet und durchglüht von originaler Kraft, von der Weisheit des Gesamtplanes und von der inneren Harmonie des Genius, der hier am Webstuhle der Zeit saß. Eine Disharmonie nach der anderen löst sich, immer vernehmlicher klingt das Leitmotiv hindurch, immer größer wird die Zahl der Stimmen, immer mächtiger das Brausen, immer gewaltiger wird die Steigerung. —

So wie 1864, so war 1866 vieles erreicht, ein mächtiger Schritt vorwärts war getan, Großes war geschehen, aber Größeres blieb auch jetzt noch zu tun, das Ungeheuere des Wagnisses, das unternommen war, ward jetzt erst recht offenbar, und erneute Spannung legte sich auf die Gemüter.

Es galt zunächst den neuen Bund aufzurichten, nachdem der unselige alte nun endlich glücklich zerschlagen war. Es galt die rechte Mittellinie zu finden zwischen Einheit und Sondertum, zwischen Fürstengewalt und Volksansprüchen, zwischen Fortschreiten und Beharren. Das historisch Bedeutsamste war dabei jedenfalls der Entschluß, diese Mittellinie überhaupt zu suchen, und der Verzicht darauf, der Entwickelung eine bestimmte Richtung aufzwingen zu wollen. Die Macht zu einem solchen Zwange wäre dem siegreichen Preußen augenblicklich zur Hand gewesen, aber es hat vielleicht niemals einen

Staatsmann gegeben, der so gewaltig wie Bismarck in den Gang der Ereignisse eingriff und dabei eine solche Achtung bewahrte vor den realen Mächten des geschichtlichen Werdens.

Die Verfassung des Norddeutschen Bundes ist ein Zeugnis dafür. Sie legt fest: erstens die Bedeutung und die Initiative der preußischen Monarchie in den Prärogativen, die dem Bundespräsidium zugewiesen werden, zweitens den berechtigten Partikularismus in der sorgfältigen Erhaltung derjenigen Machtbestandteile der Sondergewalten, die nicht für die Bildung einer starken Zentralgewalt unerläßlich sind, und drittens die Anerkennung dessen, was das deutsche Volk durch die Hegung und Pflegung des nationalen Gedankens zu dem Gelingen beigetragen, in der Gewährung des allgemeinen, gleichen, direkten, ja sogar später auf Wunsch des konstituierenden Reichstages auch des geheimen Wahlrechtes. Man hat Bismarck um dieses dritten Punktes willen schwer getadelt, hat ihm vorgeworfen, daß ihn hier sein kluges Maßhalten verlassen, daß seine Voraussicht hier versagt habe, denn er habe damit dem neuen Reiche in die Wiege den künftigen Daseinskampf mit den beiden Mächten gelegt, die damals gerade in der Bildung begriffen waren, und die dem nationalen Staate mit innerer Notwendigkeit feindselig oder gleichgültig gegenüberstehen, der Macht nämlich der Kirche oder besser gesagt, des geistlichen Cäsarismus, welcher sich Zug um Zug mit der deutsch-italienischen Nationalstaatsentwickelung herausbildete, und der Macht der sozialen Demokratie, welche sich in ihren Anfängen doch schon deutlich angekündigt hatte.

Es wird vielleicht behauptet werden dürfen, daß Bismarck in dem massiven Kraftgefühl, von dem er für sich selber und für seinen preußischen Staat erfüllt war, diese Mächte in ihrer Bedeutung unterschätzt hat — wenngleich er auf den Ultramontanismus schon seit Beginn seiner Frankfurter Zeit stets ein scharfes Auge hatte —, allein ist denn zu verkennen, daß Bismarck auch sehr triftige Gründe hatte, das allgemeine Wahlrecht zu verleihen?

Er hatte es als preußische Forderung schon am 9. April 1866 verkündet, und zwar gewiß nicht aus theoretischer Voreingenommenheit für diesen wichtigsten Bestandteil des demokratischen Programms, sondern weil er dadurch allein hoffen konnte, die Stimmungen von 1848 wieder zu beleben, und

weil er nur durch Voranstellung dieser Forderung kund tun konnte, daß das Ziel der preußischen Politik nicht die Befriedigung partikularistischen Ehrgeizes, sondern die Begründung eines wirklich nationalen Einigungswerkes sei. Es war ihm freilich nicht gelungen, durch die feierliche Aneignung jenes Bestandteiles der ehemaligen Reichsverfassung die alten Anhänger dieser Reichsverfassung für Preußen zu gewinnen, im Gegenteil, Hohn und Wutgeschrei waren die Antwort gewesen, allein, es war doch eine unausweichliche Folge des Geschehenen, daß Preußen an diesem Programmpunkte, mit dem es seine Absicht, die deutsche Frage zu lösen, angekündigt hatte, nunmehr auch festhielt; es hätte anders seine nationalen Bestrebungen, mit denen es doch noch nicht am Ziele war, unrettbar bloßgestellt. Bismarck brauchte für sein Werk den Resonanzboden des nationalen Empfindens, und der war anders als in einem Volksparlamente, das sich über den notwendig partikularistischen Staatenparlamenten erhob, nicht zu gewinnen. Der neue Einheitsstaat konnte nur mit dieser Einrichtung, die in der Überlieferung der Einheitsbewegung gegeben war, nach innen die nötige Werbekraft entwickeln und nach außen in wünschenswerter Weise Eindruck machen, und Bismarck nahm doch auch mit der Erteilung dieses ausgedehntesten Wahlrechtes die Deutschen recht eigentlich nur beim Worte: wie lange und wie oft war es gesagt worden, daß in der Brust eines jeden Deutschen die Sehnsucht nach einem einigen und starken Vaterlande lebe! Jetzt war die Bahn dahin eröffnet, es wurde jetzt jedem Deutschen die Möglichkeit gegeben, dazu beizutragen, daß das Ziel möglichst vollkommen erreicht würde, und daß man dann das Erreichte auch behauptete, — jetzt war die Zeit gekommen, und zwar in besserer Weise als 1848, für die Worte mit der Tat einzustehen!

Bismarck hatte das Zutrauen, daß das deutsche Volk bei dieser Probe, die auf die Innigkeit seiner nationalen Gesinnung gemacht wurde, bestehen werde. Wenn der große Realpolitiker hier vielleicht einmal Idealist war, wenn dieses Zutrauen ein trügerisches war, — wen trifft dann die größere Schuld, Bismarck oder das deutsche Volk?

In der Gegenwart bewährte sich sein Zutrauen, bewährten sich die politischen Berechnungen, die er in bezug auf das allgemeine Wahlrecht angestellt hatte, durchaus, und es bot sich

gerade in den Wochen des Jahres 1867, in denen die entscheidenden Beratungen über die neue Bundesverfassung stattfanden, Gelegenheit, den Wert einer wirklichen Vertretung des Nationalwillens zu ermessen.

Es handelte sich um das Schicksal Luxemburgs, das ja zum alten Bunde gehört hatte, das aber, weil in Personalunion mit dem Königreich Holland befindlich, in den neuen Bundesstaat nicht mit aufgenommen war. Von den Bundeszeiten her befand sich in der befestigten Hauptstadt des Landes noch eine preußische Besatzung. Das war eine Anomalität, die irgendeiner Regelung bedurfte, und daran knüpfte nun Napoleon an, um das Land durch Vereinbarung mit Holland für Frankreich zu erwerben, und damit womöglich auch die Einverleibung Belgiens vorzubereiten.

Es war dies die letzte Phase der Versuche, durch Annexionen, die auf dem Wege der Übereinkunft erstrebt wurden, dem französischen Volke eine „Revanche für Sadowa", d. h. eine Genugtuung seiner krankhaft gesteigerten Eitelkeit zu gewähren. Auch dieser Versuch scheiterte wie die früheren, und zwar behaupteten die Franzosen und behaupten es wohl teilweise noch, daß Bismarck bei dieser Sache nicht redlich verfahren sei. Napoleon erklärte gleich damals unter dem Eindrucke des Scheiterns des Planes Herrn von Sybel, der damals in Paris weilte, Herr von Bismarck habe ihn zu düpieren gesucht, ein Kaiser der Franzosen dürfe sich aber nicht düpieren lassen. Die Wahrheit ist, daß Bismarck in seinem diplomatischen Spiele den Franzosen an Feinheit überlegen war, daß die Gegner immer noch nicht gelernt hatten, sich seine Worte ganz genau anzusehen, und daß er allerdings sich nicht für berufen erachtete, ihrem mangelhaften Verständnis nachzuhelfen.

Er unterschied in der Luxemburger Sache sehr scharf zwischen eigentlich preußischen und deutschen Interessen, und stellte sich in den anfänglichen Besprechungen, die Ende 1866 stattfanden, durchaus auf den preußischen Standpunkt, von dem aus er damals auch allein das Recht hatte, amtliche Erklärungen abzugeben, da der Norddeutsche Bund noch nicht existierte. Er erkannte also Benedetti gegenüber, als dieser die Sache zur Sprache brachte, rückhaltlos an, daß Preußens Recht zur Besetzung Luxemburgs seit der Auflösung des Bundes hin-

fällig geworden sei, und meinte auch, ein Übergehen Luxemburgs an Frankreich sei mit den preußischen Interessen nicht völlig unvereinbar, er diskutierte sogar die Möglichkeit, dadurch einen dauerhaften Friedenszustand mit Frankreich herbeizuführen. Als erste Bedingung stellte er freilich die Forderung hin, daß Preußen von der ganzen Sache offiziell nichts wissen dürfe; einem fait accompli gegenüber glaubte er ein ruhiges Verhalten Preußens verbürgen zu können. Nun und nimmermehr aber durfte in irgendeiner Weise der Anschein erweckt werden, Preußen habe seine Hand dazu geboten, daß dieses Land an Frankreich tatsächlich ausgeliefert würde. Denn dieses Land war der Abstammung seiner Bevölkerung wie seiner Geschichte nach ein deutsches Land, und seine Einverleibung in Frankreich hätte also einen *nationalen* Verlust bedeutet. Der Schein der Beteiligung an der Herbeiführung dieses Verlustes hätte Preußens Verhältnis zu Deutschland schwer geschädigt. Luxemburg hätte in diesem Falle für Preußens deutschen Beruf das werden können, was 1850 Schleswig-Holstein gewesen war. — Wer Ohren hatte zu hören, für den hatte Bismarck genug gesagt: Greift zu, hatte er gesagt, aber laßt mich nichts davon wissen, und vor allem, macht schnell! Zu dieser Politik des dreisten Zugreifens fehlte nun aber in Paris der Mut. Das fait accompli wurde nicht geschaffen, es wurde hin und her verhandelt, die Nachrichten davon drangen in die Öffentlichkeit, und es begann in Deutschland eine nationale Erregung darüber laut zu werden. Dazu war nun im Frühjahr 1867, als die französische Diplomatie die Sache so weit gefördert zu haben glaubte, daß sie den König von Holland zu einem Abschluß drängte, die politische Lage sehr verändert. Der konstituierende Reichstag war in Berlin versammelt, um die Verfassung des Norddeutschen Bundes zu beraten, die Preußen die Führerschaft über den größeren Teil Deutschlands übertragen sollte. Der Leiter der preußischen Politik konnte nun die Luxemburger Angelegenheit nur noch vom nationalen Standpunkte aus behandeln, und Bismarck zog jetzt dieses Register, indem er zunächst die Schutz- und Trutzbündnisse mit den Südstaaten veröffentlichte und dann die Frage nach dem Schicksal Luxemburgs an die Instanz des deutschen Volkes verwies. Er ließ sich am 1. April durch Benningsen im Reichstage über die Luxemburger Angelegenheit

interpellieren. Die Lage war unterdessen äußerst kritisch geworden. Frankreich ließ in seinen Zeitungen eine sehr drohende Sprache reden. Es betrachtete die Abtretung des Luxemburger Landes eigentlich schon als geschehen. Es ließ bereits einen höheren Beamten in Luxemburg erscheinen, der die Verwaltung übernehmen sollte. Der leitende französische Minister sprach davon, daß Frankreich ohne Krieg nicht werde zurückweichen können, es war bereits von Rüstungen die Rede. In diesem Augenblicke entfesselte Bismarck die nationalen Leidenschaften. Er wollte damals den Krieg entschieden nicht, denn noch war bei uns alles zu unfertig. Er wollte den Frieden, aber eben deshalb ließ er durch die Veröffentlichung der Südstaatenverträge und durch die Reichstagsinterpellation die Heersäulen der gesamten nationalen Wehrkraft im Hintergrunde erscheinen, und er war sicher, daß diese Androhung genügen werde. Es war gewissermaßen eine Probemobilmachung des furor teutonicus, und Bismarck hatte Grund, mit dem Ergebnis zufrieden zu sein. Der nicht enden wollende begeisterte Jubel, der Benningsens tapferen Worten folgte, bewies, daß der Redner recht gehabt hatte, wenn er erklärte: „Wenn das Ausland uns stören will in unserem Verfassungswerke, so soll es auf eine geschlossene Nation stoßen, die keinen Zweifel darüber lassen wird, daß wie unter uns alle Parteien, so auch alle Teile des deutschen Volkes einig sind in dem Entschlusse, jede tatkräftige Politik der Regierungen gegen feindselige Versuche der Fremden auf jede Gefahr hin zu unterstützen." — Bismarck konnte zufriedenen Sinnes auf die heftig treibenden Wogen der nationalen Erregung blicken. Sie verhießen ihm rasche und glückliche Weiterfahrt. Tauchten doch zugleich schon die Umrisse des ersehnten Festlandes, die Umrisse des neuen Reiches, deutlich erkennbar aus den noch dunkeln Nebeln der Zukunft empor!

Und was Bismarck mit Genugtuung erfüllte, das erfüllte die Gegner mit Schrecken. Die Aussicht auf einen Nationalkrieg genügte, um den französischen Plan zum Scheitern zu bringen. Der Kaiser wollte einen so hohen Einsatz bei so unsicherem Gewinne nicht wagen und zog eine Verständigung vor, durch welche das streitige Land neutralisiert wurde. Sein und Frankreichs Unglück wurde es nun aber, daß er es nicht fertig brachte, Frankreichs Politik dem östlichen Nachbarvolke gegenüber zu ändern, das nichts anderes wollte, als in Ruhe seine Angelegen-

heiten selbst zu besorgen. Konnten die Franzosen ihrerseits nicht tun, was sie wollten, ohne daß von Berlin aus auch nur ein Wort verlautete? Aber das war es eben: eine solche Gegenfrage wäre den Franzosen von damals schon als eine Beleidigung erschienen, weil sie durch das Kaiserreich in den Wahn hineingeschmeichelt worden waren, die erste Nation Europas zu sein, nach deren Bedürfnissen und Launen sich alle anderen zu richten hätten. Dieser Wahn, der ja freilich den Franzosen schon etwas im Blute liegt, er wurde jetzt demjenigen zur Qual und zum Verhängnis, der ihn um seines eigenen Interesses willen gehegt und gepflegt hatte. Napoleon persönlich hätte gerne die Deutschen in Ruhe gelassen. Er war an und für sich friedliebend, und er war dazu ein schwer kranker und müder Mann, aber er wurde ein Sklave seines Systems. Das System des Kaiserreiches erheischte eben Erfolge, anders ließen sich die Franzosen die Vernichtung der inneren Freiheiten auf die Dauer nicht gefallen, und in den sechziger Jahren waren diese Erfolge so gut wie ganz ausgeblieben. Die Geschichte der französischen Politik in dieser Zeit ist eine Kette von Mißerfolgen. Erst die polnische Sache, dann die unglückliche mexikanische Unternehmung, dann erst die großen Verheißungen vor dem Kriege von 1866 und darauf Sadowa, dann die verschiedenen verunglückten Versuche, „Kompensationen" zu gewinnen, nach der Luxemburger Enttäuschung noch in demselben Jahre die Zurückweisung des Versuches Frankreichs, in Berlin in der Frage der Auslegung des Artikels 5 des Prager Friedens zu intervenieren, dann der Abschluß des Norddeutschen Bundes und endlich die Neugründung des Zollvereins. Dieses letztere Ereignis fiel mitten hinein in die Unterhandlungen über die Errichtung des Südbundes, von dem in dem Prager Frieden die Rede war und dessen Anerkennung für den Fall, daß er zustande kam, hier im voraus ausgesprochen war. In Frankreich hatte man große Hoffnungen auf diesen Südbund gesetzt und denselben in Gedanken schon als einen neuen Rheinbund begrüßt. Der Südbund kam aber gar nicht zustande, da der Gedanke an sich ein völlig widersinniger war, dafür aber nach ganz kurzen Ministerkonferenzen im Juli 1867 die Erneuerung des Zollvereins, und zwar unter sehr wesentlicher Veränderung seiner Verfassung. Bisher hatte ausnahmslos die Gleichberechtigung aller Teilnehmer gegolten, so daß für alle Entschlüsse Einstimmigkeit nötig gewesen war.

Damit sollte es nun aus sein. Alle Zollvereinssachen sollten durch Mehrheitsbeschlüsse festgesetzt werden und der Zustimmung einer Volksvertretung unterliegen, die durch den Norddeutschen Reichstag unter Hinzutritt süddeutscher Zollvereinsabgeordneter gebildet wurde. In Bayern und Württemberg wurde diese Forderung Preußens sehr peinlich empfunden, denn sie bedeutete unzweifelhaft einen weiteren Schritt zur Einheit, aber Bismarck erklärte einfach, daß der Zollverein entweder gar nicht oder mit dem Zollparlament zu haben sei, und so mußten sich die Süddeutschen fügen. Es blieb ihnen nichts anderes übrig. Sie konnten ohne den Anschluß an den Norden wirtschaftlich gar nicht existieren, und so konnte dieser neue Zollverein als ein Pfand dafür gelten, daß die Süddeutschen auch in politischer Beziehung bald erkennen würden, daß es etwas anderes als den Anschluß an den Norden nicht gebe. Natürlich hatte dieser neue Erfolg Bismarcks in Frankreich zur Wirkung, daß sich das mißgünstige Unbehagen und die Unzufriedenheit mit der Kaiserlichen Regierung, die das alles zuließ, steigerte.

Das Jahr 1868 brachte dann in Spanien die Vertreibung der Königin Isabella und die Erklärung der Republik, was in Frankreich auch wieder als eine Niederlage der französischen Politik aufgefaßt wurde, dann kam Anfang 1869 das Scheitern des französischen Versuches, einige der wichtigsten belgischen Bahnen zu kaufen und damit Belgien zunächst wirtschaftlich zu annektieren, während dasselbe Jahr in der Militärkonvention zwischen Baden und Preußen eine erste Überschreitung der Mainlinie durch Preußen brachte, kurz, von jenseits des Rheines hörte man in Paris nur immer sicheres und stetes Fortschreiten, während in der heimischen Politik regelmäßig erst verheißungsvolle Andeutungen erfolgten und dann beschämendes Zurückweichen, — das alles erzeugte in Frankreich eine Stimmung, die auf die Dauer dem Kaisertum tödlich werden mußte. Die Wahlen vom Mai 1869, die durchaus ungünstig für die Regierung ausfielen und im gesetzgebenden Körper eine liberale Mehrheit schufen, waren ein deutliches Menetekel. Napoleon mußte erkennen, daß es sich um seine Krone zu handeln anfing und um die Zukunft seines Sohnes. Die Frage der deutschen Einheit wuchs sich jetzt zu einer Daseinsfrage für die Napoleonische Dynastie aus. Die größere oder geringere Chance des Gelingens oder Nichtgelingens der Bismarckschen Pläne wurde

jetzt in Frankreich geradezu eine pierre de touche für die Geltung Frankreichs und damit für den Wert des kaiserlichen Regimentes überhaupt. Napoleons Aussichten konnten nur steigen, wenn diejenigen Preußens fielen. Um dies zu erreichen, gab es nach allem bisherigen Mißlingen nur noch ein Mittel, den Krieg. Wenn dieser Krieg im größten Maßstabe vorbereitet wurde, wenn außer der eigenen Kraft Frankreichs dabei zugleich alles aufgeboten werden konnte, was in natürlicher Gegnerschaft gegen das plötzlich groß gewordene Preußen und seine weiteren Entwürfe stand, dann schien der Erfolg nicht ausbleiben zu können. Als Bundesgenossin bot sich vor allem von selber die römische Kirche dar, auf die die Schlacht von Königgrätz eine gerade so alarmierende Wirkung hervorgerufen hatte, wie auf Frankreich. Wie wir wissen, war die Kirche schon lange in tiefsinnerlicher Umbildung begriffen und bereitete als Gegenschlag gegen die nationalistische Bewegung in Deutschland und Italien die Vollendung des jesuitischen Ideals der päpstlichen Allgewalt vor, — das große Ereignis war ein Signal zu verstärkter Anstrengung, um womöglich die Vollendung der Nationalstaaten doch noch zu verhindern, und auf dieser Basis des gemeinsamen Hasses ergab sich von selbst zwischen dem geistlichen Cäsar in Rom und dem weltlichen Cäsar an der Seine über die schon bestehende Interessengemeinschaft hinaus eine Kampfgenossenschaft, in die der Eintritt des besiegten Österreichs und der besiegten Süddeutschen, soweit sie ultramontan waren, sich von selbst verstand. Wenn man dazu noch die besiegten Dänen rechnete, die natürlich den Verlust Schleswig-Holsteins noch nicht verschmerzt hatten, wenn man den gestürzten König von Hannover hinzunahm, der die Anhänger seiner Dynastie jedem Versuche, sie wieder aufzurichten, zur Verfügung stellen zu können glaubte, so ergab sich eine Welt von Gegnern Preußens, die einer entschlossen vordringenden Diplomatie des kaiserlichen Frankreichs die größten Aussichten zu eröffnen schien. In der Tat sehen wir diese Diplomatie seit 1867 bei dem Versuche tätig, die Phalanx des Hasses in eine Phalanx von Soldaten umzuwandeln; allein bei diesem Versuche zeigten sich nun doch die größten Schwierigkeiten. Mut und Lust zu einer gemeinsamen Initiative zeigten sich nirgends in wirklich ausreichendem Maße, man fürchtete eben die möglichen Folgen eines französischen Sieges nicht weniger als die einer Nieder-

lage, und die schließlichen Vereinbarungen mit Österreich stellten zwar die Art und Weise einer Kooperation Österreichs ziemlich genau fest, behielten aber das Wichtigste, ob nämlich Österreich überhaupt in den Krieg eintreten werde, völlig der einseitigen Entschließung Österreichs vor. Noch weniger war zunächst bei dem Könige von Italien zu erreichen, den man in Paris gern als Vasallen betrachtete und deshalb jetzt auch in die kriegerischen Kombinationen hineinzog. Selbstverständlich konnte Viktor Emanuel, wenn er überhaupt einen Preis seiner Hilfe zu normieren hatte, nur Rom nennen, und Rom gerade konnte ihm Napoleon, der die Klerikalen als seine sichersten Verbündeten ansehen mußte, nicht bewilligen. Die Verhandlungen kamen hier über die gegenseitig ausgesprochene Bereitwilligkeit der Souveräne, sich vorkommendenfalls zu verständigen, nicht hinaus. Es kam dann eben hier wie überall darauf an, wie der Fall aussah: drang Frankreich mit verheerendem Ungestüm auf den Gegner ein und errang gleich im Anfang entscheidende Erfolge, dann konnte es gewiß auf einen Zuzug von allen Orten rechnen, der es dann vollends unwiderstehlich gemacht hätte, — diese ersten Erfolge mußten aber erst da sein, und deshalb kam alles auf die eigene militärische Überlegenheit Frankreichs an. Hier allein lag die Möglichkeit eines Erfolges, und daher hatte Napoleon auch seit 1867, d. h. seit dem Zeitpunkte, da er erkannt hatte, daß er im Einvernehmen mit Preußen die ersehnte Vergrößerung nicht erlangen werde, mit Eifer gerüstet; indessen, in dem Umfange, in dem sein Marschall Niel die Rüstungen geplant hatte, waren sie bei der Kammer nicht durchzusetzen gewesen: allerdings wurde das Heer mit dem Chassepotgewehr ausgestattet, einer Waffe, die der Zündnadel entschieden überlegen war, es wurden auch sonst einige bedeutsame Verbesserungen eingeführt, allein das Wichtigste, die Vermehrung der Kriegsstärke und die Einführung einer Art Landwehr, wurde durch die Kammer entweder ganz abgelehnt oder durch Abstriche völlig unwirksam gemacht, so daß Niel dem Kaiser die verfügbare Kriegsmacht nur auf 300000 Mann beziffern konnte und erklären mußte, er werde sich eher in Stücke reißen lassen, als dem Kaiser einen Krieg ohne Allianzen anraten. Diese Allianzen waren aber ohne einen vorausgegangenen Sieg nicht zu haben, und da umgekehrt der Sieg nicht ohne Allianzen möglich war, so blieb der Kaiser in dem

ewigen Zwiespalt zwischen Sorge und Furcht, Sorge, daß er durch die Schwierigkeiten der inneren Lage zu einem Kriege gedrängt werden könnte, und Furcht vor einem solchen Kriege, für den ihm die Mittel Frankreichs nicht ausreichend schienen. Während bei ihm selber daher in diesen Verhandlungen und Kriegsvorbereitungen die Lust zu einem Kriege immer mehr abnahm, nahm dieselbe bei seiner durchaus von klerikalen Einflüssen abhängigen Gemahlin und den führenden Kreisen des Kaiserreiches, die meistens zugleich frivol und chauvinistisch gesinnt waren, immer mehr zu. Dennoch sind es nicht unmittelbar die Männer des kaiserlichen Systems, die die Entscheidung im Juli 1870 herbeiführten. Die Kaiserliche Regierung hatte seit Ende 1869 formell auf den Absolutismus verzichtet und war eine konstitutionelle geworden, und die neuen Männer dieser neuen konstitutionellen Regierung sind es eigentlich, die für den Krieg die Verantwortung tragen. Der Kaiser tritt in dieser Zeit ganz zurück. Er greift erst ein, als seine Minister bereits sich so weit verstiegen haben, daß an ein Umkehren nicht mehr zu denken ist. So wie Napoleon vorher halb auf seine Macht verzichtet hatte zugunsten des Staatsministers Rouher, so läßt er jetzt das liberale Ministerium Ollivier machen. Es ist bereits ein Zustand der Auflösung. Ollivier hat allerdings das Programm Friede und Freiheit. Allein was bedeutet bei diesem ehrgeizigen Streber, diesem Renegaten des Radikalismus, überhaupt das Wort Programm; er wiegt sich nur im Besitz der Macht, in deren Besitz er soeben erst gekommen ist, deren Besitz er rechtfertigen will, er will sich und seine Partei vor allem darin erhalten, er will sich nur als der große Mann dartun, und er wird ganz gewiß im Momente der Gefahr als Parteimann, als eitler Franzose, aber ganz gewiß nicht als Staatsmann handeln. Und dieser Mann stellt nach dem Rücktritt Darus, dieses ruhigen, erfahrenen, ernsten Politikers, an die Spitze des auswärtigen Amtes den Herzog von Gramont, einen ganz und gar unfähigen Menschen, einen Mann, der nur vielleicht noch eitler war als er unfähig war, und warum tut er das? Es ist ganz deutlich, daß entscheidend nur sein konnte der Preußenhaß Gramonts und sein Klerikalismus. Der Klerikalismus! Denn Ollivier ist durchaus der Kirche ergeben, ist ein Verehrer des Papstes, ist begeistert für die Idee der Infallibilität und ist glücklich in dem Gedanken, das

Konzil in Rom unter den französischen Schutz zu nehmen. Bei dieser Richtung Olliviers wird die Vermutung rege, daß der Kaiser den Liberalismus Olliviers vielleicht hauptsächlich um seines Klerikalismus willen goutiert habe, und daß er diesen Mann an die Spitze des Staates berief, weil er damit der politischen Opposition und zugleich dem Drängen der Klerikalen genugtat. Das nächstliegende Ziel der klerikalen Strömung war dabei nur die Beseitigung des möglichen Widerstandes, den das Konzil etwa bei der französischen Regierung finden konnte, das letzte Ziel war aber die Vernichtung der Ergebnisse des Jahres 1866 und der daraus erfließenden Möglichkeit einer Zusammenfassung ganz Deutschlands unter protestantischer Führung.

Zu diesem Zwecke sollte eben mobil gemacht werden, was irgendwie an politischen Gegnerschaften gegen den Norddeutschen Bund aufzubringen war, und war dem französischen Kaisertum die Führerrolle zugewiesen. In welchem Umfange der Klerikalismus es gewesen ist, der die mitteleuropäische Welt nicht zur Ruhe kommen ließ und einem Kriege immer näher trieb, wird erst eine zukünftige Geschichtsschreibung ins volle Licht stellen können. Spuren davon finden wir auch jetzt schon genug. In den Aufzeichnungen des Generals von Stosch wird aus dem Jahre 1868 die Bemerkung des Prinzen Jérôme wiedergegeben, „zum Kriege dränge vor allem die katholische Kirche, die deutscherseits vom Erzbischof Melchers von Köln und dem Bischof Martin von Paderborn geführt werde". An anderer Stelle heißt es: „Die gut katholische Kaiserin Eugenie hetzt gegen das protestantische Deutschland und wird dabei von einer sehr starken, mächtigen Partei unterstützt. Noch sträubt sich Napoleon und es ist nicht vorauszusagen, wann es zum Klappen kommen wird." Ferner, am 5. Juli 1868: „Ich möchte nur bemerken, daß nach den neuesten Nachrichten die klerikale Partei in Frankreich schon jetzt tätig für Neuwahlen ist; sie hofft, bei der großen Schwierigkeit, die die Regierung findet, ihre Kandidaten durchzubringen, die Klerikalen als solche einzuschieben und das Heft in die Hand zu bekommen. Nach Ansicht des Prinzen Napoleon provoziert nur die katholische Kirche den Krieg, weil sie sich bewußt ist, daß nur aus der Niederwerfung Preußens Roms Macht neu erblühen kann. Da liegt die Kriegsgefahr." Natürlich waren diese Treibereien überall

in gleichem Umfange im Gange, namentlich in Österreich und Bayern, die in einem Kriege Frankreichs gegen Preußen als mögliche Verbündete in Betracht kamen. Die Lage schien sich für diese Pläne in den Jahren 1868 bis 1870 entschieden günstiger zu gestalten. Österreich hatte sich von den Schlägen des Jahres 1866 erholt, Frankreich war kriegsbereit, wenn auch bei weitem nicht in dem Umfange, wie seine führenden Männer glaubten, und in Bayern hatten die Ultramontanen zusammen mit den Demokraten in der Verdrängung des bundesfreundlich gesinnten Hohenlohe einen nicht unerheblichen Sieg davon getragen. Dazu wurde in München wie in Stuttgart von diesen Parteien entschieden die Behauptung aufrechterhalten, daß der Allianzvertrag von 1866 nicht unbedingt verpflichte, daß vielmehr die Hilfeleistung regelmäßig davon abhängig gemacht werden müßte, ob der casus foederis zutreffe, d. h., ob der Ursprung des Krieges von Preußen oder dem Norddeutschen Bunde nicht etwa derart frivol herbeigeführt sei, daß eine Verpflichtung zur Hilfe nicht bestehen könne. Wenn man nun daran denkt, daß die französische Diplomatie gerade eben auch diesen Punkt ins Auge gefaßt hatte und darauf ausging, einen Kriegsvorwand zu finden, der Preußen ganz allein anzugehen schien, wenn sie 1870 darauf ausging, den Schein zu erwecken, als ob es sich nur um eine Abwehr preußischen, rein dynastischen Ehrgeizes handle, so erkennt man deutlich, wie sehr in dem Treiben der süddeutschen Ultramontanen und der französischen führenden Männer alles zusammenhing, wie gut man sich untereinander verstand, und wie sicher man meinte, aufeinander rechnen zu können. Die französische Politik ist ohne Berücksichtigung dieser Zusammenhänge überhaupt nicht zu erfassen.

So kam denn alles, was feindlich gesinnt war gegen eine starke, militärisch organisierte Monarchie, alles, was aus dem bequemen partikularistischen Schlendrian nicht herauswollte und sich vor den energischen Anforderungen des modernen Staates scheute, alles, was feindlich gesinnt war gegen einen starken weltlichen Staat überhaupt, — es kam das Herrschbedürfnis der römischen Weltmacht, der vor einem ketzerischen Deutschland graute, die Verlegenheiten des unglücklichen kranken Mannes an der Seine und die Herrschinstinkte und die Herrschgewohnheiten der gallischen Nation zusammen, um jene gewitterschwangere

Atmosphäre zu erzeugen, aus der im Juli 1870 der zündende Strahl herniederfuhr.

Alles drängte von selber darauf hin. Von einer eigentlichen „Kriegsverschwörung" Napoleons, von einem „Geheimnis" seiner Politik kann bei dieser Auffassung der Dinge keine Rede sein. Der Krieg kam, nicht weil er von Napoleon geplant war, sondern, obwohl er von ihm durchaus aufgegeben war als ein Mittel seine Herrschaft zu stärken, da er in der Anlehnung an den Liberalismus und Klerikalismus und dann im Mai in dem Plebiszite bessere Mittel gefunden zu haben glaubte; aber eben in diesem französischen Liberalismus und Klerikalismus und dann in den gespannten Verhältnissen selber lag die Kriegsgefahr, sie lag in letzter Ursache in dem stets zunehmenden Mißbehagen des französischen Volkes über die Erstarkung der deutschen Nation, in dem allmählich immer stärker werdenden Aufgären der elementaren Leidenschaften der keltischen Rasse. Diese französische Nation, sie lag gewissermaßen zum Sprunge bereit, mit gespannten Nerven und Muskeln, äußerlich ruhig, aber innerlich um so erregter, scheinbar harmlos, im Inneren kochend vor Ungeduld. Niemals war so brünstig versichert worden, daß der Frieden gesichert sei, — galt es doch, die Beunruhigung, welche in der wirtschaftlichen Welt anhielt und sich nicht legen wollte, zu beschwören und vor allem für den Fall einer kriegerischen Verwickelung von vornherein dem Gegner das Odium der Friedensstörung zuzuweisen, — niemals hatten die Auguren den politischen Horizont für reiner erklärt, niemals war ein Kriegssturm rascher hereingebrochen.

Daß bei einer Lage, in der die Entscheidung darüber unmittelbar bevorstand, ob der Zustand Europas, auf dem seit Jahrhunderten ein Übergewicht Frankreichs, zeitweise sogar eine Herrschaft Frankreichs beruht hatte, eine totale Umlagerung erfahren sollte, — daß bei dieser Lage eine leise Erschütterung genügte, um die furchtbarste Explosion zu erzeugen, das ist an sich klar und es gibt in der Tat kaum einen Krieg, der so sehr wie der Krieg vom Jahre 1870 als ein elementares Ereignis zu bezeichnen ist. Trotzdem hält sich die Behauptung, daß er im Grunde das Werk einer Intrige Bismarcks gewesen sei: die Franzosen behaupten, daß die hohenzollernsche Thronkandidatur eine Falle gewesen sei, die Bismarck in diabolischer Absicht Napoleon gestellt habe, und in die dann der Kaiser auch wirklich

töricht genug gewesen sei, hineinzugehen. Lothar Bucher, der Vertraute Bismarcks, braucht nach den Aufzeichnungen Buschs gerade diesen Ausdruck von der Hohenzollernkandidatur. Es ist auch erwiesen, daß Bismarck sich mindestens seit dem Februar 1870 lebhaft für die Sache interessierte, daß hauptsächlich auf sein Betreiben hin die Spanier auf das Anerbieten, obwohl es mehrmals abgewiesen war, zurückkamen, und daß schließlich der Erbprinz Leopold auf sein Anraten hin die Krone annahm. Die Gründe, die ihn dazu bestimmten, setzt er in seinen Gedanken und Erinnerungen auseinander. Sie sind ausführlicher bei Keudell wiedergegeben.[1]) Sie sind an sich völlig einleuchtend, allein sie sagen nicht alles, denn allerdings war bei Bismarcks Eintreten für die spanische Thronkandidatur noch ein Hintergedanke geltend, der freilich in der Denkschrift, die für den König bestimmt war, nicht zum Ausdruck kommen konnte. Dieser Hintergedanke ist in den Gedanken und Erinnerungen[2]) in den Worten angedeutet: „Ein uns befreundetes Element in der spanischen Regierung wäre ein Vorteil gewesen, den a limine abzuweisen in den Aufgaben der deutschen Politik kein Grund vorhanden war, es sei denn, daß man die Besorgnis, Frankreich könne unzufrieden werden, als einen solchen gelten lassen wollte." Hier haben wir wohl den eigentlichen Schlüssel zu Bismarcks Verhalten. Wie lag denn der Fall? Die spanische Sache war ihm ohne sein Zutun in den Weg geworfen. Sie bot unzweifelhaft gewisse Vorteile. Es war allerdings möglich, wenn auch nicht notwendig, daß Frankreich sich über das Erscheinen eines deutschen Prinzen in Spanien erregen werde, war das denn aber ein ausgiebiger Grund, um darauf zu verzichten? Sollten Frankreichs Launen und Empfindlichkeiten dauernd Europa Gesetze geben? Hatte man bei der Konstituierung von Deutschlands Einheit davon nicht gerade genug bekommen? Um Frankreichs Empfindlichkeit zu schonen, hatte Bismarck auf die Einbeziehung der Süddeutschen in den neuen Bund verzichtet, er hatte es getan, weil er damals einen Krieg vermeiden wollte, er hatte dann in der Folgezeit die kapriziöse Politik Frankreichs noch oft genug zu spüren gehabt; wenn wir es wagen wollen, in der Seele Bismarcks zu lesen, so wird er sich gesagt haben: „Nun ist es mit der steten Rücksichtnahme auf Frankreichs Selbstgefühl genug;

1) Erinnerungen 1901, S. 430ff. 2) II, 80.

es kommt schließlich einer freiwilligen Minderung unserer Würde und Bedeutung nahe, wenn wir uns dauernd durch die Sorge um das Stirnrunzeln der Politiker an der Seine bestimmen lassen. Treiben wir tapfere Politik, wie wir es stets getan haben. Komme dann, was kommen mag; wir sind gerüstet." — Daß unmittelbar durch die spanische Frage ein Krieg mit Frankreich ausbrechen würde, das nahm wohl auch Bismarck nicht an, aber es war möglich, daß durch sie Verwickelungen herbeigeführt wurden, die dann in weiterer Folge zum Zusammenstoße führen konnten. Diese Möglichkeit erschreckte ihn jedenfalls *nicht*. Im Gegenteil: wenn Krieg sein *mußte*, so war es ihm gewiß recht, denn es war das eben doch das beste Mittel der *Einigung*, war doch die Idee der Einheit Deutschlands recht eigentlich im Gegensatze gegen Frankreich erwacht. Man wird gewiß nicht sagen dürfen, daß Bismarck den Krieg *gewollt* habe, aber *gefürchtet* hat er ihn auch nicht. Es war aber an sich viel wahrscheinlicher, daß die spanische Angelegenheit zunächst wenigstens eine *andere* Folge hatte. Als Wegweiser kann uns hier eine Äußerung Bismarcks dienen, die er am 29. Juli 1870 in einem Rundschreiben tat. Er sagte da: „Ich durfte nicht ohne die Möglichkeit rechnen, daß in Frankreichs Verfassung und Politik Veränderungen eintreten könnten, welche beide große Nachbarvölker über die Notwendigkeit eines großen Krieges hinweggeführt hätten." — Und da war nun die spanische Angelegenheit insofern allerdings sehr geeignet, als, wenn der deutsche Prinz wirklich die spanische Krone erlangte, voraussichtlich der französischen Regierung daraus eine *Verlegenheit* erwuchs, denn sie hatte nicht das entfernteste legitime Recht, den Spaniern es zu verwehren, sich als König zu nehmen, wen sie wollten. Wallte nun der französische Chauvinismus, wie vorauszusehen war, auf, so wurde die französische Regierung vielleicht, um den Volksleidenschaften genugzutun, zu unüberlegten Schritten gegen Spanien getrieben — daß die Schritte sich gleich gegen den König von Preußen richten würden, das konnte Bismarck schwerlich ahnen —, aus diesen unüberlegten Schritten erwuchsen dann Frankreich vielleicht Spanien gegenüber Schwierigkeiten oder gar Verwickelungen, und da war denn endlich noch als letzte in der Reihe der Möglichkeiten der Sturz Napoleons. Derselbe brauchte bei der Brüchigkeit des ganzen Zustandes —

namentlich vor dem Maiplebiszit — durchaus nicht bei einer politischen Wahrscheinlichkeitsrechnung außer acht zu bleiben, und gerade die hohenzollernsche Kandidatur hatte eine Seite, die möglicherweise dann Kaiser Napoleon persönlich sehr verderblich werden konnte — diese Kandidatur hatte gewissermaßen einen doppelten Boden —, es war das der Umstand, daß Leopold von Hohenzollern mütterlicherseits mit dem Hause Bonaparte verwandt war. Bismarck hat öfters darauf hingewiesen, daß er geglaubt habe, gerade wegen dieser Verwandtschaft werde die Kandidatur des Erbprinzen *dem Kaiser* besonders angenehm sein. Bismarck hat auch hier wieder nur die Hälfte seiner Gedanken gesagt, denn für ihn war jedenfalls ausgemacht, daß der Erbprinz *den Franzosen* als Deutscher unerträglich sein würde. Wenn also die nationalen Leidenschaften bereits in Wallung waren und die Franzosen erfuhren, daß der Prinz ein Verwandter des Hauses Bonaparte sei, dann konnte Napoleon in den Verdacht geraten, *um dynastischer Erwägungen willen unfranzösische Politik* getrieben zu haben, und dieser Verdacht konnte ihm, so wie die Dinge damals lagen, sehr verhängnisvoll werden. Wenn aber die Herrschaft Napoleons beseitigt wurde, dann war in der Tat *eine* Ursache wenigstens eines deutsch-französischen Krieges beseitigt, denn, wie wir wissen, kam die Kriegsgefahr zunächst aus dem immer unabweisbarer werdenden Bedürfnis Napoleons nach einem eklatanten Erfolge.

Ob Bismarck alle diese Möglichkeiten wirklich im Auge gehabt hat, wird wohl immer ungewiß bleiben, gewiß ist wohl, daß er an die Thronkandidatur Leopolds nicht *nur* diejenigen Hoffnungen knüpfte, die er dem Könige gegenüber hervorhob. Ganz verkehrt ist aber, von einer Intrige Bismarcks zu sprechen, denn was er tat, bestand nur darin, daß er eine mögliche Schwierigkeit, die sich für Frankreich auf seinem Wege vorfand, *nicht beiseite räumte*, und *dazu* war er gewiß durch nichts verpflichtet.

Daß diese spanische Angelegenheit *unmittelbar* eine Verwickelung zwischen Preußen und Frankreich herbeiführen werde, das war, wie schon erwähnt, das Unwahrscheinlichste, denn rein staatsrechtlich bot dieselbe keine Handhabe dazu; Frankreich konnte in dieser Sache an Preußen nur heran, wenn es sich in unerhörter Rücksichtslosigkeit über diese staatsrechtlichen

Schwierigkeiten hinwegsetzte und sich damit geradezu als händelsuchend darstellte. Die Position Preußens war also eine unvergleichlich günstige, sie wurde nur ungünstig dadurch, daß König Wilhelm in seiner Friedensliebe und in der bei Fürsten nun einmal so oft vorhandenen Neigung, sich der ministeriellen Beeinflussung zu entziehen, es nicht ablehnte, Benedetti zu empfangen, und ihn nicht nach Berlin wies. Dadurch erlangte Frankreich den Schein eines diplomatischen Triumphes, denn die Verzichtleistung des Erbprinzen mußte in der Tat als das Ergebnis des bei König Wilhelm ausgeübten Druckes erscheinen und schloß insofern eine schwere Demütigung nicht nur, sondern auch eine Schädigung Preußens ein, denn Preußen mußte dadurch in den Verdacht kommen, als ob es nicht imstande sei, die deutsche Ehre dem Auslande gegenüber zu wahren. Bismarck war mit Recht so aufgebracht über dieses völlige Verfahren der Angelegenheit, daß er entschlossen war, seine Entlassung zu nehmen. Dies alles wurde abgewendet durch die zweite Forderung Gramonts und durch die scharfe Zurückweisung, die diese zweite Forderung auch wieder nicht durch den König, sondern durch die Depesche vom 13. Juli fand, die Bismarck auf Grund des Abekenschen Berichtes aus Ems verfaßte. Durch diese Depesche, die man törichterweise oder vielmehr böswilligerweise als Fälschung der Emser Depesche bezeichnet hat, rückte Bismarck die bisher schon zu ungunsten Preußens verschobene Lage wieder zurecht. Die Depesche erwähnte nicht, daß der König die neue Forderung Benedettis diskutiert habe, sie ließ das persönliche Moment und die Nebenumstände völlig verschwinden und ließ den König so handeln, wie Bismarck und mit ihm die Nation wünschten oder wünschen mußten, daß er gehandelt hätte. Sie teilte der Welt mit, daß über so frivole Anzapfungen die Vormacht des Norddeutschen Bundes überhaupt nicht verhandle, daß sie dafür nur eine scharfe und schneidige Abweisung habe, und sie bereitete damit dem schwer verletzten Nationalgefühl die ersehnte Genugtuung. Mit Schmerz hatten die Deutschen das Jubelgeschrei der Pariser Zeitungen vernehmen und die empörende Phrase lesen müssen: La Prusse cane! — jetzt war den Franzosen die Beschämung, die sie Preußen zugedacht hatten, selber zuteil geworden, und sie mochten sehen, wie sie sich damit abfanden. Wenn das morsche Kaisertum diesen

Stoß nicht mehr verwinden konnte und es nun Krieg gab, nun, dann war der Norddeutsche Bund, dessen Regierung nur eine unverschämte Forderung gebührend abgefertigt hatte, gewiß nicht daran schuld. Der bedauernswerteste Mann war bei dieser ganzen Entwickelung nur Napoleon selber, der die Ereignisse nicht geschaffen hatte, sondern erlitt, und der nun in düsterer Resignation auf die Mensur treten mußte. Er hatte den Kampf nicht gewollt, und niemand wußte besser als er, daß die eigene Waffe versagen würde.

Fünftes Kapitel.

Der Sieg der deutschen Idee.

Nun wirf hinweg den Witwenschleier,
Nun gürte dich zur Hochzeitsfeier,
O Deutschland, hohe Siegerin!
Die du mit Klagen und Entsagen
Durch vierundsechzig Jahr getragen,
Die Zeit der Trauer ist dahin!

Emanuel Geibel.

Von den Ereignissen, die mit dem Jahre 1870 anheben, kann das Wort gelten, das Schiller von den Ereignissen der eigenen Zeit brauchte, daß „sich die Wirklichkeit zur Dichtung steigere". Sie sind von einer solchen Größe, es bilden sich so gewaltige Spannungen, es treten solche Glücksumschwünge, erschütternde Katastrophen, befreiende Lösungen ein, das Ganze rollt mit einer so elementaren Wucht ab, reißt uns unwiderstehlich zu so leidenschaftlicher Teilnahme mit fort, daß wir bald eine Tragödie, bald ein Heldenepos zu vernehmen glauben.

Auf der einen Seite die Götterdämmerung des französischen Imperialismus, der Untergang einer Welt von Lüge, Leichtfertigkeit und Hochmut, auf der anderen die herrliche Offenbarung der Tugenden der deutschen Art, von allen Schlacken geläutert im lodernden Feuer der Begeisterung, und die herrliche Offenbarung der geeinten deutschen Kraft.

Es war schon lange ein Ahnen durch die Welt gegangen von dem, was Deutschland sein würde, wenn es einmal sich auf sich selbst besänne, nun aber, da der Riese Deutschland wirklich sich erhob, die mächtigen Glieder reckte und die eiserne Keule schwang, da ging ein unwillkürliches Grauen durch alle in der Runde, die es schauten — aber es ging auch durch alle Gemüter eine Erhebung beim Anblicke des Unerhörten, das nun geschah.

Unerhört in der Tat war alles, vom Anfange bis zu Ende in diesem Kriege. Unerhört die Einmütigkeit des Ent-

schlusses, der durch alle deutschen Gaue flog, und der alle Berechnungen, die auf die übliche Zwietracht gestellt waren, elend zunichte machte, unerhört war die Raschheit des Aufmarsches an der Grenze, die Energie des ersten Angriffes, das todesmutige Ringen auf den Feldern um Metz, das atemlose Weiterschreiten, das große Gelingen von Sedan, die Gefangennehmung des gestürzten Imperators, und dann endlich die Einschließung der Millionenstadt, der größten Festung der Welt, und das Ausharren den harten Winter hindurch, allen heroischen Anstrengungen der Gegner zum Trotz, bis zum endlichen glorreichen Siege. Unerhört war das alles, alles Große, was gesammelte Menschenkraft und menschliches Genie bis dahin im Kriege vollbracht hatte, weit übertreffend.

Deutschland hatte sich in seinem Riesenzorn vorgenommen, nun ein Ende zu machen, sich nun endlich die Freiheit der Entschließung zu erkämpfen, sich Ruhe zu schaffen für lange Zeit. Und so ließ es denn nicht ab, bis nicht nur das Kaisertum, bis auch das französische Volk selber am Boden lag. In den Tagen der Freiheitskriege hatte man unterschieden: man hatte nur Napoleon vernichten wollen, man hatte die Meinung aufgestellt, daß er allein die Schuld getragen habe an dem langen Kriegselend, das über die Welt gekommen war, jetzt wußte man es besser. Wenn jetzt wieder ein Napoleon, äußerlich betrachtet, schuld am Kriege war, so war die Wahrheit die, daß doch eben die Franzosen schuld an Napoleon waren, d. h. daß ihr nimmer ruhender nationaler Ehrgeiz das System des Napoleonismus überhaupt erst möglich gemacht hatte, und man mußte sich reale Sicherheiten dafür holen, daß die Zeit der ewigen Kriegsbedrohung ein Ende nehme. Daher mußte Deutschland die Grenzprovinzen haben, die mit den Festungen Straßburg und Metz wie ein Keil tief in das deutsche Land hineinragten, eine bequeme Ausfallspforte bietend, von der aus jederzeit ein Handstreich gegen Süddeutschland möglich war. Diese Gedanken sprach Bismarck in zwei Erlassen aus Rheims vom 13. und 16. September aus: „Eine solche Anstrengung wie die heutige darf der deutschen Nation nicht dauernd von neuem angesonnen werden; und wir sind daher gezwungen, materielle Bürgschaften für die Sicherheit Deutschlands gegen Frankreichs künftige Angriffe zu erstreben, Bürgschaften zugleich für den europäischen Frieden, der von Deutschland eine Störung nicht

zu befürchten hat. Diese Bürgschaften haben wir nicht von einer vorübergehenden Regierung Frankreichs, sondern von der französischen Nation zu fordern, welche gezeigt hat, daß sie jeder Herrschaft in den Krieg gegen uns zu folgen bereit ist, wie die Reihe der seit Jahrhunderten von Frankreich gegen Deutschland geführten Angriffskriege unwiderruflich dartut ... Wir sind in mehr als zwanzig Kriegen niemals Angreifer gegen Frankreich gewesen, und wir haben von letzterem nichts weiter zu begehren als unsere von ihm so oft gefährdete Sicherheit im eigenen Lande."

Damit war das Ziel des Kampfes klar verkündet. Es fiel zusammen mit dem, was die Stimme des Volkes gleich nach den ersten Siegen mit unwiderstehlicher Heftigkeit als Preis der Siege gefordert hatte, nur daß das Volk seine Beweggründe dabei ausschließlich aus der Vergangenheit nahm, während Bismarck vor allem an die Zukunft dachte. Das Volk, das zunächst nur an Straßburg und das Elsaß dachte, betrachtete diese Erwerbung nur unter dem Gesichtspunkte der Wiedererwerbung eines ihm zu Unrecht entfremdeten Gutes. Die historischen Erinnerungen hatten mit dem Ausbruche des Krieges begonnen, wieder eine Macht zu werden. Der jähe Überfall, den Frankreich im Sinne gehabt hatte, und dann der Schauplatz der ersten Kämpfe, sie gemahnten an jene Zeiten der deutschen Zerrissenheit, da der eroberungssüchtige Nachbar im Westen mitten im Frieden ganze Stücke des Reiches ungestraft hatte losreißen können, und Vergangenheit und Gegenwart rückten jetzt über die Jahrhunderte hinweg zusammen. Der Zorn über den schnöden Raub Straßburgs im Jahre 1681 erneute sich, das französische Straßburg erschien als ein Denkmal von Deutschlands Schande, seine Zurücknahme als eine Ehrenschuld, die dem deutschen Volke auf dem Gewissen brannte. Schon lange hatten die Verkünder der deutschen Zukunftshoffnungen, die Propheten des neuen Reiches, auf den Straßburger Münster hingewiesen, der wieder deutsch werden müsse, jetzt schien die Zeit erfüllt; was die Dichter erträumt hatten, das sollte jetzt zur Wahrheit werden.

Bismarck war für diese sentimentale Seite der Sache unzugänglich, wenigstens in seiner Eigenschaft als verantwortlicher Staatsmann, aber er verschmähte es nicht, in den persönlichen Verhandlungen gelegentlich diese Note anklingen zu lassen. In

Ferrières, wo er am 19. September eine Unterredung mit Jules Favre hatte, dem auswärtigen Minister der neuen republikanischen Regierung, die sich nach dem Sturze des Kaisertums am 6. September gebildet hatte, bezeichnete er Straßburg dem französischen Unterhändler gegenüber als „den Schlüssel zu unserem Hause" und er schloß seine Auseinandersetzungen mit den Worten: „Wir werden das Unsrige zurücknehmen".

Die Unterredung von Ferrières blieb erfolglos. Jules Favre hatte bereits am 6. September in einem Rundschreiben erklärt: „Wir werden nicht einen Zollbreit unseres Nationalgebietes, nicht einen Stein unserer Festungen abgeben", er fand natürlich die Forderungen Bismarcks unannehmbar, und die Regierung der nationalen Verteidigung lehnte sie ab. Sie glaubte durch die Beschwörung der Geister von 1793 den Sieger vom Boden Frankreichs wieder vertreiben zu können. Allein alle Opfer, die die Diktatur Gambettas den Franzosen zumutete, waren umsonst. Sie verlängerten den Krieg nur um vier lange und blutige Monate. Am 23. Januar 1871 stand Favre in Versailles wiederum vor Bismarck: Straßburg, Metz hatten seitdem kapituliert und Paris, seit vier Wochen bombardiert, war mit seiner Widerstandskraft zu Ende. Favre bot die Kapitulation von Paris gegen einen Waffenstillstand an, währenddessen eine Nationalversammlung gewählt werden sollte, und am 26. Februar wurden dann die Präliminarien unterzeichnet, die das Zugeständnis der Abtretung von Elsaß-Lothringen und der Zahlung von fünf Milliarden als Grundlage des Friedens enthielten.

Das Verdienst an diesem gewaltigen Erfolge gebührte zunächst natürlich den Leistungen des Heeres und seiner genialen Führer, welche die herrlichen Siege erfochten hatten, allein das war doch auch wiederum das Ergebnis der weitausschauenden Staatskunst Bismarcks, daß diesmal von keiner der europäischen Mächte der Versuch gemacht wurde, Deutschland in der Ausnutzung dieser herrlichen Siege zu hindern. Deutschland erhielt so einen Frieden, der ein wirklicher Frieden war, weil er Verhältnisse schuf, welche Dauer versprachen. Mit Straßburg und Metz ward Frankreich der furchtbare Angriffssporn entrissen, der Frankreich selber immerfort in dem Wahne bestärkt hatte, daß eigentlich der Rhein seine natürliche Grenze sei und der zugleich Süddeutschland dauernd unter der Gefahr einer Invasion gehalten hatte. Die Süddeutschen konnten gar nicht nationale Politik

treiben, so lange sie beständig auf das Stirnrunzeln der Machthaber in Paris blicken mußten. Jetzt erst, nachdem dies erreicht war, nachdem durch gemeinsame Anstrengungen dieser breite Grenzschutzwall im Westen erworben war, jetzt erst konnten die Süddeutschen unbesorgt den Anschluß an den Norden vollziehen, ja jetzt mußten sie es, galt es doch, nun das Mitbestimmungsrecht zu erwerben bei der Bestimmung über die weitere politische Gestaltung der neu gewonnenen Westmark.

So fügte es sich aus diesen wie aus hundert anderen Gründen von selber, daß nun auch das große Werk der deutschen Einheit zur Vollendung gedieh. Aus der Kriegs- und Sieggemeinschaft wuchs es mit innerer Notwendigkeit von selber hervor. Die Form der neuen auch politischen Lebensgemeinschaft war in der Verfassung des Norddeutschen Bundes schon gegeben, es handelte sich jetzt nur um die Modalitäten des Eintrittes. Die süddeutschen Königreiche, insbesondere Bayern, verlangten ein größeres Maß von Selbständigkeit, als den Einzelstaaten des Norddeutschen Bundes gelassen war, Bayern widerstrebte sogar dem gemeinsamen Heeresbefehl, der König von Bayern wollte sein militärisches Imperium im Frieden wenigstens nicht missen. Die Verhandlungen darüber waren schwierig, und es dauerte lange, bis eine Einigung erzielt war. Die Einigung kam schließlich zustande, weil Bismarck auch hier wieder sich zu mäßigen und weil er das Wesentliche von dem Unwesentlichen zu scheiden verstand. Den Feinden hatte er unbeugsame Härte gezeigt, den Freunden zeigte er Nachgiebigkeit und gewinnende Liebenswürdigkeit. Beides war am rechten Platze. Was er bei den Franzosen jetzt nicht erlangte, das erlangte er niemals; den Süddeutschen gegenüber konnte er getrost darauf vertrauen, daß die Zeit etwa noch vorhandene innere Vorbehalte mildern werde. Und die politische Situation der süddeutschen Könige war denn doch auch eine andere, als die etwa des Königs von Sachsen 1866 gewesen war. Der König von Sachsen war ein mit den Waffen Besiegter, die süddeutschen Könige waren Waffenbrüder, ihre Truppen hatten den vollsten Anteil an den errungenen Siegen, ihr Hinzutritt zum Norddeutschen Bunde war ein Akt freiester Entschließung, und man mußte ihnen den Hinzutritt zu dem schon geeinten Deutschland so leicht als möglich machen, damit sie in der neuen Gemeinschaft dann auch gerne waren. Demgemäß verfuhr also Bismarck. Er hütete auf das sorgfältigste

den föderativen Charakter des neuen Bundesstaates. Preußen behielt im Bundesrate seine 17 Stimmen, obwohl nun die Gesamtzahl der Stimmen durch den Hinzutritt von Bayern mit 6, Württemberg mit 4 und Baden und Hessen mit je 3 auf 58 stieg. Träger der Souveränität des neuen Staates sollte die Gesamtheit der Fürsten sein, er schuf im Bundesrate also eine Kollektivsouveränität[1]) und dachte nicht daran, eine Reichssouveränität zu schaffen, die der Krone Preußens als solcher zugestanden hätte. Er trat für die meisten der von Bayern und Württemberg geforderten Reservatrechte ein, eingeschlossen auch den bayrischen Raupenhelm, in dem der bayrische Partikularismus gewissermaßen das Symbol seiner relativen Unabhängigkeit verehrte und also auch zunächst bewahrte. Er erreichte dadurch, daß etwas zustande kam, und daß die Süddeutschen zufrieden waren. Ein neuerer Urteiler sagt: „Bismarck hat durch die Verfassung des Deutschen Reiches die deutsche, nationale Einigkeit fest begründet, aber die organische Einheit Deutschlands in wesentlichen Stücken preisgegeben und somit die große, eigentlich staatsmännische Aufgabe der Epoche des Norddeutschen Bundes ungelöst gelassen!" Man kann in der Tat nicht ungerechter urteilen. In Wirklichkeit offenbart sich Bismarcks überragende staatsmännische Größe nirgends deutlicher als gerade in diesem Werke der Gründung des Deutschen Reiches, denn er traf damit genau dasjenige Maß von Einheit, welches nach Geschichte und Charakter des deutschen Volkes allein möglich war. Die Deutschen wollen eben der übergroßen Mehrzahl nach nicht die mechanische Einheit. Sie hängen mit unzerstörbarer Liebe an den Gewohnheiten ihrer engeren Heimat und an ihren Dynastien. Sie traten in Gegensatz gegen ihre Fürsten nur dann, wenn die Fürsten allzuheftig den Bestrebungen der Deutschen, eine Nation auch in staatlichem Sinne zu werden, entgegentraten; da konnte es zu Zeiten scheinen, als ob der Weg zur Einheit nur über gebrochene Fürstenthrone gehen könne, allein es kam doch niemals dazu, weil das Fürstentum im deutschen Volksboden doch zu fest verankert ist. Daher konnte nur der Bundesstaat die

1) Ausdruck von Klein-Hattingen, Bismarck und seine Welt, I, 648, dessen übrigen Ausführungen an dieser Stelle ich mich aber nicht anschließen kann.

Lösung bringen, und wer wird behaupten wollen, gerade heute behaupten wollen, daß dieser Weg nicht auch der einzige wirklich populäre war. Im Grunde wollte das deutsche Volk vor allem die Einigkeit, die Einheit nur auf gewissen Gebieten, wo die bunte Vielgestaltigkeit schadet, namentlich also auf allen Gebieten des praktischen Lebens, im übrigen aber wollte es sich seines Sonderwesens nach wie vor erfreuen. Diese deutsche Sondersucht, sie hat uns das Werk der Einigung so unendlich erschwert, sie bildet aber zugleich ein unübersteigliches Hindernis für die Demokratie sowohl wie für den Cäsarismus.

So entsprach denn der gewaltige Staatsbau, der sich jetzt vollendete, genau den eigentümlichen Bedürfnissen unseres Volkes. Er ließ alles bestehen, was nur irgend bestehen bleiben konnte, und schuf nur diejenigen Verbindungen, die nötig waren, um ein in sich abgeschlossenes Ganzes zu begründen. Nichts war dem genialen Baumeister unseres Reiches fremder als jener den Romanen eigene Radikalismus, der durchaus erst von Grund aus zerstören muß, ehe er zum Neubau schreitet. Bismarck hatte nicht im voraus einen bis in die Einzelheiten ausgeführten Plan im Auge, dem nun alles zum Opfer fallen mußte, was sich nicht fügte, sondern er war nur auf die schließliche Zweckdienlichkeit seines Werkes bedacht und wollte im übrigen von dem durch die Geschichte Gewordenen, in der Erfahrung Erprobten und durch sein Alter Ehrwürdigen erhalten, was zu erhalten war. Daher fehlte dem fertigen Werke durchaus alle Symmetrie, dafür war es aber um so solider. Bismarck berücksichtigte bei dem Maße dessen, was er an inneren Verbindungen herstellte, genau das Bedürfnis und die historischen Gegebenheiten. Der Norden ward etwas enger in sich zusammengefaßt als mit dem Süden. Der allerengste Zusammenschluß ward im Norden durch die Annexion dargestellt, d. h. die rücksichtslose Vernichtung derjenigen Staatsgebilde, die durch ihre Lage die natürlichen Teile der preußischen Monarchie in unnatürlicher Weise auseinander hielten. Die historischen Fundamente blieben ja auch hier nach preußischer Gepflogenheit in den alten Grenzen bestehen, die nun Provinzgrenzen wurden, aber der ganze Oberbau verschwand. Wir haben also die Stufenleiter: Einverleibung, Bundesstaat mit gleichen Rechten aller, Bundesstaat mit Reservatrechten einzelner und dann endlich als Krönung des ganzen Werkes den Staatenbund, der im Zweibund seit

1879 das neue Reich mit der alten habsburgischen Monarchie verknüpfte und damit dasjenige Maß von Interessengemeinschaft fixierte, das wirklich bestand, dessen übermäßige Einschätzung uns so viele böse Tage bereitet hatte, das aber nun nach der Lostrennung Österreichs von dem eigentlichen Deutschland notwendig wieder zur Anerkennung kommen mußte.

In allem dem ist der tief konservative Zug der Bismarckschen Staatskunst bemerkbar, welche, indem sie Neues schafft, das Alte, insoweit es der Erhaltung wert ist, nur um so stärker befestigt. Der deutsche Sondergeist, er ist zum guten Teile dem deutschen Reichsbau mit eingebaut. Dieser Reichsbau bietet dem, was an besonderen Rechten und Ansprüchen noch vorhanden ist, die Gewähr der Dauer — Fürsten und Stämme haben einen Teil von Eigenem darangeben müssen, damit überhaupt die Einheit kommen konnte: was sie nun noch haben, das ist ihnen um so sicherer. Auch der führenden Macht, Preußen, der ja natürlich die Reichsverfassung einen gewaltigen Zuwachs an Rechten brachte, ist durch eben diese Reichsverfassung eine gewisse Grenze gesetzt. Diese Grenze besteht in den Rechten der anderen, und diese Rechte bilden eine doch recht wertvolle Garantie dagegen, daß das preußische Übergewicht zu einer Verpreußung des Ganzen führt, die nun einmal von den übrigen nicht zu ertragen wäre. Diese Rechte zwingen die führende Macht, auch auf die Stimmungen und Gefühle der anderen Rücksicht zu nehmen, und üben eine zügelnde Wirkung auf den preußischen Partikularismus aus, der an sich gerade so eine Gefahr ist für die deutsche Einheit wie irgendein anderer Partikularismus. Man wird behaupten dürfen, daß es keine größere Gefährdung des Einheitswerkes geben könnte, als wenn der Versuch gemacht würde, die Einheit wesentlich über das schon vorhandene Maß hinaus noch zu steigern. —

Auch der populären Forderung der „Wiederherstellung" des Kaisertums schuf Bismarck Genüge im Sinne des Möglichen und Mäßigen. Auch hier war er von Anwandlungen romantischer Natur, d. h. also von jener ganz und gar unhistorischen Einschätzung der Bedeutung, die das mittelalterliche Kaisertum für die deutsche Nation als solche gehabt haben soll, völlig frei. Er wußte sehr genau, daß die Würde, welche in dem Präsidium des neuen deutschen und durchaus nationalen Bundesstaates geschaffen war, nichts, aber auch gar nichts zu tun habe

mit jenem aus kirchlichen Vorstellungen erwachsenen Weltkaisertum.[1])

Allein in den Einheitsträumen des deutschen Volkes war nun einmal die Verbindung hergestellt; der internationale Charakter des mittelalterlichen Kaisertums war vergessen, und Bismarck achtete auch hier das historisch Gewordene und akzeptierte den Titel, weil er populär war, aber auch nicht mehr als den Titel. Irgendwelche besondere Machtansprüche sollten damit nicht verknüpft sein. Er wollte nur den Namen, nicht das Wesen. Sein Kaisertum wurde dadurch etwas ganz Eigenartiges, eine Neuschöpfung, es verband einen uralten Namen mit einer ganz modernen Sache. Der Kronprinz, der für romantische Anwandlungen nicht unzugänglich war und der vor allem von einem besonders starken Selbstgefühl beseelt war, legte dem Kaisernamen einen sehr viel höheren Wert bei und sprach schon lebhaft von dem Kaisertum, als Bismarck eine bestimmte Stellung noch nicht genommen hatte.[2]) Er dachte an ein wirkliches Kaiserreich und ein preußisches Kaisertum. Er wünschte mit der Proklamierung desselben angefangen zu sehen. Die Könige sollten vor ein fait accompli gestellt werden und dann gezwungen sein sich zu fügen. Bismarck war von solchen Gedanken sehr weit entfernt, und es kam in Reims darüber zwischen dem Kronprinzen und ihm zu einem heftigen Zusammenstoße. Bismarck dachte die Kaiseridee dazu zu benützen, die Bereitwilligkeit der Fürsten zu den Opfern, die ihnen zugemutet würden, zu steigern, nicht aber dazu, um sie zu zwingen. Der Kronprinz hingegen „konnte dem Gedanken nicht entsagen, daß der König von Preußen als Kaiser von Deutschland Erbe der alten tausendjährigen Würden und Ehren sein werde."[3])

---

1) Vgl. über das Wesen des mittelalterlichen Kaisertums meine Schrift, Papsttum und Kaisertum, Cotta 1899.

2) Was Bismarck 1888 in seinem Immediatbericht über die betreffende Bemerkung des kronprinzlichen Tagebuches sagt, ist ungenau. Er wird widerlegt durch Gustav Freytag, Der Kronprinz und die deutsche Kaiserkrone. Erinnerungsblätter, Leipzig 1889. — Interessant ist in diesem Zusammenhange die Bemerkung von Stosch in einem Brief an Freytag vom 5. April 1870 (Denkw. S. 181): „Die größte Sorge ist dort (am kronprinzlichen Hofe), daß Bismarck die Kaiserfrage selbständig löst, was man gern selbst besorgen möchte."

3) G. Freytag, a. a. O. S. 23.

Der Kronprinz regte mit diesen Gedanken auch noch anderen Widerspruch auf. Wenn Bismarck als deutscher Staatsmann seine Bedenken äußerte, so äußerte Gustav Freytag, mit dem er gern diese Dinge durchsprach, seine Bedenken als deutscher Bürgersmann. Ihm war das alte Kaisertum an sich durch mehrhundertjährige Demütigung und gehäuftes nationales Unglück verleidet, aber er widerstrebte noch aus anderem Grunde, aus der Furcht, daß die Kaiseridee das Geschlecht der Hohenzollern mit einer Anhäufung derselben Gefahren bedrohe, durch welche mehr als eine erlauchte Herrenfamilie zum Unglück ihres Volkes an Kraft und Tüchtigkeit verloren habe. Er sah unter dem Einfluß der neuen Würde das alte Spartanertum dahinschwinden. Die unablässige Repräsentation, die Glanzentfaltung, die Staatsaktion bei vornehmen Besuchen, die Hofämter, die Schneiderarbeit in Kostüm und Dekoration würden immer größere Wichtigkeit beanspruchen. Das Selbstgefühl des Adels würde sich steigern, in Heer und Zivildienst wie im Volke würde sich ein höfisches und serviles Wesen einschleichen, das unserer alten preußischen Loyalität nicht eigen sei. — Gustav Freytag fürchtete also mit einem Worte den Byzantinismus, und diese Befürchtungen mochten, so wie der Kronprinz nun einmal geartet war, und so wie er das Kaisertum auffaßte, wohl auch nicht unangebracht sein. Für das Kaisertum aber, das schließlich unter den Händen Bismarcks wurde, trafen sie weniger zu, und in bezug auf den einfachen und schlichten König Wilhelm, der zuerst dazu berufen war, die neue Würde zu tragen, am allerwenigsten. Ja, zunächst wollte König Wilhelm gar nichts davon wissen, daß er Kaiser werden sollte, und Bismarck, der vielleicht erst durch das Drängen des Kronprinzen dazu gebracht war, sich ernstlich mit der Sache zu beschäftigen, der dann aber sofort die Idee seinen Gedanken dienstbar gemacht, sie dadurch erst möglich und durchführbar gemacht hatte, geriet nun, nachdem er erst dem Sohne gegenüber seinen Standpunkt hatte wahren müssen, auch mit dem Vater in Gegensatz. Bei der ersten Erörterung über die Annahme des Titels sagte König Wilhelm: „Was soll mir der Charaktermajor?“ Der König wollte damit sagen, daß ihm dieser bloße Titel ohne das entsprechende Kommando völlig gleichgültig sei. Er war sehr stolz auf sein preußisches Königtum und auf die Machterhöhung, die dasselbe unter ihm er-

fahren, und die Annahme des Kaisernamens kam ihm wie eine Untreue gegen dieses Königtum vor, schien ihm eher ein Herabsteigen als ein Heraufsteigen. Bismarck erwiderte ihm darauf: „Majestät wollen doch nicht ewig ein Neutrum bleiben, das Präsidium? In dem Ausdruck Präsidium liegt immer Abstraktion, in dem Worte Kaiser eine große Schwungkraft.“ Da König Wilhelm abgeneigt blieb, Bismarck sich aber für verpflichtet hielt, die Sache durchzusetzen, so übte er einen leisen Druck aus. Er bewog den König von Bayern, die Initiative zu ergreifen. Er entwickelte in einem Briefe an den König, den Graf Holnstein zu überbringen hatte, den Gedanken, daß die bayrische Krone die Präsidialrechte, für die die bayrische Zustimmung geschäftlich bereits vorlag, dem Könige von Preußen ohne Verstimmung des bayrischen Selbstgefühls nicht werde einräumen können. Preußische Autorität, innerhalb der Grenzen Bayerns ausgeübt, sei neu und werde das bayrische Empfinden verletzen. König Ludwig könne die von ihm der Autorität des Präsidiums gemachten Konzessionen schicklicherweise nur einem Deutschen Kaiser, nicht einem König von Preußen machen.

Bismarck sah in dem Worte Kaiser also gewissermaßen eine Entpreußung des neuen Reichsoberhauptes. Dasselbe trat allen einzelnen Teilen und Stämmen näher, insofern aus seiner Bezeichnung die besondere Beziehung auf Preußen fortblieb. König Ludwig ging auch sofort auf den Gedankengang Bismarcks ein und fertigte das Schreiben aus, das Bismarck in dem Entwurfe bereits mitgeschickt hatte. In diesem Schreiben sprach der König es aus, daß Bayern die zugesagten, aber noch nicht ratifizierten Konzessionen nur dem Deutschen Kaiser, aber nicht dem König von Preußen machen könne, und damit war die Sache dann entschieden. Eine letzte Schwierigkeit erhob sich, als König Wilhelm erklärte, er wolle nun aber auch Kaiser von Deutschland heißen, nicht Deutscher Kaiser. Das war nun auch wieder bei dem Charakter der Würde, die bundesverfassungsmäßig dem Könige von Preußen geschaffen war, völlig ausgeschlossen, hätte den föderativen Charakter des Werkes zerstört. Bismarck mußte daher pflichtgemäß sich widersetzen, und es kam über diese Titelfrage aufs neue zu einem heftigen Meinungsaustausch. König Wilhelm wollte durchaus von dem gewählten Titel, der unterdessen schon von dem Norddeutschen Reichstage gutgeheißen war, nichts wissen,

er wollte bei der Kaiserproklamation als Kaiser von Deutschland ausgerufen werden. Da das nicht ging, man dem Willen des Monarchen aber nicht geradezu zuwiderhandeln wollte, so bestimmte Bismarck den Großherzog von Baden, das erste Kaiserhoch auf Kaiser Wilhelm auszubringen, und so geschah es. Der neue Kaiser stand aber noch so sehr unter dem Eindrucke des Ärgers darüber, daß er seinen Willen nicht hatte durchsetzen können, daß er, als das Kaiserhoch verklungen war, und er die erhöhte Estrade, auf der er gestanden hatte, verließ, an seinem Kanzler vorbeiging, ohne ihn anzusehen, und auf die Feldherren zuschritt, um ihnen die Hand zu reichen und Dank zu sagen.

Dieses Ende der gewaltigen Entwickelung ist von unvergleichlicher symbolischer Bedeutung. Es kommt darin zur draftischen Anschauung das eigentümliche Verhältnis zwischen König Wilhelm und Bismarck, das von Anfang an einen gewissen Zwang für den König in sich schloß, gegen den das Königsgefühl in König Wilhelm von Zeit zu Zeit sich empörte, das er aber in dem Pflichtgefühl, das ihm eigen war, stets wieder auf sich nahm und schließlich in den Worten aufrichtigster Dankbarkeit, die er so oft an seinen Kanzler richtete, anerkannte.

König Wilhelm war eben im Grunde ein tief bescheidener Mensch; er kannte die Grenzen seines Könnens, und er hatte die Größe, den größeren Mann neben sich in seiner ganzen Bedeutung zu erfassen und zu ertragen. Bismarck war gewiß nicht immer ein bequemer Minister, allein der König hatte es als seine Pflicht erkannt, die geniale Kraft, die ihm in Bismarck zur Seite lebte, seinem Hause und seinem Volke zu erhalten. Er behielt also den Stab, den er in seiner gläubigen Denkweise sich von Gott in die Hand gelegt wähnte, fest umschlossen, mochte derselbe auch noch so hart und knorrig sein, und so gelang es Bismarck nicht nur, die Hemmungen zu überwinden, die außerhalb Preußens den Ansprüchen widerstrebten, die doch nun einmal mit der Rolle eines führenden Staates verknüpft waren, er überwand auch die Hemmungen, die in dem preußischen Königtum selber der Übernahme dieser Rolle entgegenwirkten, erst nämlich, vor dem Deutschen Kriege, die Vorurteile des Gottesgnadentums und die legitimistischen Bedenken, die ein gewaltsames Vorgehen gegen geweihte Kronenträger nur

schwer zuließen, und dann, nach dem Kriege, die Überspannung der soldatischen Gesichtspunkte und die Einseitigkeiten eines spezifischen Preußentums. Durch diese dem preußischen Wesen anhaftenden Eigenheiten wäre es trotz allen Zwanges der politischen Lage ohne Bismarck tatsächlich ausgeschlossen gewesen, daß die Lösung in der Weise erfolgte, die so glücklich genau die Mitte hält zwischen Einheit und Vielheit, und man wird sagen dürfen, daß es auch für die Zukunft des preußischen Königtums in Deutschland als ein Glück zu betrachten ist, daß das eigentliche Verdienst bei den großen Ereignissen von 1864 bis 1870/71 einem anderen als dem Träger der Krone gebührt, denn die Häufung aller Größe auf das eine Haus würde schließlich von den anderen Fürstenhäusern als drückend empfunden werden müssen, und es würde vielleicht in die preußische Königstradition eine Verpflichtung zum Außerordentlichen kommen, die auf die Dauer weder dem Kaiser noch dem Reiche heilsam sein könnte. Die Gründung des Reiches darf durchaus nicht als der erste Schritt zu einer Ära fabelhafter weiterer Hohenzollerngröße aufgefaßt werden, sondern sie ist der letzte Schritt auf dem Wege des deutschen Volkes zu staatlicher Geschlossenheit, die Deutschland zuletzt von allen Völkern erreichte, weil es in sich am reichsten ist an eigenartigen Bildungen, welche durchaus dem modernen Bedürfnisse nach Einheit nicht zum Opfer fallen durften. Und es war nicht der eitle Drang nach Größe, der die Deutschen immer wieder dazu antrieb, dies Ziel zu wollen. Wir wünschten nur dasselbe zu haben, was andere Nationen schon so lange besaßen, wir dachten nicht daran, uns dann, wenn wir dies Ziel erlangt hatten, über die anderen Nationen zu erheben. Es war daher aus dem Herzen des deutschen Volkes gesprochen, wenn es in der Kaiserproklamation von Versailles hieß: „Uns aber und unseren Nachfolgern an der Kaiserkrone wolle Gott verleihen, allezeit Mehrer des Deutschen Reiches zu sein, nicht an kriegerischen Eroberungen, sondern an den Gütern und Gaben des Friedens auf dem Gebiete nationaler Wohlfahrt, Freiheit und Gesittung."

Druck von B. G. Teubner in Dresden.

Aus deutscher Wissenschaft u. Kunst.

Die Sammlung soll dazu dienen, alle, die bestrebt sind, ihre Bildung zu erweitern, in die Lektüre wissenschaftlicher Werke einzuführen. Aus geisteswissenschaftlichen, naturwissenschaftlichen, religiösen und philosophischen Werken wird eine Auslese getroffen, die geeignet ist, in die wichtigsten Fragen auf den einzelnen Gebieten einzuführen, den Weg zu den Quellen zu weisen und zugleich die Kunstformen der Darstellung in Musterbeispielen zu zeigen. Die Erläuterungen räumen unter Beiseitelassen unnötiger Gelehrsamkeit und auf das knappste Maß beschränkt, nur solche Schwierigkeiten aus dem Wege, die eine unbefangene und rasche Aufnahme der Lektüre verhindern. Zunächst erschienen folgende Bändchen.

Zur Geschichte der deutschen Literatur. Proben literar-historischer Darstellung für Schule und Haus ausgewählt und erläutert von Dr. R. Wesselv. geb. Mk. 1.20.

Inhalt: Vogt, Der Heliand. Uhland, Walther von der Vogelweide. v. Treitschke, Die neue Literatur. Gervinus, Lessing. Hettner, Herder. Bielschowsky, Goethe und Schiller. Bellermann, Schillers Don Carlos. Brahm, Kleists Hermannsschlacht. Scherer, Grillparzer. Mayne, Mörike als Lyriker. Schmidt, Gustav Freytag.

Zur Kunst. Ausgewählte Stücke moderner Prosa zur Kunstbetrachtung und zum Kunstgenuß herausgegeben von Dr. M. Spanier. Mit Einleitung, Anmerkungen und Bilderanhang. geb. Mk. 1.20.

Inhalt: Avenarius, Kunstgenuß und helfendes Wort. Avenarius, Rethel: Der Tod als Freund. v. Seidlitz, Deutsche Kunst. Springer, Albrecht Dürers Phantasiekunst: Ritter, Tod und Teufel. Hirth, Malerische Auffassungen und Techniken des Mittelalters und der Renaissance. Hirth, Das Natürliche in der Kunst. Lichtwark, Rembrandt: der blinde Tobias. Lichtwark, Rembrandts Haus. Furtwängler, Medusa. Urlichs, Die Laokoongruppe. Bürkner, Gotische Schmuckformen. Borrmann, Andreas Schlüter. Bayersdorfer, Zur Charakteristik Michelangelos. Bayersdorfer, Über Kunst. (Aphorismen.) Wölfflin, Die Teppichkartons Raffaels: Der wunderbare Fischzug. Justi, Velazquez: Die Übergabe von Breda. Schultze-Naumburg, Vom Bauernhaus. Gurlitt, Sachlicher Stil im Gewerbe. Gurlitt, Was will die Hellmalerei? Brinckmann, Meißener Porzellan. Floercke, Etwas über Böcklin. Thoma, Ansprache an die Freunde bei Gelegenheit seines 60. Geburtstages.

Zur Geschichte. Proben von Darstellungen aus der deutschen Geschichte für Schule und Haus ausgewählt und erläutert von Dr. W. Scheel. geb. Mk. 1.20.

Inhalt: Mommsen, Kelten und Germanen vor Cäsar. Brunner, Kriegswesen und Gefolgschaft. Freytag, Karl der Große. v. Giesebrecht, Gründung des Deutschen Reichs durch Heinrich I. v. Kugler, Der Kreuzzug Kaiser Friedrichs I. v. Below, Die Stadtverwaltung in ihrer Beziehung zu Handel und Gewerbe. Schäfer, Die Hanse. Lamprecht, Entwicklung der ritterlichen Gesellschaft. v. Treitschke, Luther und die deutsche Nation. v. Ranke, Die Epoche der Reformation und der Religionskriege. Schiller, Die Schlacht bei Lützen. Droysen, Fehrbellin. Friederich, Blücher und Gneisenau. v. Moltke, Schlacht bei Vionville — Mars la Tour. (16. August.) Marcks, Kaiser Wilhelm I. Anhänge.

Zur Erdkunde. Proben erdkundlicher Darstellung für Schule und Haus ausgewählt und erläutert von Dr. F. Lampe. geb. Mk. 1.20.

Inhalt: v. Humboldt, Über die Wasserfälle des Orinoko bei Atures und Mappures. Ritter, Aus der Einleitung zur „Erdkunde im Verhältnis zur Natur und zur Geschichte des Menschen oder allgemeine vergleichende Geographie". Peschel, Der Zeitraum der großen Entdeckungen. Barth, Reise in Adamaua, Entdeckung des Benué. v. Richthofen, Aus China. v. Drygalski, Die deutsche Südpolarexpedition. Kirchhoff, Das Meer im Leben der Völker. Ratzel, Deutschlands Lage und Raum. Partsch, Das niederrheinische Gebirge, seine Täler und seine Tieflandbucht. v. d. Steinen, Jägertum, Feldbau und Steinzeitkultur der Indianer am Schingu. Geschichtlich-biographische Anmerkungen. Erklärung geologischer Fachausdrücke.

Verlag von B. G. Teubner in Leipzig.

Das Europäische Rußland. Von Professor Dr. A. Hettner.

Mit 21 Textkarten. gr. 8. Geheftet ℳ 4.—, gebunden ℳ 4.60.

Vorliegende Studie, zu der Verfasser durch eine Reise in Rußland angeregt worden ist, wird bei den augenblicklichen Vorgängen in Ostasien von besonderem Interesse sein. Sie will das, was uns Ethnologen, Historiker, Nationalökonomen, Publizisten u. a. mitgeteilt und von ihrem Standpunkte aus beleuchtet haben, unter geographischen Gesichtspunkten darstellen, wo das Verständnis für die Eigenart des russischen Volkes, des russischen Staates, der russischen Kultur in ihrer geographischen Bedingtheit vermitteln und dadurch zugleich die Grundlage für eine gerechte Würdigung geben, welche nicht preist und nicht verdammt, sondern zu verstehen sucht.

Das moderne Italien. Geschichte der letzten 150 Jahre von Pietro Orsi.

Übersetzt von F. Goetz. gr. 8. Geheftet ℳ 5.60, gebunden ℳ 6.40.

„Auf streng wissenschaftlicher Grundlage ist hier das gesamte gedruckt vorliegende Material für die politische Geschichte Italiens in den letzten anderthalb Jahrhunderten zu einem „organischen Ganzen verarbeitet. Das Schlußkapitel bietet dann in großen Zügen einen Überblick über die Haupterscheinungen auf den Gebieten von Kunst und Wissenschaft. Das ganze Buch zeichnet sich dadurch aus, daß, um eine trockene Aufzählung der Daten und Ereignisse zu vermeiden, in äußerst geschickter Weise Auszüge aus politisch wichtigen Gedichten, Parlamentsreden und ähnlichem in die Darstellung verflochten sind. Ein anderer Vorzug Orsis ist der, daß er eine einseitige Parteinahme zu vermeiden und den politischen Ideen und Bestrebungen Mazzinis, Cavours, Garibaldis, Crispis u. a. gleichmäßig gerecht zu werden sucht."

(Deutsche Literaturzeitung.)

Die Renaissance in Florenz und Rom. Prof. Dr. K. Brandi.

Acht Vorträge von 2. Auflage. gr. 8. Geheftet ℳ 5.—, geb. ℳ 6.—

„Wir haben ein ganz vortreffliches Buch vor uns, das, mit weiser Ökonomie den reichen Stoff beherrschend, weiteren Kreisen der Gebildeten, die das Bedürfnis empfinden, die unsterbliche Kunst der italienischen Renaissance im Zusammenhang mit der Zeitgeschichte, von der sie abhängig ist, zu begreifen, nur lebhaft empfohlen werden kann."

(Köln. Zeitung. 1900. Nr. 486.)

Arbeit und Rhythmus. Von Prof. Dr. Karl Bücher.

Dritte, stark vermehrte Auflage. gr. 8. Geheftet ℳ 7.—, gebunden ℳ 8.—

„... Die übrige Gemeinde allgemein Gebildeter, welche nicht bloß diese oder jene Einzelheit der in der Bücherschen Arbeit enthaltenen wissenschaftlichen Errungenschaften interessiert, sondern die sich für die Gesamtheit des selbständigen und weitgreifenden Überblicks über den vielverschlungenen Zusammenhang von Arbeit und Rhythmus aufrichtig freuen darf, wird meines Erachtens dem bewährten Forscher auch dafür besonders dankbar sein, daß er ihr einen wertvollen Beitrag zu einer Lehre geliefert hat, welche die edelsten Genüsse in unserm armen Menschenleben vermittelt, nämlich zur Lehre von der denkenden Beobachtung, nicht bloß welterschütternder Ereignisse, sondern auch alltäglicher, auf Schritt und Tritt uns begegnender Geschehnisse."

(G. v. Mayr in der Beilage zur Allg. Ztg.)

Zur Einführung in die Philosophie der Gegenwart von Prof. Dr. A. Riehl.

Acht Vorträge. 2. Auflage. gr. 8. Geh. ℳ 3.—, geb. ℳ 3.60.

„Selten dürfte man ein Werk in die Hand bekommen, das so wie das vorliegende die schwierigsten Fragen der Philosophie in einer für alle Gebildeten faßlichen Form vorträgt, ohne sie zu verflachen. Es gewährt einen hohen Genuß, diese Vorträge in ihrer fesselnden Form und schönen, durchsichtigen Sprache zu lesen, und nicht leicht wird man das Buch aus der Hand legen ohne den Wunsch, es wieder und wieder zu lesen. So erscheint es nicht nur für seinen eigentlichen Zweck einer Einführung in die Philosophie in hohem Maße geeignet, sondern bietet auch dem, der mit ihr schon auf die eine oder andere Weise fertig geworden, viele reiche Anregung und Förderung."

(Zeitschrift für lateinlose höhere Schulen. XIV. Jahrg. Heft 10.)

1779

3. —

YC174918

330